

Michael Brie (Hrsg.)

Menschenrechte und Sozialismus

Inhalt

<i>Michael Brie</i> Eine kurze Vorbemerkung	5
<i>Friedrich Schorlemmer</i> Im Mittelpunkt steht der Mensch Die allgemeinen Menschenrechte und die europäische Linke	7
<i>Oskar Lafontaine</i> Menschenrechte und Sozialismus Rede auf der gleichnamigen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4. Dezember 2008	19
<i>Bosiljka Schedlich</i> Menschenrechte und Krieg Rede auf der Konferenz "Menschenrechte und Sozialismus" der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4. Dezember 2008 in Berlin	29
<i>Günter Mayer</i> Reflexionen über "Die Internationale" Rede auf der Konferenz "Menschenrechte und Sozialismus" der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4. Dezember 2008 in Berlin	33 33
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948	37
Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System Referat von Michael Schumann auf dem außerordentlichen Parteitag der SED vom 08. und 09. sowie 16. und 17. Dezember 1989	41
Positionen der PDS, der WASG und der Partei DIE LINKE zu den Menschenrechten	41
Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik "Staatssicherheit"	44
Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 21. bis 23. Juni 1991	44
Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU	47
Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS vom 7. Februar 2006	47
Menschenrechte gelten universell Michael Leutert in der Debatte zu Anträgen von Grünen und FDP zur Menschenrechtssituation in Kuba am 16. März 2006 im Bundestag	52
Für die unbeschränkte Geltung der Menschenrechte in Deutschland	54
Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Kersten Naumann, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE, 6. April 2006	54
Aus den Programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE (2007)	56
Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik.	59
Antrag des Parteivorstandes an den 1. Parteitag (Leitantrag), Beschluss des Parteivorstandes vom 12. April 2008	59
Eine Verfassung für Europa!	59
Aus dem Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE	59
Weiterführende Hinweise zur Literatur	61

Im Rahmen der Vereinten Nationen wurden die folgenden sieben Abkommen in Kraft gesetzt:

1. Der Internationale Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966;
2. Der Internationale Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte vom 16. Dezember 1966;
3. Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 7. März 1966;
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau vom 18. Dezember 1979;
5. Die UN-Anti-Folter- Konvention vom 10. Dezember 1984;
6. Die UN-Kinderrechtskonvention vom 20. November 1989;
7. Die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vom 18. Dezember 1990.

Eine kurze Vorbemerkung

48 Staaten stimmten am 10. Dezember 1948 im Palais de Chaillot in Paris der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* zu. Acht Staaten, darunter die Sowjetunion, Saudi-Arabien und Südafrika, enthielten sich. Diese Erklärung wurde zur Grundlage des humanitären Völkerrechts und ist ein wesentlicher Bezugspunkt aller wichtigen politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart.

Auf Grundlage dieser Erklärung wurden durch die UNO viele Menschenrechtsabkommen verabschiedet. In vielen Erdteilen gibt es regionale Abkommen. Soziale Bewegungen beziehen sich auf diese Erklärung und die Menschenrechtsabkommen, sie wurden aber auch für Angriffskriege, eine imperiale Politik und die Legitimierung von Diktaturen instrumentalisiert.

Die Erarbeitung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* wurde durch eine globale Umfrage der *Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur* (UNESCO) in den Jahren 1946 und 1947 vorbereitet, bei der siebzig führende Intellektuelle einen Fragebogen beantwortet hatten. Vor dem Hintergrund Chinesischer, islamischer, hinduistischer und europäischer sowie amerikanischer Traditionen, liberaler und sozialistischer Überzeugungen kamen sie zu dem Schluss, dass in allen diesen Traditionen ein Grundverständnis von menschlichen Rechten und Pflichten gibt und dieses in hohem Maße übereinstimmt (siehe dazu Maritain 1949). Fünfzehn zentrale Rechte wurden erkennbar, die in allen großen Zivilisationen anerkannt sind – das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheitsschutz, das Recht auf Arbeit, das Recht auf soziale Hilfeleistung in Not, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Bildung, das Recht auf Information, das Recht auf Meinungsfreiheit und Freiheit der Forschung, das Recht zur Selbstbestimmung, das Recht auf faire

Gerichtsverfahren, das Recht auf politische Partizipation, das Recht auf Redefreiheit, Vereinigungsfreiheit, freie Glaubensausübung und Pressefreiheit, das Recht auf Staatsbürgerschaft, das Recht auf Widerstand gegen ungerechte Regime und das Recht, am menschlichen Fortschritt teilzuhaben.

Die sozialistische Grundströmung ist im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert als eine Bewegung für die Einlösung der Menschenrechte vom Standpunkt vor allem der Arbeiterklasse entstanden (siehe dazu Michael Brie und Christoph Spehr im *Kontrovers-Heft 1/2008* "Was ist Sozialismus?"). Sie bezog sich auf allgemeine Grundrechte und forderte deren gleiche und universelle Durchsetzung ein. Dazu sollte die politische und wirtschaftliche sowie kulturelle Ordnung des Kapitalismus überwunden werden.

Die folgenden Beiträge spiegeln auch die tragische Geschichte des Verhältnisses von Sozialismus und Menschenrechten wider. Diktatur, Terror und Krieg gingen von Staaten aus, die sich sozialistisch nannten. Die sozialen wurden gegen die politischen Menschenrechte gestellt. Menschenrechts- und Bürgerbewegungen trugen entscheidend zur Delegitimierung der Herrschaft staatskommunistischer Parteien und ihrem Machtverlust bei.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und der staatskommunistischen Regime in Ost- und Osteuropa wurde jedoch nicht zum Siegeszug der Menschenrechte. Die erkämpften politischen Rechte gerieten in Widerspruch zu den Grundtendenzen eines mehr und mehr entfesselten Kapitalismus, Neoliberalismus und imperialer Kriege. Die im Weiteren abgedruckten Beiträge verweisen auf das uneingelöste Erbe, dass aus der Spannung des Kampfes für die Menschenrechte und für den Sozialismus erwächst.

„Unterdrückung des Gesellschaftsverbandes liegt vor, wenn eines seiner Glieder unterdrückt wird. Unterdrückung jedes einzelnen Gliedes liegt vor, wenn der Gesellschaftsverband unterdrückt wird.“

Maxilien Robespierre

Im Mittelpunkt steht der Mensch

Die allgemeinen Menschenrechte und die europäische Linke

Rede zur Eröffnung des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel, 10. Dezember 2008

Ich freue mich, an diesem denkwürdigen Tag hier zu sein und 60 Jahre nach Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hier sprechen zu können. Ich werde über die Allgemeinen Menschenrechte und die Europäische Linke sprechen. Dabei muss man an die Vergangenheit erinnern und beschreiben, an welchem Punkt der Erkenntnis wir als linke Demokraten gegenwärtig stehen. Meine Ausführungen widme ich Anna Politkowskaja und all jenen Menschen, die für das freie Wort etwas, auch sich selbst, riskieren.

Es sind dreißig goldene Tauben zur Erinnerung an je einen Artikel der Menschenrechte unterwegs, angefertigt von einem Künstler aus Augsburg. Christian Führer aus Leipzig brachte mir für vier Wochen die Taube zu Artikel 19. Ich gab sie nach einer Zeit an meinen langjährigen Freund Armin Schubert weiter, der sie seinerseits an Außenminister Steinmeier weiterreichte, zur Erinnerung an Artikel 19 der Menschenrechte: "Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen in allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten."

Die LINKE und die Menschenrechte

Es ist ein langer, schmerzhafter, ein von innen und außen umstrittener Weg, der zu folgenden präzise formulierten, gut durchdachten, höchst anspruchsvollen programmatischen Sätzen der LINKEN zum Thema Menschenrechte geführt hat, und leider erst nach dem Scheitern des sowjetisch geprägten Sozialismusmodells möglich wurde: "Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in

der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist."¹ Und im Chemnitzer Programm ist zu lesen: "Freiheit ist für uns die Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit."²

Solche Sätze kommen historisch nicht unschuldig daher. Die Skepsis der politischen Gegner resultiert aus (bitteren) Erfahrungen. Leidtragende und Hinterbliebene von Menschenrechtsverletzungen früherer kommunistischer Systeme reiben sich die Augen. Sie empfinden eine solche Wandlung als zynisch oder unglaubwürdig. Manche meiner Freunde verstehen nicht, dass ich zu den Linken gehe. Dabei hat die neue LINKE bzw. die PDS die massiven Menschenrechtsverletzungen nicht relativiert, sondern sich vielfältig und differenziert dazu verhalten; sei es zu politischen Verfolgungen, zur Mauer, zu Ideologisierung und Zensur, zur Staatsicherheit, zu den vielfältigen Einschränkungen von Freiheitsrechten oder zum Umgang mit Religionen, Kirchen und Gläubigen. So beteuerte sie im Mai 2007: "Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Freiheit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar."

Das in sich fragile neoliberale kapitalistische Weltssystem braucht gerade jetzt eine starke, die Menschen überzeugende, linke, demokratische, eine national wie international einigungswilligere und einigungsfähigere Linke. Freiheit und Gerechtigkeit in Solidarität, individuelle und soziale Menschenrechte, bleiben die Eckpunkte für jegliches poli-

¹ Programm der Partei die LINKE. Parteitag Dortmund, März 2007.

² Chemnitzer Programm der PDS. Parteitag Chemnitz, Oktober 2003.

tisches Handeln. Aber die Würde des Menschen wird angetastet, weltweit, täglich und vielfältig. Es ist Zeit, sich mit aller Kraft, aller Einsicht, mit aller Hoffnung gegen alle Aussichtslosigkeit für die Einhaltung von Menschenrechten national und international einzusetzen, als einzelne, als unabhängige Gruppen, als Länder mit ihren Regierungen und ihrer Opposition.

Menschenrechte sind Widerstandsrechte

Es gibt Fragen, in denen wir Demokraten uns einig sein müssen, wenn wir wirklich Demokratie wollen. Die Menschenrechte sind eine Basis, für die wir trotz unterschiedlicher Akzente kämpfen sollten, angesichts von so viel Hunger und Ungerechtigkeit, Kriegsleid und horrender Profite der Rüstungslobbies (wer Menschenrechte hoch hält, muss Streubomben und Landminen verbieten), angesichts des Mangels an sauberem Wasser, des Wachstums der Wüsten und der "effizienten" Ausbeutung der Natur, angesichts von Willkür (Abu Ghraib, Guantánamo und fast jedes russische Gefängnis) und des "Rechts der Stärke" als unangemessene und unwirksame Reaktion auf den weltweit agierenden Terrorismus (statt der "Stärke des internationalen Rechts"), angesichts von Intoleranz, Militanz, Terror und Überlegenheitsposen der mächtigen und reichen Nationen und Kulturkreise, angesichts des Verlusts menschenrechtlicher Grundsätze selbst in Demokratien, angesichts der Macht einer renditebesessenen Anlegergesellschaft über eine menschengerechte und nachhaltige Politik und angesichts der Freiheit der Habenden gegen die Unfreiheit der Nichthabenden. Es ist Zeit, dies im Blick zu behalten und gleichzeitig aber auch zu sehen, wie großartig es ist, dass wir die Erklärung der Menschenrechte haben.

Menschenrechte sind Widerstandsrechte gegen Formen der Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Dem Vorenthalten von Menschenrechten ist ebenso entgegenzuwirken wie ihrer Instrumentalisierung in Propagandaschlachten. Es ist z.B. eine Instrumentalisierung, wenn "Menschenrechte und Demokratie" gesagt wird, aber "Öl" gemeint ist oder wenn Kriege mit durchsichtigen Lügen gerechtfertigt werden, wenn die UN-Charta übergangen und einzelne Nationen unter Zustimmungsdruck gesetzt werden, wie kurz vor dem Irakkrieg geschehen. Können Sie sich erinnern, wie die US-Amerikaner 14 Nationen im Sicherheitsrat, darunter Mexiko, bestechen wollten?

Wer für Menschenrechte kämpft, muss stets das Geschick des einzelnen Menschen im Blick haben, aber ebenso den politisch-strukturellen Rahmen, in dem sich das Leben in Gemeinschaft vollzieht. Frei-

heitsrechte gibt es nicht, ohne dass sich Freie für die Freiheit anderer einsetzen, die um ihre Grundrechte betrogen werden. Menschenrechte bedürfen der Solidarität derer, die in den Genuss der Menschenrechte gekommen sind, mit all jenen, denen sie größtenteils vorenthalten werden, ob im Reiche Lukaschenkos oder im Reich der Mitte, ob unter Mugabe oder in US-Gefangenenlagern.

Eine politische Reliquie

Ich habe eine politische Reliquie, die ich gut verwahre. Es ist ein kleines Büchlein, das ich immer in Handreichweite hielt, eine internationale Berufungsinanz für das, was ich in dem Land, in dem ich lebte, für politisch richtig und notwendig hielt und was ich zu machen versuchte. Als ich 22 Jahre alt war, 1966, wurde dieses kleine Büchlein "Die UNO. Kleines Nachschlagewerk" im Dietz-Verlag gedruckt. Wer weiß, was die sozialistischen Staaten für "Buchreligionen" waren, weiß: Was gedruckt wurde, war entweder gültig oder gefährlich; manchmal war auch das Gültige gefährlich. In dem Buch findet man auf Seite 166 ff. die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 als Resolution 217/III mit 48 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen annahm.

Gleich in der Präambel wird klar, wie es zu dieser Erklärung kam, nämlich aufgrund der Missachtung der Menschenrechte, die zu Akten der Barbarei geführt und das Gewissen der Menschheit tief verletzt hatte. Offenbar muss der Mensch vor dem Menschen geschützt werden. Es sollte eine Welt geschaffen werden, in der Menschen frei von Furcht und Not sind und Rede- und Glaubensfreiheit genießen. Es scheint wesentlich zu sein, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen.

Laut Präambel braucht es den Glauben "an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person", einen Glauben, der sich nicht mehr auf eine höchste übermenschliche Autorität bezieht und auch nicht mehr auf eine hohe menschliche Autorität, wie etwa die im Vatikan, im Kreml oder im Weißen Haus. Es braucht einen Glauben im Sinne einer Sehnsuchtskraft, einer Orientierungsmacht, die als ein dem Menschen innewohnendes Gesetz wirkt und als Boje in den Stürmen der Zeit "tief verankert" ist. Diese Orientierungsmacht kann aber jederzeit ausreißen: Nichts kann uns sicher machen, dass das, was in Deutschland zwischen 1933 und 1945 passierte, sich nicht wiederholt. Deshalb bedarf es der Wachsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten.

In der Präambel werden zunächst die Grundrechte des Menschen, die sich aus seiner Würde herleiten, aufgezählt. Immer im Blick ist dabei die zurückliegende Barbarei, ehe in Artikel 22 das Recht des Menschen auf soziale Sicherheit, in Artikel 23 das Recht auf Arbeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, befriedigende Entlohnung, soziale Fürsorge und Schulbildung benannt werden. Interessant: Der Mindestlohn ist hier schon festgeschrieben!

Im Mittelpunkt steht der (einzelne) Mensch

In der Verfassung der DDR stand: "Im Mittelpunkt steht der Mensch", der Mensch im Mittelpunkt aller Bemühungen. Wir lebten in einem so wunderbaren Staat, der uns auf wunderbare Weise bewahrte und gleichzeitig streng bewachte, einem Staat, der mit seinen Organen den im Kollektiv eingebundenen und aufgehobenen Menschen nie aus dem Blick ließ.

Reiner Kunze schrieb darüber 1969 ein Gedicht. Diese einfachen Zeilen hatten, genauso wie die Lieder von Barbara Thalheim, eine befreiende Wirkung in einem Land, in dem man solche Zeilen und Lieder nicht erwartete. Der Text von Reiner Kunze heißt "Ethik": "im mittelpunkt / steht / der mensch / nicht / der einzelne".

Im Mittelpunkt (der Menschenrechtserklärung) steht der *einzelne* Mensch – kein Abstraktum, Produzent oder Konsument, kein Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse, schon gar nicht der Mensch als Teil eines Kollektivs, einer Klasse, einer Kirche, einer Rasse, einer Nation, wo das Kollektivgebilde alles und der Einzelne nichts ist, oder nur noch ein Rädchen, Spielball, Salz, Dünger oder Nachbeter. Bei den Menschenrechten geht es immer um den einzelnen Menschen, seine prinzipielle, allem vorausgehende Gleichwertigkeit, seine gleiche Würde, sein gleicher Anspruch auf Leben, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Religion, Herkunft, Begabung, Besitz oder Stellung. Der Arme ist ganz Mensch, ebenso wie der Alte, die Kranke und das Kind. In diesem Sinne geht die Gleichheit nicht nur der Freiheit voraus, sondern ist Bedingung für die Freiheit. Gleichheit nicht im Sinne von Gleichheit aller Leute. Wir sind Ungleiche und doch gleich Gewürdigte, und daraus ergibt sich ein Recht auf Entfaltung. So bleiben universelle und universale Menschenrechte im Sinne von "gleiches Lebensrecht für alle" eine Utopie, eine motivierende, universelle, alles umfassende Utopie.

Die Proklamation universeller Geltung enthält ein Problem: Wer verbürgt sich für diese Menschenrechte, wie werden sie in positives, einklagbares Recht umgesetzt, wie werden sie gesichert, und wie

wird schließlich verhindert, dass sie durch unterschiedliche Bewertung zum Kampfplatz werden?

Widersprüche zwischen den einzelnen Menschenrechten

Menschenrechte haben in sich selbst einige ungelöste und unlösbare Probleme. Erstens, Menschenrechte gehen implizit von einer prinzipiellen Gleichheit aller Menschen aus. Das ist aber in der Praxis nicht durchsetzbar, sind doch die Menschen aus verschiedenen Gründen immer sehr verschieden. (Man stelle sich vor, lieber Lothar Bisky, die wären alle so wie wir beide. Das wäre furchtbar langweilig, obwohl wir beide nicht langweilig sind. So ist Gleichheit nicht gemeint. Gleichheit in Vielfalt! Zwischen den getrennten Kirchen spricht man von "versöhnter Verschiedenheit". Das wäre auch etwas für die LINKE!). Ziel kann nie die administrierte Gleichheit oder Gleichförmigkeit sein, sondern nur der gleiche Grundanspruch für Ungleiche. Dieser Grundanspruch bleibt so lange abstrakt, bis es Subjekte gibt, die diesen verteidigen, und Gemeinschaften, die ihn kodifizieren und danach streben, ihn in einklagbares Recht zu übersetzen.

Der zweite, noch gewichtigere Grundwiderspruch steckt in den Menschen selber. Der Mensch steht im Mittelpunkt des höchsten Rechts, des Menschenrechts. Damit kann der Mensch eine anthropozentrische Sichtweise auf die Welt einnehmen, die Menschenleben immer höher als anderes Leben und anderes Sein wertet und die sich immer auf die Gegenwart bezieht. Dass dies auch in Konkurrenz zu anderen Werten stehen kann, bleibt ausgeblendet (z.B. verbrauchen wir heute zu viel Energie und bauen darauf, dass sich die Nachfolgenden schon etwas einfallen lassen).

Die Herkunft der Menschenrechte aus europäisch-atlantischer Geistes-, Kultur- und Politikgeschichte und der *Bill of Rights* der amerikanischen Verfassung machen deutlich, welch' hohen emanzipatorischen Wert der Begriff der Menschenrechte erlangen sollte und bis heute hat (was freilich die US-Amerikaner nicht daran hinderte, bis Mitte des 19. Jahrhunderts die Sklaverei beizubehalten, und die Engländer nicht, bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg Kolonien zu unterhalten).

Marx' Waffe der Kritik

Auch wenn es in der weltumspannenden Hymne heißt "die Internationale erkämpft das Menschenrecht", vernachlässigte die kommunistische Weltbewegung den menschenrechtlichen Grundimpuls sträflich. Sie hielt einzig das *soziale* Menschenrecht

im Blick, das von Staats wegen gewährleistet werden sollte. Bürgerliche (*individuelle*) Freiheitsrechte behandelte die kommunistische Weltbewegung in Theorie und politischer Praxis (der festgefügt Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus und einer Allmachtspartei) nach Gutdünken und mit Willkür – oder ertränkte sie gar ganz.

Karl Marx kritisierte in seiner berühmten Einleitung von "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" auf eine sprachlich griffige und denkerisch imposante Weise zunächst die Religion. Er leitete aus der Kritik des Himmels die Kritik der Erde ab, verwandelte sie als die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts und die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik. Er erkannte mit der Kritik der Religion an, was durch Luthers Entdeckung des Einzelnen und seinem Ausbruch aus knechtischen Verhältnissen in die Welt gekommen war. Der Protestantismus sei freilich nicht die "wahre Lösung", aber doch die "die wahre Stellung der Aufgabe".

Was in einem sozialistischen Sinne Emanzipation ist, fasste Marx unübertroffen in jenen Sätzen zusammen, die zum Katechismus der menschlichen Emanzipationsgeschichte gehören (abgesehen von der darin enthaltenen Gewaltoption): "Die Waffe der Kritik kann (...) die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig die Massen zu ergreifen, sobald sie *ad hominem* demonstriert [also am Menschen gezeigt wird] und sie demonstriert *ad hominem*, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. Der evidente Beweis für den Radikalismus der deutschen Theorie, also für ihre praktische Energie, ist ihr Ausgang von der entscheidenden positiven Aufhebung der Religion, also nicht die Abschaffung sondern die positive Aufhebung. Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."³ Genossen, das müsst ihr herbeten können!

Am Menschen, am Einzelnen wird demonstriert, was die Theorie in der Praxis ist. Sozialismus ist nur so, wie er von den Menschen in der Praxis erfahren wird. Es geht nicht bloß um die Negation der Religion, in der der Mensch als Gotteskind, als höchstes Wesen angesehen wird, über dem freilich ein hö-

heres Wesen steht, das ihn will und bestimmt. Der Mensch selbst ist das Höchste. Wenn der Mensch für den Menschen das höchste Wesen ist, dann ist dies ein gegenseitiger Prozess der Hochschätzung des anderen, der Höchstbewertung des Menschen, der sich keinem höheren Wesen unterwirft. Er ist dazu aufgerufen, alle (äußeren) Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch nicht Mensch sein kann, wo er ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.

Marx ging es um die äußeren Verhältnisse. Der Grundirrtum der Praxis der sozialistischen Weltbewegung war, dass Marx im Wesentlichen auf die äußeren Verhältnisse setzte und die inneren Widersprüche, außer in Darstellungen auf dem Theater, kaum mitdiskutierte. Man erinnere sich daran, wie lange Franz Fühmann, der Dichter, dafür ackern musste, dass Schriften von Sigmund Freud "in unserer Deutschen Demokratischen Republik" erscheinen konnten.

Es wirken aber nicht nur die äußeren, sondern auch die "innere Verhältnisse", inneren Widersprüche und Antriebe, Macht- und Geltungsgelüste, destruktive Triebüberschüsse und frühkindlichen Schädigungen mit Langzeitwirkungen, unbearbeitete, später ausgelebte Traumata, Rivalitäten und Obsessionen. Ich hatte gerade neulich eine Debatte mit dem Psychotherapeuten Hans-Joachim Maaz. Er deutete die gegenwärtige Finanzkatastrophe wesentlich mit biographischen Schädigungen der Manager. Er hat recht. Die Manager sind krank. Aber sie finden ein System vor, in dem sie ihre "Krankheit" ausleben können. Politisch-ökonomische Strukturen sind die "andere Seite". Wie sagte Brecht: "Caesar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?"⁴

Zurück zu Marx' wunderbarem Imperativ. Marx war überzeugt, die Emanzipation des Menschen müsse und könne von Deutschland ausgehen. So konnte er schließen: "Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat."

An die Stelle des dritten Standes, anstelle der Masse notleidender Menschen trat bald die Partei, die sich zur Avantgarde erklärte und die Herrschaft nach ihrem Gutdünken übernahm. Der emanzipatorische, menschenrechtliche, freiheitliche, menschheitlich-solidarische Gedanke blieb auch in der Kaderpartei bei einzelnen "Genossen" wach. Aufrechte Kommunisten duldeten nicht, dass andere wieder geknechtet und entwürdigt wurden. (Ich denke an die, die in

³ Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1976.

⁴ Bertolt Brecht: Fragen eines lesenden Arbeiters. In: Kalendergeschichte, Reinbek 1983.

Spanien gegen Franco kämpften. Viele, die überlebten, sind unter Stalin umgebracht worden. Erich Mielke war nicht darunter).

Dass der Mensch als Mensch gleiches Recht und gleiche Würde und gleichen Wert hat, ist ein Postulat, das auf Zustimmung angewiesen ist. Es gilt assertorisch und bedarf keiner weiteren Begründung, ist aber auch zu keiner weiteren Begründung fähig. Deshalb einigte man sich darauf, Artikel 1 unseres Grundgesetzes nicht zu interpretieren, denn die Interpretation ruft weitere Interpretationen hervor, die den Grundsatz relativieren und den unantastbaren Satz entwerten. Es muss Sätze geben, die einfach gelten.

Wer sanktioniert die Menschenrechte?

Die Menschenrechte sind nicht von einer außerhalb des Menschen liegenden Instanz legitimiert. Das ist ihre Größe, auch ihre prinzipielle "Anschlussfähigkeit" für Nicht-Religiöse wie für Anhänger unterschiedlicher Religionen dieser Erde. Genau darin liegen aber auch ihre Grenze und eine Gefahr begründet. Denn wer ist das autoritative Subjekt, das die grundlegenden Menschenrechte als universell und universal geltende Rechte anordnet und sanktioniert?

Dieses Problem wirft bereits das Buch "Exodus" im zweiten Buch Mose auf. Der charismatische Führer Mose stieg zum Zeitpunkt einer kritischen Situation, auf der Suche nach einer höheren Autorität für die Lebensregeln, auf den Berg Horeb (Sinai) und kehrte nach einer längeren Schweigezeit mit der Zehn-Gebote-Tafel zu seinem entbehrungsmüden Volk zurück. Mit Entsetzen sah er, dass dieses sich in der Zwischenzeit eine eigene Autorität geschaffen hatte: Ein goldenes Kalb war gegossen worden und wurde nun umtanzt.

Selbstunterwerfungen unter Reichtum und Macht, unter die Autorität der Goldbarren, ist ein allgegenwärtiges Muster. Das Problem ist, dass wir vieles ändern würden, wenn wir unendlich wären. Wären wir unendlich, würden wir sagen: "Das nicht noch mal!". Aber wir sind endlich. Auf einem Holzschild von Überlebenden von Ravensbrück steht "Wir vergessen Euch nicht!". Jetzt sind die Überlebenden nicht mehr da. Das Schild verrottet. Es gibt keine Menschen mehr, die sagen: "Wir vergessen euch nicht!"

Der Staat und die Menschenrechte

Die Zivilisationskatastrophe des Zweiten Weltkrieges führte ausgerechnet oder logischerweise zur Ausformung der UNO-Charta und später zur Erklärung der Menschenrechte. Sie wurde unterzeichnet,

um eine allgemeine Rechtsgrundlage für die Ahndung künftiger Angriffskriege und Menschenrechtsverletzungen zu haben, sei es durch Einzelne, Staaten oder Blöcke. Wie schwierig das heute und damals rechtsphilosophisch legitimierbar ist, liegt auf der Hand und wird jeden Tag neu deutlich, wenn wir an die Prozesse gegen die Verantwortlichen der Massaker in Jugoslawien, Ruanda oder Darfur denken. Wenn man sieht, wie sich Karadzic verteidigt oder wie sich Milosevic verteidigte, erkennt man, dass es schwer sein kann, Verbrechen rechtsstaatlich zu ahnden. Ähnliches gilt für das Kidnapping Adolf Eichmanns. Formal gesehen war das Kidnapping ein Völkerrechtsbruch, aber Eichmann strafflos in Argentinien zu beherbergen war es ebenso. Der Prozess gegen den eiskalten Bürokraten des Holocaust verlief dann zwar rechtstaatlich, macht aber das Dilemma nationaler Souveränität deutlich, das Eichmann erlaubte, seinen Anklägern zu erwidern, er habe "nur gehorcht" und "seine Pflicht" getan.

Die Frage bleibt, wie weit Staaten in die Rechtssysteme anderer Staaten eingreifen dürfen, inwieweit sie das, was dort "legal" war, nachträglich verurteilen dürfen. Hans Filbinger ging so weit zu sagen: "Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein." Hier haben wir ein Problem. Wer ist legitimiert, auf welcher Rechtsgrundlage, an welchem Ort wen zu verurteilen? (Heute will man die Piraten vor Somalia nicht festnehmen. Sie haben keine andere Lebensperspektive. Keiner weiß, nach welchem Recht und auf wessen Kosten sie festgenommen und inhaftiert werden sollen.)

Menschenrechte bleiben die einzige Boje der Weltzivilisation. Die Liste des Scheiterns der Menschenrechte ist lang: Korea- und Vietnamkrieg, Kongo- oder Nahostkriege, Afghanistan- und Irakkriege. Trotz des vielen Scheiterns wollen wir Menschenrechtsverletzungen überall auf der Erde sensibel, wach und entschlossen auf der Spur bleiben.

Schwerste Menschenrechtsverletzungen gehen nicht nur auf organisiertes gegenseitiges Töten von Soldaten zurück, sondern auch auf die überhandnehmenden "Kollateralschäden". Der Begriff, seit den Balkankriegen üblich geworden, ist eine zynischer Verschleierungsterminus. Gelten die allgemeinen Menschenrechte noch, wenn die Toten in New York unendlich viel mehr gelten als die (ungezählten) unschuldigen Toten im Krieg in Afghanistan gegen die Taliban? Wer legt einer Großmacht die rechtlichen und strafrechtlichen Zügel an, wenn das Recht der Stärke gilt und ein Lager wie Guantánamo aufgebaut und unterhalten werden konnte? Auch die durchaus zweifelhafte Praxis der Todesstrafe legitimiert die Vereinigten Staaten nicht gerade dazu, Hauptanwalt der Menschenrechte zu

sein. Obama tritt ein schwieriges Erbe an bei dem Versuch, den "amerikanischen Traum" im besten Sinne wieder zu beleben, wenn er es überlebt.

Menschenrechte sind *keine* ideologisch-moralische Schimäre, wenn sie sich auf die Schwachen und deren Rechte richtet, also auf Kinderrechte, das Recht auf Brot, Minderheitenrechte, Frauenrechte, etc. Das oben bereits genannte Quasi-Apriorische der Menschenrechte macht ihre Schwäche aus und erfordert eine erneute Aneignung durch jede Generation mit ihren Überzeugungen sowie staats- und gesellschaftsbegründenden Gesetzen. Die grundlegenden Menschenrechte beanspruchen einen geradezu liturgischen Glaubensstatus, wieder und wieder wiederholt und eingeschärft, um auf lange Zeit gelten zu können und vor allem, um sich in immer wieder heraufziehenden Konfliktsituationen (z. B. in ethnischen Konflikten) bewähren zu können. Die Menschenrechte sind stets fragil und müssen von jeder Generation neu angeeignet werden.

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben dies wohl nach der nazistischen und rassistischen Barbarei klar erfasst über alles den feierlichen Satz, den Artikel 1 gestellt: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Der Staat ist verpflichtet, die Würde des Menschen zu schützen, nicht der Bürger ist dazu da, die Autorität des Staates zu schützen und zu stützen und ihm gehorsam zu sein. Der Staat ist eine Hilfseinrichtung für das höchste Wesen Mensch, dessen Würde als unantastbar gelten soll.

Artikel 1, Absatz 2 benennt sogleich das Problem, das darin besteht, dass der Staat als Abstraktum etwas schützen soll, was zunächst auch abstrakt erscheint, nämlich "die Würde des Menschen". So heißt es dann in Artikel 1, Absatz 2: "Das deutsche Volk bekennt sich darum [weil die Würde des Menschen unantastbar ist] zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt." Wie viele Deutsche kennen diese beiden Sätze? Wie viele wissen, was sie bedeuten? Hier wird plötzlich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in Anspruch genommen, als eine Bekenntnisgemeinschaft, die unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte als Grundlage für ein gedeihliches menschliches Zusammenleben und für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt ansehen!

Die Einübung von Menschenrechten

Menschenrechte sind und bleiben eine permanente Bildungs- und Aneignungsherausforderung.

UNESCO-Projektschulen gehören in besonderer Weise dazu, wie auch Kinder- und Jugendgalerien, z.B. die in Brandenburg von Armin Schubert. Kinder setzen und drucken hier zentrale Sätze der Menschenrechtserklärung, Buchstabe für Buchstabe, Blatt für Blatt. Dabei vollzieht sich eine Internalisierung der Grundwerte. Auch Theaterspielen kann eine Form der Aneignung sein. Wer einmal in "Antigone" oder in "Andorra" mitgespielt hat, geht verwandelt und geprägt daraus hervor. Einen nicht unerheblichen Anteil haben auch christliche Kirchen, wenn sie als offene und entschiedene Gemeinschaften im Geiste des Menschensohns aus Nazareth wirken und Türöffner für eine Kultur der Barmherzigkeit sind, die allen Menschen gilt.

Aber noch wichtiger als alle intentionale Erziehung ist das, was junge Leute alltäglich in ihrer Umwelt sehen, hören und erfahren. In dem Wort "bekennen" erschließt sich die ganze Problematik. Das Wort "bekennen" kommt aus der religiösen Sprache. *Credo* heißt "ich bekenne". Etwas bekennen heißt für etwas zeugen, sich einsetzen und mit Leib und Seele dazu zu stehen. Wenn sich das deutsche Volk nicht mehr dazu bekennt, kann alles hohl und leer werden, bis es verdorben, verdreht und vergessen ist. Menschenrechte bestehen also nur so lange, wie sich eine Gemeinschaft von Menschen, in einem Staat organisiert, der Geltung dieser Menschenrechte verpflichtet fühlt und diese als Grundlage ihres Zusammenlebens und der Völkergemeinschaft anerkennt. Sowie eine solche innere Anerkennung ausbleibt, hat es der Staat schwer, die Menschenrechte durchzusetzen. Er hat es aber wiederum auch leicht, die Grundnormen zu vernachlässigen oder gar, wenn es opportun erscheint, sie zu durchbrechen.

Das können wir in diesen Tagen in Griechenland verfolgen. Da hat sich lange etwas angestaut. Die Jugendlichen glauben nicht mehr an die Lösungskompetenz ihres demokratischen Systems. Die Polizei ist mental immer ganz autoritär bestimmt. Wenn die Militärs wiederkommen, ist die Polizei die erste, die die Diktatur durchsetzen wird. Man braucht eben auch eine zuverlässige, demokratisch denkende Polizei.

Ich denke auch an unsere deutschen Debatten um die Aufweichung des Asylrechtsparagrafen, um die Durchsuchungsmöglichkeiten mit dem neuen BKA-Gesetz, an den zurecht so verspotteten "Otto-Katalog", an Freiheitsrechte einschränkende Terrorprävention, aber auch an die sogenannte aktive Sterbehilfe. Ohne den Glauben an die unverletzliche Gültigkeit der Menschenrechte durch die Bürgerinnen und Bürger und ohne den aktiven Einsatz und die Wachsamkeit der Bürger für die konkrete

Wahrung der grundlegenden Menschenrechte sind die Menschenrechte täglich gefährdet.

Ein weiteres fundamentales Problem ergibt sich durch das Mit-, Neben- und Gegeneinander von sogenannten bürgerlichen (individuellen) und sozialen Menschenrechten. Zugespitzt: Wie verhält sich das Recht auf Freiheit zum Recht auf Brot? Wie beides machtpolitisch gegeneinander ausgespielt werden kann, hat Dostojewski in seiner Legende vom Großinquisitor eindrücklich beschrieben. Da schickt der Großinquisitor den vom Himmel herabkommenen Jesus wieder zurück, weil man ihn und seine Grundauffassung vom Menschen einfach nicht brauchen kann, wenn es konkret um Macht und um Wohlstand sowie um die dafür nötige Unterwerfung geht. Ein Großinquisitor muss immer wieder kreuzigen und setzt sich als Machtrealist immer wieder an die Stelle des Erlösers mit dem sanften, barmherzigen, vergebungsbereiten, versöhnungsfähigen, gewaltlosen, verständnisvollen, freimütigen, offenen, gänzlich unerschlagenen Blick des Menschensohnes. Die dümmsten Kälber wählen sich ihre Schlächter selber.

Drei Fälschungen marxistischer Klassiker

Die Linke, insbesondere die marxistisch geprägte, bolschewistisch ideologisierte, als ML (Marxismus-Leninismus) fixierte Weltanschauungsgemeinschaft krankte an drei grundlegenden Fälschungen ihrer eigenen heiligen Schriften, ihrer höchsten Berufungsinstanz, den sogenannten Klassikern. Die erste Fälschung bestand in einer zunächst unbedeutend klingenden Verschiebung eines Adjektivs: "Die Freiheit ist eine bürgerliche Schaukel". Bei Marx heißt es schlicht: "Die bürgerliche Freiheit ist eine Schaukel". Aber jener Satz beschädigte das leuchtende Wort "Freiheit" und unterwarf es ganz und gar der Allmacht und dem totalitären Wahrheitsanspruch der Partei, die sich angeschickt hatte, die Massen anzuführen und dabei "im Interesse der Sache" so gut wie kein Verbrechen ausließ.

Die zweite Fälschung bezog sich auf das Individuum, das auf den Kern der Menschenrechte verweist, eine Fälschung, die unbegreiflich bleibt, hatten doch alle das kommunistische Manifest hoch- und runter gelesen und dabei etwas überlesen, was folgenreich sein sollte und in der DDR erst durch das "Abendlicht" von Stephan Hermlin publik wurde. Bei Marx und Engels heißt es: "An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung

für die freie Entwicklung aller ist."⁵ Und was stand in der Ideologie, in Lehrbüchern und was setzte sich in den Köpfen derer fest, die die regelmäßigen Rotlichtbestrahlungen und ML-Seminare zu besuchen hatten? "Die freie Entwicklung aller ist die Bedingung für die freie Entwicklung eines jeden." Das ist die verhängnisvolle Vorordnung des Kollektivs vor den Einzelnen und der Masse vor dem Subjekt – ganz zu schweigen davon, dass Marx und Engels eine Assoziation vorschwebte, die eine freie Entwicklung aller (Einzelnen) zum Ziel hat.

Und die dritte verhängnisvolle Fälschung ging auf Friedrich Engels zurück, der die elfte Feuerbachthese scheinbar nur sprachlich glättete, indem er ein "aber" einfügte. Bei Marx heißt es: "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an sie zu verändern." Im Marx'schen Sinne wird eine unterschiedliche Interpretation nicht völlig negiert, wohl aber die Aufgabe der Philosophie zugespitzt, dass sich ihr Denken in weltverändernder Absicht vollzieht. Daraus wurde in der Praxis, dass der Marxismus-Leninismus (-Stalinismus) die einzige wissenschaftliche Weltanschauung sei und alles andere nur ein philosophisches Vorgeplänkel darstelle, einschließlich jener simplifizierenden, grob kategorisierenden Gegenüberstellung von Materialisten und Idealisten, der Teilung in fortschrittliche und bürgerliche Philosophie etc. Ergebnis war weithin eine Philosophie als Parteischolastik.

Es sei noch erwähnt, weil nicht ganz unerheblich, dass die in der dritten Feuerbachthese ausgesprochene Wahrheit auf die kommunistische Bewegung selber nicht angewandt wurde, dass nämlich die Umstände von Menschen verändert werden und dass "der Erzieher selbst erzogen werden muss". Daraus wurde später die Formel, dass die Partei immer Recht habe, dass die Lehre von Marx allmächtig und wahr sei (nach Lenin) und damit auch die roten Parolen. Und das alles in einem Sozialismus, der nach der gewaltsamen Niederschlagung des Prager Frühlings zum "real-existierenden Sozialismus" erklärt wurde und, jeglichen utopischen Charakters entkleidet, zu einer diktatorischen Machtformation der Geschichte degenerierte, bisweilen als unverhohlener "Stasiismus".

Verheerend wirkte die Marx'sche These, dass das menschliche Wesen kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum sei. "In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse". Damit widerspricht Marx bereits in den Feuerbachthesen seinen eigenen Reflexio-

⁵ Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei, Stuttgart 1959.

nen über das Individuum in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten, die in der DDR nicht von ungefähr bis 1968 im Giftschrank lagen!

Rosa Luxemburgs Warnungen an die eigene Partei

Rosa Luxemburg wollte die Humanisierung der menschlichen Beziehungen, die Abschaffung von Krieg und Ausbeutung, sah andererseits in ganzer Klarheit, wohin es führt, wenn es zu einer Diktatur einer Handvoll Personen kommt, wenn die selbsternannte Macht der Sowjets als einzig wahre Vertretung hingestellt wird und allgemeine Volkswahlen ausgeschlossen werden:

"Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein (...). Eine Elite der Arbeiterschaft, die von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten wird, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft, eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Hand voll Politiker."⁶

Rosa Luxemburg nennt in ihrer Schrift zur russischen Revolution Ross und Reiter, Lenin und Trotzki (von Stalin konnte sie noch nichts wissen). Und sie hält es von ihrem Menschenbild und ihrem Selbstverständnis als politisch aktive Frau für eine unbestreitbare Tatsache, "dass ohne eine freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar ist." Parteiprogramme nennt sie nur "wenige große Wegweiser", die die Richtungen anzeigen. Zum Sozialismus gehöre eben, dass er sich seiner Natur nach nicht oktroyieren lässt, dass es unbedingt der öffentlichen Kontrolle bedarf.

Daran schließt jene angeblich an den linken Rand ohne Einordnung hingeschriebene Bemerkung, die im Januar 1988 zu einer großen Verhaftungsaktion führen sollte: "Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei, mögen sie noch so zahlreich sein, ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus, der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil

all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird."

Rosa Luxemburg ist außerordentlich hellsichtig, was die Versuchungen der Macht anlangt, was den schnellen Verlust von Menschenrechten und die klugen Köpfe an der Spitze betrifft, die nur noch "kritiklose Bewunderung und eifrige Nachahmung" erwarten. Sie vertraut auf die kritische Urteilsfähigkeit der Massen und sieht sich vor die Aufgabe gestellt, "sich kritisch mit der russischen Revolution in all ihren historischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen." Sie sieht, wie schnell die Macht die Grundrechte, für die man gekämpft hatte, verschlingt.

Sozialistisches oder linkes Denken muss immer ein machtkritisches Denken bleiben, das sich nicht bloß auf den politischen Konkurrenten oder Gegner richtet, sondern Selbstkritik einschließt. "Gewiss", schreibt sie "jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden, die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll. Es verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborenen Unzulänglichkeiten der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energische, politische Leben der breitesten Volksmassen."

Was dann aber am 14. Dezember 1918, vor 90 Jahren, in der "Roten Fahne" stand, ist nichts anderes als ein Versuch des Spartakusbundes (im Namen der Volksmassen), die alleinige Macht auch auf gewaltsamem Wege zu erreichen. Der Spartakusbund sei "das sozialistische Gewissen der Revolution und die politische Macht, und zwar die ganze politische Macht." Diese Macht ziele auf die Diktatur des Proletariats und deshalb "auf die wahre Demokratie." Dieser letzte Gedanke bestimmte das sowjetische Sozialismusmodell und erklärte die Diktatur der Guten kurzerhand zu wahren Demokratie.

Neben diesem Überlegenheitspathos und diesem verhängnisvollen Alleinvertretungsanspruch steht dann, ganz unverbunden, jener große Satz: "Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen durch Niederlagen und Siege zur vollen Klarheit und Reife durchringen."

Rosa Luxemburg und die Einheit der Menschenrechte

Das Erbe dieser hellsichtigen und auf Freiheit und Selbstentfaltung jedes Einzelnen und aller zugleich

⁶ Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974. Dieses und folgende Zitate, S. 335, 355f., 358, 359, 362, 451 und 447.

ausgerichteten sozialistischen Denkerin gilt es zu bewahren, ohne sie zu heroisieren. Es sind ihre Gefängnisbriefe, die den Menschen hinter der Revolutionärin so eindrücklich zeigen. Sie hätte wohl, wäre sie nicht 1919 ermordet worden, spätestens 1933 aus Deutschland hätte fliehen müssen und wäre spätestens 1937 erschossen worden oder im *Gulag* gestorben. Diesen Wahrheiten muss man sich stellen.

Wir haben in Rosa Luxemburg eine Berufungsinstanz für die Einheit von individuellen und sozialen Menschenrechten vor uns. Wenn die LINKE von Menschenrechten spricht, darf sie niemals vergessen, was im Namen der Befreiung der Menschheit ausgerichtet wurde. Menschenrechte müssen strikt bewahrt werden, als etwas Strahlendes, in dem Glauben, dass sie gelten, dass sie bleiben und dass sie gesetzliche Gestalt gewinnen können.

Die ungeheuerlichsten Verbrechen wurden im Namen dieser großen Emanzipationsidee verübt. Stalin steht auch für systemische Probleme. Man muss sich als linker Demokrat den Werken von Schalamow, Rybakow, Tendrjakow und auch Sol-schenizyn oder dem "Schwarzbuch des Kommunismus" stellen. Erst jetzt wird öffentlich, welche ungeheuren Verluste und Verbrechen bei Maos legendär-mythisierten "langem Marsch" 1934/35 zu beklagen sind, von der Kulturrevolution oder dem Terror der Roten Khmer ganz zu schweigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich die bürgerlich-liberale Geisteswelt in Vielem mit der demokratisch-sozialistischen verbinden, hatte sie doch im Kampf gegen den Nationalsozialismus zusammengestanden und aus der Zersplitterung der Kräfte im Kampf gegen Franco gelernt.

Albert Camus Warnungen an die Linke

Mit großer gedanklicher Klarheit und menschlicher Unbestechlichkeit hat Camus das festgehalten, was oft beim Gebrauch oder bei der Benutzung des Wortes "Menschenrechte" auseinanderfiel, nämlich das Recht auf Freiheit und das Recht auf Brot. Camus verweist auf die "Morgenröte der ersten Freiheit und die gewaltigste Hoffnung, die diese Welt je gekannt hat." Camus beklagt, dass diese gewaltigste Hoffnung der Welt "in der tüchtigsten Diktatur der Welt verknöcherte." Freiheit und Brot sind gleich hohe Werte; der eine Wert geht ohne den anderen verloren. "Denn selbst wenn die Gesellschaft sich mit einem Schlag verwandeln und jedermann anständige, behagliche Lebensbedingungen bieten sollte, es aber an der Freiheit mangelte, wäre sie noch immer eine Barbarei." Ein menschenrechtliches Pathos, wie es einem Linken in Europa noch

heute gut anstünde: "Für uns alle kann heute nur eine einzige Parole gelten: in nichts nachgeben, was die Gerechtigkeit betrifft, und auf nichts verzichten, was die Freiheit angeht."⁷

Camus weiß genau, dass Freiheiten stets erkämpft werden müssen und dass das Caesarentum in allen möglichen historischen Verpuppungen wiederkommt, ja, dass die Trennung von Freiheit und Gerechtigkeit der Trennung von Kultur und Arbeit gleichkommt. Camus hält an den bürgerlichen (individuellen) Freiheiten ebenso fest wie an den sozialen Ansprüchen, die ein Mensch auf Leben erheben kann und muss:

"Die Freiheit wählen, das heißt nicht, gegen die Gerechtigkeit wählen, wie man uns dies weismacht. Im Gegenteil, man wählt die Freiheit heute nur auf der Ebene derer, die allenthalben allein leiden und kämpfen, dort und nur dort. Man wählt sie zugleich mit der Gerechtigkeit und wahrhaftig, in Zukunft ist es für uns nicht mehr möglich, die eine ohne die andere zu wählen. Wenn jemand euch euer Brot entzieht, beraubt er euch gleichzeitig eurer Freiheit, aber wenn jemand euch eurer Freiheit beraubt, dann wisst, dass euer Brot bedroht ist, denn es hängt nicht mehr von euch und eurem Kampf ab, sondern von der Eigenmächtigkeit irgendeines Herren. Je mehr die Freiheit in der Welt an Boden verliert, desto mehr wächst das Elend und umgekehrt (...). Die Unterdrückten wollen nicht nur von ihrem Hunger befreit sein, sondern auch von ihren Herren. Sie wissen genau, dass sie den Hunger nur dann wirklich loswerden, wenn sie ihre Herren, alle ihre Herren, in Schach halten."⁸

In seinem Gespräch über die Bewertung des Ungarnaufstandes 1956 schreibt er unter der Überschrift "Der Sozialismus der Galgen" etwas über die Aufgabe der Linken, die nicht auf der Leimrute von Formeln kleben dürfe und den Versuchungen jeglicher Ideologie entsagen soll. "Die Linke ist schizophren und muss Heilung suchen – in unerbittlicher Kritik, Übung des Herzens, Festigkeit der Überlegung, und auch in ein wenig Bescheidenheit (...). Keines der Übel, die der Totalitarismus (in erster Linie gekennzeichnet durch die Einheitspartei und die Abschaffung jeglicher Opposition) zu beheben vorgibt, ist schlimmer als der Totalitarismus selber." Ohne Freiheit gibt es keinen Sozialismus, es sei denn, den Sozialismus der Galgen. An dieser schlichten Wahrheit, an diesen Erkenntnissen hat der real-existierende Sozialismus vorbeigelebt, hat

7 Albert Camus: Verteidigung der Freiheit, Politische Essays, Reinbek 1974.

8 In diesem großartigen Essay mit dem Titel "Brot und Freiheit" macht Camus darüber hinaus klar, dass die Freiheit in erster Linie nicht aus Privilegien, sondern aus Pflichten besteht.

sich überlebt und das Wort links mit sich heruntergerissen.

So gehört es geradezu zu den tragischen Irrtümern und Versäumnissen, dass die Linke, wo sie an der Macht war, wie alle anderen mehr an der Macht interessiert war als an den Prinzipien, um deren Willen sie die Macht ergriff. Die kommunistische Weltbewegung, formiert im Sowjetblock wie im chinesischen Riesenreich, nahm sich prinzipiell der Forderung nach Gleichheit aller an, räumte aber alle, die Macht und Parteilinie im Weg standen, gnadenlos und regellos aus dem Weg. Die "sozialistischen Länder" (mit und ohne Anführungsstriche!) ließen sich gewissermaßen die Menschenrechte als ein KampftHEMA im Kalten Krieg aufdrängen, weil sie wegen ihrer Angst vor Machtverlust die bürgerlichen Freiheiten einschränkten und als antisozialistisch denunzierten. Die Priorität des Friedens geriet im Wettrüsten auch zur propagandistischen Formel.

Menschenrechte in der Zeit der Entspannungspolitik

Es wäre falsch, wenn man in Abrede stellte, welche besonderen Anstrengungen die sozialistischen Länder (insbesondere in der Nach-Stalin-Ära) gemacht haben: Dass alle eine bezahlbare Wohnung und Arbeit bekommen, dass alle an Bildung, Kultur und Sozialeinrichtungen teilhaben, dass die Herrschaft von Menschen über Menschen im Sinne der Reichumsverteilung von unten nach oben abgeschafft wird, dass die Verfügungsmacht über die Produktionsmittel im Wesentlichen in gesellschaftlicher (praktisch aber in staatlicher) Hand liegt, dass Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern ohne alle Rassenschranken oberstes Prinzip wird.

Diese Prinzipien waren ideologisch und propagandistisch besetzt, und die Liste der Einschränkungen ist nicht nur lang, sondern auch schmerzhaft. Wie willkürlich wurden politische Prozesse angezettelt und geführt, wie menschenverachtend war der Strafvollzug, wie entwürdigend die Zensur, wie eingeschränkt die Freiheit des Denkens, der Versammlung, der Vereinigung, des Redens, Schreibens, Druckens und Sprechens. Wie wenig Entfaltungsraum hatte der Einzelne und wie stark war die innerparteiliche Opposition gegen die Vorgaben einer Partei, deren Repräsentanten nicht gerade als das geistige Zentrum der Nation gelten konnten, schon gar nicht das gerontokratische Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die Menschenrechte waren nicht mehr aus der Welt zu bringen und wurden während der Verhandlungen zur Entspannungspolitik zum Zankapfel

schlechthin. Bereits im deutsch-deutschen "Grundlagenvertrag" vom 21. Dezember 1972 wird im Artikel 2 darauf verwiesen, dass die beiden deutschen Staaten "sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung."⁹

In einem einzigen Artikel ist das ganze Problem, das bis zum Zusammenbruch des Sowjetblocks im Vordergrund stand, enthalten, nämlich das Nebeneinander der Souveränität, die Achtung der Unabhängigkeit, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen (was als "Selbstbestimmungsrecht" definiert wurde) und die grenzüberschreitende Geltung unveräußerlicher Menschenrechte. Man argumentierte, die kommunistische (Partei-) Herrschaft falle unter das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Der Kampf um die Menschenrechte setzte sich in jahrelangen zähen KSZE-Verhandlungen fort und führte 1975 zur "Schlussakte von Helsinki". Der Westen gewann besonders dadurch bei den Völkern des sogenannten Warschauer Vertrages an Anziehungskraft, weil er sich für die Einhaltung der Menschenrechte stark machte. Die Sowjetunion hatte, ebenso wie die DDR, die "Schlussakte von Helsinki" einschließlich "Korb III" unterschrieben.¹⁰ Man sah sich durch das Prinzip der Nichteinmischung abgesichert, unterschätzte aber den starken Freiheitswillen der Bürger in den sozialistischen Ländern, der nun publik wurde durch die intellektuellen Zirkel in Budapest, Moskau, Warschau, Prag und Berlin, durch die sich formierende Arbeiterbewegung in Polen, durch die "Charta 77" in der Tschechoslowakei und durch die unabhängige Friedens- und Menschenrechtsbewegung in der DDR. Die innere Delegitimierung der Staaten des Ostblocks erfolgte nicht zuletzt durch die Verweigerung von Menschenrechten, insbesondere des politischen Selbstbestimmungsrechts, einschließlich aller bürgerlichen Freiheiten, zu denen der freie Zugang zu anderen Ländern und Informationen gehörte.

Eine Reflexion der heutigen Situation: Offenbar schätzen Menschen die Demokratie mehr, je länger sie ihnen vorenthalten wird und je unerträglicher Reglementierungen werden. In der Freiheit kommt

9 Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Ost-Berlin, 21. Dezember 1972.

10 Korb III: Grundsätze der Zusammenarbeit im humanitären und anderen Bereichen, Erleichterung von menschlichen Kontakten über die Blockgrenzen hinweg, Informationsaustausch (Teil der Schlussakte von Helsinki), Helsinki, 1. August 1975.

bald Gleichgültigkeit und Beliebigkeit auf, und Demokratie wird von der Mehrheit in dem Maße bejaht, wie sie Wohlstand ermöglicht. So fällt die Entscheidung zwischen Freiheit und Brot fast immer zugunsten des Brotes aus, egal, wie es beschafft wurde.

Um zu wissen, in welchem innerlich marodem Zustand die DDR seinerzeit bereits war, muss man sich die Verschärfung des Strafgesetzbuches von 1979 und die darin enthaltenen Sanktionen ins Gedächtnis rufen, insbesondere die Paragraphen über sogenannte landesverräterische Nachrichtenübermittlung.¹¹ Nach diesen konnten sogar das Verbreiten von Nachrichten, die nicht der Geheimhaltung unterlagen, aber zum Nachteil von DDR-Interessen waren, mit zwei bis zwölf Jahren Strafe belegt werden. Der Paragraph zu "Staatsfeindlicher Hetze" (§106) drohte ein bis acht Jahre Haft für das Herstellen, Einführen, Verbreiten oder Anbringen von "Schriften, Gegenständen oder Symbolen zur Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Repräsentanten oder anderen Bürgern" an. Es sind zudem Paragraphen über "Zusammenrottung" (§217), "Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele" (§218), "Ungesetzliche Verbindungsaufnahme" (§219) und "Öffentliche Herabwürdigung" (§220) zu nennen. Politischer Willkürjustiz war hier Tor und Tür geöffnet. Das Strafgesetzbuch liest sich wie ein Horrorkatalog, gerade wenn man sich außerdem in Erinnerung ruft, wie die Haftbedingungen von (politischen) Häftlingen aussahen, wie sie psychisch gequält wurden. Viele von ihnen haben Langzeitschäden. Es seien schließlich die sogenannten Zersetzungsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Personen und Gruppen genannt, die Mielke ein halbes Jahr nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki erließ. Wer das in Erinnerung behält, ist froh, dieses System hinter sich zu haben. Jeden Tag bin auch ich darüber froh, ohne mir zu verschweigen, vor welchen Herkulesaufgaben wir heute stehen, Aufgaben, die einer starken demokratischen Linken so sehr bedürfen.

Das sozialistische Weltsystem, das sich als Alternative zum Kapitalismus etabliert hatte und zeitweise in einer Beinahe-Paritäts-Position zur westlichen Welt (im Wettkampf der Systeme) stand, ist nicht nur an seinen ökonomischen Problemen zugrunde gegangen, weil man versuchte, die Gesetze des Marktes einfach außer Kraft zu setzen, statt den Markt zu gestalten und zu bändigen. Es scheiterte auch am weitgehenden Verzicht auf die andere Hälfte der Menschenrechte, jener unverzichtbaren

Freiheitsrechte. Man betrog sich selbst des kreativen Potentials der eigenen Gesellschaften.

Pathos für Menschenrechte

Es wäre allerdings demagogisch, den sozialistischen Ländern *in toto* und zu allen Zeiten vorzuwerfen, sie hätten alle Menschenrechte gänzlich außer Kraft gesetzt. Sie haben die Menschenrechte halbiert. Menschenrechte gelten nur ganz oder gar nicht. Es ist der Geist von Helsinki und es ist jene in den politischen Papierkorb geworfene großartige "Charta von Paris" (1990)¹², die eine selbstbewusste und von ihren Erinnerungen und Erfahrungen getragene linke Menschenrechtsbewegung weiter im Blick behalten sollte, durch bittere Erfahrungen und wundersame Entwicklungen zugleich belehrt und motiviert. Und es ist die Bedeutung des Geistes der "Charta 77" (1977), die noch heute alle Demokraten verbinden kann.

Wer für Menschenrechte kämpft, braucht solch ein Pathos, das sich freilich bei der politischen Verwirklichung immer wieder erdet, sowie man daraus ein einklagbares und durchsetzbares Recht zu formulieren versucht. Wer für Menschenrechte eintritt, braucht den Überschuss an Utopie, braucht ein Ideal, auf das er zugeht. Wege ergeben sich immer dann, wenn man sie geht.

Keiner (von uns) weiß, wo wir uns im kapitalistischen Weltsystem nach der Etablierung der Deregulierung, des Turbokapitalismus, des weltweiten Neoliberalismus wiederfinden. Der Kapitalismus befindet sich in einer schier unsteuerbaren Situation. Krisenzeiten sind immer Zeiten der Gefährdung von Menschenrechten. Alle spüren, dass wir uns auf einer schiefen Ebene befinden und noch nicht wissen, an welchem Punkt sie endet. Das schnelle Geld mündete in den schnellen Absturz. Die Gier wohnt allen inne und hat im Globalkapitalismus ein System gefunden, das sich als gigantisches Kartenhaus erweist, gegen die Armen und gegen reiche Länder, gegen einen friedlichen Interessenausgleich, gegen die Güter der Natur, gegen alle Einsicht im Blick auf die Klimakatastrophe, gegen die Gemeinsamkeit im Kampf gegen den Terrorismus und seine Ursachen. Wir brauchen wieder mehr Menschenrechtspathos in unseren Ländern und mehr UNO als Gemeinschaft der Völker auf der einen Erde. Mehr Demut. Auch Wut, die zu Mut wird. Trotz alledem.

¹¹ Vgl. Strafgesetzbuch der DDR in verschiedenen Fassungen, <http://www.verfassungen.de/de/ddr/strafgesetzbuch74.htm> (2.3.2009).

¹² Charta von Paris für ein neues Europa. Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Paris, 19.-21. November 1990.

„Die Menschen der Herrschaftswelt müssen endlich begreifen, dass es so nicht weiter gehen kann. Jeden Tag sterben hunderttausend Menschen am Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. 963 Millionen Menschen sind permanent schwerstens unterernährt, alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Laut Welternährungsorganisation aber könnte die derzeitige Landwirtschaft problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren, also das Doppelte der Menschheit. Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet. Wir brauchen einen neuen planetarischen Gesellschaftsvertrag.“

Jean Ziegler, Mitglied des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats und früherer UN-Sonderberichtsersteller für das Recht auf Nahrung

Menschenrechte und Sozialismus

Rede auf der gleichnamigen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4. Dezember 2008 in Berlin

Am 10. Dezember feiern wir den 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Im Bundestag werden CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne eine Erklärung verabschiedet, die sich nahtlos einreihet in die Instrumentalisierung der Menschenrechte überall auf der Welt. DIE LINKE wird ausgegrenzt, und Verstöße gegen die Menschenrechte gibt es nur bei den anderen. Glaubwürdig kann man sich mit den Menschenrechten aber nur auseinandersetzen, wenn man bei sich selbst beginnt. Die PDS als eine Vorläuferpartei der Partei DIE LINKE hat daher zu Recht die Behandlung der Menschenrechte in der DDR kritisch aufgearbeitet. Sie hat immer wieder festgestellt, dass in der DDR zwar Fortschritte bei der Verwirklichung der sozialen Gleichheit erreicht wurden, dass aber die politische Freiheit nicht gewährleistet war.

Die DDR war daher weder sozialistisch, noch demokratisch, da Demokratie und Sozialismus untrennbar miteinander verbunden sind. Für DIE LINKE gilt Rosa Luxemburgs Vermächtnis: Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung und Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Was Gleichheit ohne Freiheit bedeutet, erlebten die Menschen in der DDR, und was Freiheit ohne Gleichheit bedeutet, erleben die Hartz IV-Empfänger und die Lidl-Verkäuferin, die bis auf die Toilette von Überwachungskameras verfolgt wird. In der Bundesrepublik geht es darum, mehr soziale Gleichheit durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist in den letzten Jahren in unseren Reihen ein nach meiner Auffassung überflüssiger Streit ausgetragen worden. Die einen warfen Mitgliedern unserer Partei vor, die soziale Gleichheit über die bürgerlichen Freiheitsrechte zu stellen, die anderen warfen Parteimitgliedern vor, die bürgerlichen Freiheiten höher zu bewerten als die soziale Gleichheit. Rosa Luxemburg hat darauf die Antwort gegeben: Freiheit und Gleichheit können nicht voneinander getrennt werden. Beide zusammen sind Voraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft.

Der Streit ist vielleicht auch deshalb ausgebrochen, weil man einen zentralen Wert der Französischen Revolution vergessen hat, den der Brüder-

lichkeit, der Solidarität. Nur aus der Zuwendung zu den Mitmenschen entsteht die Energie, die wir brauchen, um eine freiere und sozial gerechtere Gesellschaft durchzusetzen. Schon öfter habe ich darauf hingewiesen, dass der nach Noberto Bobbio für DIE LINKE zentrale Wert der Gleichheit auf das Christentum zurückzuführen ist. Auf dem Gründungsparteitag sagte ich, dass die wörtliche Übersetzung des Gebotes "Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst" aus dem Hebräischen heißt: "Du sollst Deinen Genossen liebhaben Dir gleich." Aus der Kraftquelle der Solidarität, der Liebe zum Mitmenschen, entsteht die Idee, dass alle Menschen gleich und frei geboren sind. Ohne Mitmenschlichkeit und Solidarität sind Freiheit und Gleichheit blutleer und können leichter instrumentalisiert werden.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich für die Partei DIE LINKE folgendes: Die Menschenrechte sind unteilbar. Sie dürfen nicht instrumentalisiert werden. Und ehe man mit dem Finger auf andere zeigt, muss man sich selbst kritisch prüfen, ob man beständig und unbestechlich für die Menschenrechte eintritt.

Ein klassisches Beispiel, wie man es nicht machen soll, ist der Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel "Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Grundlage für 60 Jahre Menschenrechtsschutz". Schon durch die Ausgrenzung der LINKEN werden die Menschenrechte instrumentalisiert und eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik findet nicht statt. Menschenrechtsverletzungen findet man leider immer nur bei den anderen. Dabei hätten die mit uns konkurrierenden Parteien sich nur die Mühe machen müssen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte einmal zu lesen. Sehr schnell wären sie dabei auf Artikel 23 gestoßen.

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
4. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Nimmt man die Absätze 2 und 3, dann haben alle Verfasser des erwähnten Antrages der vom Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet werden wird, an der Verletzung der Menschenrechte im eigenen Land mitgewirkt. Nachdem es schon in der Bundesrepublik bis heute nicht gelungen ist, die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit abzuschaffen, haben CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen durch die Einführung der ausufernden Leiharbeit massiv gegen den Artikel 23, Absatz 2 verstoßen, in dem gleicher Lohn für gleiche Arbeit gefordert wird. Und durch die von diesen Parteien zu verantwortende Einführung von Hartz IV wurde der Artikel 23, Absatz 3 missachtet, der für jeden Menschen eine befriedigende Entlohnung fordert, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert.

Es ist eben viel einfacher und billiger, die Verletzung der Menschenrechte in Tibet oder Kuba anzuprangern, statt sich an die eigene Brust zu klopfen. Aber nicht nur bei den sozialen Menschenrechten hätten die neoliberalen Parteien Grund, in sich zu gehen. Auch beim Waffenexport haben sie eine Politik zu verantworten, die ihr Eintreten für die Menschenrechte in aller Welt unglaubwürdig macht. Der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, während des Apartheidregimes Erzbischof in Südafrika weist darauf hin, dass jeden Tag mehr als tausend Menschen durch konventionelle Waffen umkommen. Er wirft den Regierungen der reichen Nationen vor, ihre Augen vor dem Leid zu verschließen, das mit der Verbreitung von Waffen verbunden ist. Schätzungen zufolge, töten allein Kleinwaffen jedes Jahr mehr Menschen, als die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zusammen. Die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen getragenen Regierungen haben zugelassen, dass solche Waffen in viele Länder geliefert wurden, in denen die Menschenrechte massiv verletzt werden. Von dieser verantwortungslosen Praxis findet sich in dem besagten Antrag kein einziges Wort.

Schäbig, blind und einseitig fallen die Vorwürfe der konkurrierenden Parteien an DIE LINKE aus, wenn es um die Menschenrechte geht. So hat der CSU-Außenpolitiker Karl-Theodor zu Guttenberg Verbindungen der LINKEN zu Terrorbewegungen

im Baskenland, in der Türkei, Nahost und Südamerika ausgemacht. Die Kontaktaufnahme von Wolfgang Gehrcke zur kolumbianischen FARC wird als Beweis für die Nähe der LINKEN zum Terrorismus herangezogen. Der Besuch Angela Merkels bei dem kolumbianischen Präsidenten Uribe wird selbstverständlich nicht problematisiert, obwohl nach wie vor gegen 60 Politiker des Regierungslagers wegen Verbindungen zu rechtsextremen Todesschwadronen ermittelt wird. Diese Todesschwadronen werden von den Menschenrechtsgruppen aus Kolumbien und dem Ausland für die Mehrzahl der politischen Morde verantwortlich gemacht.

Nie käme einer dieser selbst ernannten Kämpfer für die Menschenrechte auf die Idee, die Kontaktaufnahme zu Politikern der USA zu kritisieren, obwohl die völkerrechtswidrigen Kriege im Irak und Afghanistan ebenso wenig wie Guantanamo oder Abu-Ghureib oder das Waterboarding die Vereinigten Staaten nicht gerade als eine Vorkämpferin für die Menschenrechte ausweisen. Die Instrumentalisierung der Menschenrechte durch die USA, die NATO und die Propagandamaschinen der neoliberalen Politik schadet ihrer Verwirklichung. Wer Menschenrechte sagt und Öl meint, wer politische Rechte für Bürger in anderen Staaten einfordert und Folterzentren unterhält, wer Meinungsfreiheit anderswo einklagt und mit Lügen Angriffskriege führt, wer öffentliche Dienstleistungen, das Rentensystem und die Gesundheitsvorsorge privatisiert, der verwandelt das große Erbe des Kampfes um die Menschenrechte in ein Instrument von Sozialabbau, Krieg und imperialer Politik.

DIE LINKE kann das Erbe des Kampfes um die Menschenrechte nicht anderen überlassen. Sie steht in einer großen geschichtlichen Tradition. Ich denke an Spartakus, von dem das große Wort überliefert ist, dass man das Leben nur für die Freiheit einsetzen dürfe. Ich erinnere an die Bauernkriege. Einer der Sprecher der Bauern, Hans Hergot, schrieb: "Es sind gesehen drei Tische in der Welt: Der erste ist voller Überfluss und zu viel drauf, der andere eine bequeme Notdurft, der dritte ganz notdürftig. Da kommen die von dem Tisch voller Überfluss und wollten nehmen von dem wenigern Tische das Brot. Hieraus erhebt sich der Kampf. Gott wird umstoßen den überflüssigen Tisch und den geringen Tisch und wird bestätigen den mittleren Tisch."

Wie weit sind wir heute davon entfernt! Dreißigtausend Kinder sterben jeden Tag weltweit an den Folgen von Hunger, Armut und fehlender medizinischer Grundversorgung. Das sind elf Millionen Kinder jedes Jahr. Die zehn Millionen Millionäre der Welt haben dagegen heute zusammen ein Nettovermögen von vierzig Billionen Dollar! Dies ent-

spricht fast dem globalen Bruttosozialprodukt eines Jahres.

Auch heute noch gilt der Satz von Jean-Jacques Rousseau, dass die menschliche Gesellschaft durch die Gewalttätigkeit der Mächtigen und die Unterdrückung der Schwachen geprägt sei. Deshalb werden Gesetze gebraucht und diese Gesetze müssen der Verwirklichung der Menschenrechte der Schwachen dienen. Rousseau forderte einen Gesellschaftsvertrag, den das Volk sich selbst gibt. Das ist auch unsere Vorstellung von Demokratie: eine Herrschaft durch das Volk und im Interesse des Volkes zur Durchsetzung der sozialen und politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Aus diesen Ideen wurde die erste, sich als geltendes Recht verstehende Menschenrechtserklärung geboren, die "Bill of Rights". Sie wurde im Kampf der nordamerikanischen Kolonien gegen die Unterdrückung durch Großbritannien verfasst. In diesem Freiheitskampf entstand der große Anspruch: "Alle Menschen sind von Natur aus gleichermaßen frei und unabhängig...!" Der Aufklärer Jean-Jacques Rousseau ergänzte: Und doch liegen die Menschen überall in Ketten. Auch in den nordamerikanischen Kolonien jener Zeit übrigens, Autoren der Menschenrechtsdeklaration wie Thomas Jefferson waren zugleich Sklavenhalter.

Diese Ketten endgültig abzuwerfen ist ein Anspruch, der uns Linke, uns Sozialistinnen und Sozialisten mit allen verbindet, die sich für die Menschenrechte als Rechte auf solidarische Befreiung einsetzen. Gemeinsam mit ihnen sind wir dem kategorischen Imperativ von Karl Marx verpflichtet, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Wie umkämpft die Menschenrechte sind wurde in der Großen Französischen Revolution deutlich.

In der Präambel der Erklärung der Menschen und Bürgerrechte vom 26. August 1789 der Nationalversammlung hieß es, "dass die Unkenntnis, das Vergessen oder die Missachtung der Menschenrechte die alleinigen Ursachen für die öffentlichen Missstände und die Verderbtheit der Regierungen sind". Wer aber waren die Menschen, auf die sich diese Deklaration bezog? Was war mit den Frauen? Was war mit den schwarzen Sklaven in den französischen Kolonien? Was war mit denen, von denen Heinrich Heine dichtete: "Wenn du aber gar nichts hast,/ Ach, so lasse Dich begraben –/ Denn ein Recht zum Leben, Lump,/ Haben nur die etwas haben."

Zwei Jahre nach der Erklärung der Menschen und Bürgerrechte von 1789 verfasste die Schriftstellerin Olympe de Gouges ihre "Erklärung der Rechte der

Frau und Bürgerin": "Frau, erwache! ... Alle seine Kräfte aufbietend, vermochte der versklavte Mann nicht ohne deine Hilfe seine Ketten zu sprengen, Kaum in Freiheit, zeigt er sich ungerecht gegen seine Gefährtin." Der Artikel 1 der Menschenrechtserklärung wurde von ihr neu formuliert: "Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne ebenbürtig in allen Rechten". Da die Frauen im gleichen Umfang zum Unterhalt der öffentlichen Einrichtungen beitragen würden, so sollten sie auch gleichermaßen bei der "Zuteilung von Stellen und Würden" berücksichtigt werden. Auch das Eigentum müsse beiden Geschlechtern gehören. Am 3. November 1793 wurde sie als erste Frau nach der Königin hingerichtet.

Den Frauen, die entscheidend zum Sieg der Revolution beigetragen hatten, wurde jede politische Betätigung verboten. Und Napoleon nahm zehn Jahre später auch die erkämpften Fortschritte bei der Emanzipation der Frauen – das Recht auf Scheidung, die eigenständige Verfügung über Finanzen – zurück. Der Sieg des Privateigentums wurde zum Sieg des männlichen Bürgers und Herren. Aus den Menschenrechten wurden Männerprivilegien. Und die Forderung "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist in Deutschland nicht nur bei Leiharbeitern verletzt, sondern bei Millionen Frauen, die bei gleicher Arbeit schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen.

Den Sklaven in den französischen Kolonien erging es ebenso. Auf dem Höhepunkt der Revolution, am 4. Februar 1794, fünf Jahre nach der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, dekretierte der Französische Konvent: "Der Nationalkonvent erklärt die Sklaverei ... in sämtlichen Kolonien für abgeschafft. Demzufolge dekretiert er, dass alle in den Kolonien ansässigen Menschen, ohne Unterschied der Hautfarbe, französische Bürger sind und alle durch die Verfassung verbürgten Rechte genießen."

Auch dies war kein Geschenk der Herrschenden, sondern vor allem die Anerkennung eines Faktums. 1791 hatte ein Aufstand der Schwarzen und Sklaven im heutigen Haiti unter Führung von L'Ouverture die weißen Sklavenhalter besiegt und 1793 die Sklaverei abgeschafft. Als Frankreich die Rechte der Schwarzen aber missachtete und sich Haiti abspalten wollte, wurden die Aufständischen von einer Armee Napoleons 1802 besiegt und die Sklaverei bis zur Revolution von 1848 wieder eingeführt.

Für die Schwarzen sollten die Menschenrechte nicht gelten. Die Privilegien weißer Hautfarbe galten fort. Unbeeindruckt von der Großen Französischen Revolution wurden damals nicht nur Frauen und Schwarzen die erklärten Menschen- und Bürgerrechte verweigert, sondern auch jenen, die durch

den Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Wie ihr Sprecher, Jacques Roux, in seinem "Manifest der Zornigen" 1793 ausrief: "Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können."

Nach der Niederlage der Jakobiner und Sansculotten wurde das Wahlrecht eingeschränkt auf jene, die über ein größeres Privateigentum verfügten. Für fast ein Jahrhundert blieben die politischen Freiheitsrechte Klassenprivilegien.

Menschenrechte sind Widerstandsrechte gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung, Manipulation und Krieg. Die Partei DIE LINKE bekennt sich zu diesem Erbe und setzt es fort. Wir stehen deshalb zu dem Erbe der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. Und wir wenden uns gegen den Missbrauch dieser Erklärung für neue Unterdrückung, Kriege und asozialen Raubbau.

Der Auslöser jenes Prozesses, der zu der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 geführt hat, lag in der Forderung von Staaten aus Lateinamerika, Asien und Europa, von Nichtregierungsorganisationen, religiösen Bewegungen und den Gewerkschaften, die UNO möge nicht nur einen Sicherheitsrat haben, sondern auch einen gleichrangigen Wirtschafts- und Sozialrat. Und dieser Rat möge den Menschenrechten zur Durchsetzung verhelfen. Eine Deklaration der Menschenrechte sollte dazu erarbeitet werden.

Es waren Länder wie Brasilien, Ägypten, Indien, Panama, Mexiko und Venezuela, unterstützt durch die Sowjetunion, China und Frankreich, die gegen den Widerstand der USA und Großbritanniens dafür sorgten, dass die Menschenrechte "ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder Religion" Eingang in die Charta der Vereinten Nationen fanden. Befreiung von Ausbeutung, Krieg, kolonialer Unterdrückung und das Recht auf demokratische Selbstbestimmung gehörten für jene, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben ließen, zusammen.

Ich möchte Eleanor Roosevelt zitieren, die zwischen 1946 und 1948 jene Kommission der UNO leitete, die die Universelle Menschenrechtsdeklaration erarbeitete. Sie erklärte: "Freiheit ohne Brot ... hat wenig Bedeutung. Mein Ehemann sagte immer, dass die Freiheit von Not und die Freiheit von Aggression die beiden Zwillingsfreiheiten sind, die

Hand in Hand gehen müssen." Und erinnert sei an jene, die am 19. April 1945 den Schwur der Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald leisteten: "Die Vernichtung des Nazismus mit seine Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Und diese Wurzeln sahen sie zugleich in den ökonomischen wie in den politisch-ideologischen Strukturen des deutschen Faschismus.

Vor diesem Hintergrund gab sich auch die CDU in Nordrhein-Westfalen am 3. Februar 1947 das Programm eines christlichen Sozialismus. Es begann mit den Worten: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. (...) Inhalt und Ziel (einer) sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert." Wie weit sind wir heute von diesen Zielen der Gründer der CDU entfernt! Heute ist das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben Inhalt und Ziel unserer Wirtschaftsordnung.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in der Folge dann die Konventionen über die politischen Rechte der Frau von 1952, über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung von 1965, über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über politische und Bürgerrechte von 1966 und alle weiteren Schritte der UNO auf dem Gebiet der Entwicklung der Menschenrechte und ihrer Durchsetzung sind ein großes Erbe und Verpflichtung.

Die Menschenrechtsdeklarationen folgten weder dem bürgerlichen Individualismus als Ideologie des Kapitalismus noch einem Kollektivismus, der die Einzelnen nur als Anhängsel einer Gemeinschaft anerkennt. Sie verkündeten keine Klassenrechte, sondern berechnete universale Forderungen von Menschen an Gesellschaften, Staaten, wirtschaftliche und politische Systeme, in denen sie leben.

Die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte beginnt deshalb mit der Verpflichtung, im Geiste der Brüderlichkeit, der Solidarität zu handeln und mündet in sozialen und kulturellen Rechten: Bündig heißt es in Art. 28: Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können."

Dies, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ist ein revolutionärer Satz und ein uneingelöstes Versprechen. Wir, die Linke in Deutschland, werden gerade angesichts immer neuer Kriege, angesichts der Krise des globalen Kapitalismus, angesichts einer Nahrungsmittelkrise, die die Ärmsten der Welt bedroht und die Zahl der Hungertoten ansteigen lässt, angesichts der Zerstörung der ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens für eine veränderte soziale und internationale Ordnung kämpfen, die das Erbe der Befreiungskämpfe verwirklicht.

Wer von den Menschenrechten spricht und zum Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus und zu einer Ökonomie und Lebensweise globaler Verschwendung und Zerstörung schweigt, meint es nicht ernst mit den Menschenrechten. Sechzig Jahre nach der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte sind wir mit einer fünffachen Krise unserer Zivilisation konfrontiert: *Erstens* mit einer Finanzkrise, die Ausdruck dessen ist, dass im entfesselten Finanzmarkt-Kapitalismus das wirtschaftliche Eigentum wieder aus den sozialen Verpflichtungen entlassen wurde. Es ist zur Überakkumulation von Vermögen, von Kapital gekommen. Es findet keine produktive Anlage mehr und ist deshalb auf Raub aus. Nicht mangelnde Effizienz der öffentlichen Bereiche, sondern die Sucht der Geldvermehrung ist die Ursache der Privatisierung.

Lassen Sie mich dies mit nur einer einzigen Zahl verdeutlichen: Die Kapitalverwertung hat durch die Umverteilung des Neoliberalismus ein geschichtlich noch nie gekanntes Ausmaß angenommen. Im Jahre 1980 betrug das Verhältnis von globalem Bruttosozialprodukt und Finanzanlagen 1 zu 1,2. Bis 2006 war es auf 1 zu 3,5 gestiegen. Die enorme Aufblähung der Finanzsphäre, die Umverteilung von unten nach oben, vom Süden in den Norden, die Verschleuderung des öffentlichen Vermögens als Anlagefelder für Hedgefonds waren die Folge. Eine brutale Jagd nach Rendite, um diese gigantischen Vermögensansprüche Weniger gegenüber den Vielen befriedigen zu können, setzte ein. Wie vor 1933 bedroht ein entfesselter Kapitalismus unsere Gesellschaften.

Zweitens hat das Ende des Kalten Krieges nicht etwa zu einer Ära gemeinsamer Sicherheit geführt, sondern zu neuer Aufrüstung und neuen Kriegen. Die amerikanische Vereinigung aus Hochschulprofessoren und ehemaligen Kongressmitgliedern "Für eine gerechte Außenpolitik" schätzte im Jahre 2007, dass in Folge der blutigen und mit äußerster militärischer Brutalität durchgeführten Aufstandsbekämpfung der US-Truppen und ihrer Verbündeten sowie durch den ausgebrochenen Bürgerkrieg

seit 2003 wahrscheinlich mehr als eine Million Irakerinnen und Iraker ihr Leben verloren hatten. Deutschland hat durch seine Hilfeleistungen für die USA Anteil an diesem Krieg. Von hier erfolgten Truppentransporte, von hier aus wurden Flüge mit illegalen Gefangenen realisiert, denen jede Rechte aberkannt sind.

Die Zahl gewaltförmiger Konflikte weltweit hat sich im letzten Jahr auf über 110 deutlich erhöht. Die Rüstungsausgaben explodierten auf über eine Billion Dollar. Davon werden fast die Hälfte durch die USA getätigt. Anstelle von Abrüstung und friedlicher Konfliktlösung ist der Krieg als die ultima ratio, wie Willy Brandt ihn in seiner Nobelpreisrede 1971 nannte, zurück.

Drittens erleben wir eine Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts. 2004 gingen hunderttausende Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf die Straße, um dagegen zu protestieren, dass sie um ihre sozialen Rechte gebracht wurden. Mit ihren Ansprüchen bei der Arbeitslosenversicherung und auf soziale Sicherheit verloren sie das von ihnen erarbeitete Sozialeigentum. Innerhalb von zehn Jahren wurde durch die Regierungen von SPD und Grünen, von CDU und SPD die größte soziale Erregung Deutschlands, das lebensstandardsichernde Rentensystem, zerstört. Die Armut im Alter ist zurück. Und 17 Prozent der Arbeitenden in Deutschland bleiben unter der Armutsgrenze. Kinder sind neben Arbeitslosigkeit wieder zum Armutsrisiko Nummer 1 geworden. Die Lohnquote ist in den letzten zehn Jahren von 72 Prozent auf 64 Prozent gefallen. Dies zerstört nicht nur die materielle Grundlage aller sozialen Menschenrechte, sondern ebenso ihren sozialen Zusammenhalt und trifft so auch die Privilegierten.

Viertens rasen wir mit wachsender Geschwindigkeit auf umfassende ökologische Katastrophen zu. Die Ressourcen der jetzigen industriellen Wirtschaft und einer verschwenderischen Lebensweise gehen zu Ende. Die Klima- und die Energiekrise sind die Vorboten für die Grenzen eines Wachstums, das auf der Ausbeutung der Natur beruht. Fast vierzig Jahre ist es her, dass der Club of Rome vor diesen Grenzen gewarnt hatte. Die notwendigen Strukturveränderungen der Produktions und Lebensweise sind bisher ausgeblieben.

Fünftens ist die Demokratie selbst in die Krise geraten. Dies ist ein Paradox: Heute können mehr Völker als jemals zuvor in der Weltgeschichte ihre Regierungen wählen. Welch ist ein ungeheurer Fortschritt bei der Verwirklichung der Menschenrechte! Aber Demokratie ist mehr als nur Wahl einer Regierung. Sie schließt auch ein, dass es möglich

sein muss, eine Regierung zu wählen, die eine Politik im Interesse der Mehrheit des Volkes macht.

Werden die Regierungen tatsächlich durch das Volk kontrolliert oder hat der Vorsitzende des Kuratoriums der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Tietmeyer, Recht, der schon 1996 sagte – ich zitiere: "Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden". Spätestens im Herbst 2008, als in wenigen Tagen allein in Europa 1,7 Billionen Euro bereit gestellt werden mussten, um eine lange vorhergesagte Krise des globalen Finanzsystems einzudämmen, wurde es jedem klar, wer herrscht. Es ist der Kapitalismus, der die Demokratie beherrscht und nicht die Demokratie, die die Wirtschaftsordnung bestimmt.

Diese fünffache Krise von Überakkumulation, wachsender Unsicherheit, Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Zerstörung der Umwelt und Verwandlung von Demokratie in Herrschaft der Reichen bedroht Leben, Sicherheit, Wohlfahrt und Frieden in der Welt. Tendenzen neuer Barbarei und totalitärer Herrschaft werden freigesetzt. Wer dies stoppen will, der muss sich für eine Politik einsetzen, die die strukturellen Ursachen andauernder Menschenrechtsverletzungen überwindet.

Die Verwirklichung der Menschenrechte ist eine Jahrhundertaufgabe. Der im 18. Jahrhundert unter ihrem Banner begonnene Kampf ist nicht abgeschlossen, sondern hat gerade erst wieder neu begonnen. Der Neoliberalismus und die von ihm ausgelöste Entfesselung des Kapitalismus haben sich als eine konterrevolutionäre Bewegung gegen die umfassende Verwirklichung der Menschenrechte erwiesen. Es ist Zeit, dass wir dem ein Ende bereiten.

Warnend wiesen die Autorinnen und Autoren im abschließenden Artikel 30 der Menschenrechtserklärung von 1948 darauf hin: "Keine Bestimmung dieser Erklärung darf so ausgelegt werden, dass sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht ergibt, eine Tätigkeit auszuüben, die auf die Vernichtung der in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten abzielen." Aber genau dies geschieht ständig. Gerade einmal dreißig Jahre hat im Westen der Nachkriegskompromiss gehalten, dass ohne sozialen Ausgleich, ohne strikte Einbettung des Kapitalismus weder soziale Gerechtigkeit, noch Stabilität, noch Demokratie, noch Frieden sicher sein können und die Menschenrechte bedroht sind.

Der große liberale US-amerikanische Philosoph John Rawls formulierte zwei einfache Grundmaxi-

men einer gerechten Ordnung, die der Verwirklichung der Menschenrechte verpflichtet ist. *Erstens*: Jeder Mensch soll ein gleiches Recht auf jene Grundfreiheiten haben, die mit den Grundfreiheiten anderer vereinbar sind. *Zweitens*: Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind nur dann zulässig, wenn sie denjenigen, die am wenigsten begünstigt sind, am meisten zugute kommen. Von einer solchen Politik der Gerechtigkeit kann keine Rede sein. Die wachsende Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft ist zudem selbst die entscheidende Ursache der jetzigen Finanzkrise. Die neoliberalen Reformen der letzten drei Jahrzehnte haben ein gigantisches Finanzvermögen aufgehäuft. Der wachsende Reichtum wurde durch die Besitzer von Vermögen angeeignet.

Die höchsten Gehälter stiegen am schnellsten, während sich Leiharbeit, Mini- und Midijobs wie die Pest ausbreiten und die Gesellschaft zerstören. Die Privatisierung des Rentensystems jagt weiteres Geld in spekulative Anlagesysteme und durchbrach zugleich den wichtigsten Schutzwall gegen Altersarmut – das umlagefinanzierte solidarische Rentensystem. Die Kehrseite des von jeder Verantwortung befreiten Kapitaleigentums ist die Unfreiheit der Vielen, sind Existenzangst, Armut, Einschränkungen im Bildungs- und Gesundheitssystem in den hochentwickelten Ländern und Elend, Hunger, Staatenzerfall, Bürgerkrieg und millionenfacher Tod in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas.

Die Freiheit des Kapitals hat die Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeitenden zur Folge. Diese uneingeschränkte Freiheit ist mit den Grundfreiheiten der Mehrheit der Bevölkerung unvereinbar, sie ist Willkür und Diktatur. Und sie begünstigt genau jene, die sowieso schon zu viel haben, oder, um noch einmal aus Heinrich Heines Gedicht "Weltenlauf" zu zitieren: "Hast Du viel,/ so wirst Du noch viel mehr dazu bekommen". Sozialisierung, Demokratisierung der Demokratie, ein sozial-ökologischer Umbau und eine aktive Friedenspolitik sind für uns die Grundbedingungen, um die Menschenrechte zu verwirklichen. Was aber bedeutet für die Linke in Deutschland heute Sozialisierung, was Demokratie, was eine Politik der Nachhaltigkeit und was Frieden? Lassen Sie mich dies ausgehend von jenen Fragen beantworten, die die gegenwärtige globale Krise des Kapitalismus aufwirft.

Wer heute versucht, den Finanzmarkt zu regulieren, ohne die immer weitere Anhäufung von Kapital und Vermögen zu stoppen und zu reduzieren, wird zum Scheitern verurteilt sein. Eine noch schlimmere zukünftige Finanzkrise wird durch keine konzentrierte Aktion der Staatengemeinschaft mehr zu

stoppen sein. Also brauchen wir heute Schritte der Sozialisierung. Wie können diese aussehen?

Lassen Sie mich Thomas Marshall zitieren, Professor an der berühmten *London School of Economics* und Direktor der sozialwissenschaftlichen Abteilung der UNESCO in Paris. In seiner berühmten Vorlesung "Bürgerrechte und soziale Klassen" von 1947 fordert er ein modernes sozialistisches System, dass die Freiheit der Wettbewerbswirtschaft beschneidet. Der Markt solle funktionieren, aber eben nur innerhalb gewisser Grenzen. Der Krieg zwischen dem Staatsbürgerrecht auf ein zivilisiertes Leben in Sicherheit und dem kapitalistischen Klassensystem müsse durch das Primat der sozialen Rechte beendet werden.

Nach 1945 kam es aber nur zum Waffenstillstand. Und der Neoliberalismus hat diesen Krieg vor dreißig Jahren wieder begonnen. Wie der US-amerikanische Großinvestor Warren Buffet in einem Brief an seine Investoren 2003 schrieb: "Wenn Klassenkampf in Amerika geführt wird, gewinnt meine Klasse klar." Was muss heute getan werden, um diesen Klassenkrieg zu beenden?

Zunächst einmal ist es wichtig, dass die Umverteilung von unten nach oben und von öffentlich zu privat wieder umgekehrt wird. Die sinkende Staatsquote und die sinkende Lohnquote sind die Sprache des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Wir brauchen eine höhere Staatsquote und eine höhere Lohnquote. Ohne eine höhere Staatsquote können wir die öffentlichen Dienstleistungen nicht so ausbauen, wie dies nötig ist. Dazu gehören der Ausbau der Vorschulbildung, eine Ganztagschule, ein Fach- und Hochschulsystem, das dem Zeitalter globaler Kommunikation und Wissensgesellschaft entspricht.

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt. Wir sind froh darüber. Aber dies verlangt nach einem Gesundheits und Pflegesystem, das dieser Aufgabe gerecht werden kann. Das Rentensystem muss so umgebaut werden, dass niemand Angst vor Armut im Alter haben muss und der erarbeitete Lebensstandard gesichert werden kann. Die Löhne müssen endlich wieder ein angemessenes Einkommen sichern. Die jetzige Rezession wird in eine Depression umschlagen, wenn wir nicht die Nachfrage bei der großen Mehrheit der Bevölkerung steigern.

Es ist Zeit für den sozialökologischen Umbau. Über zwanzig Jahre wurden fast völlig vertan. Anstelle überflüssiges Geld in die globale Spekulation umzuleiten, wird es gebraucht für den strukturellen Umbau unserer gesamten Produktions- und Lebensweise. Die Industriegesellschaft steht im Krieg mit der Natur. Diesen Krieg müssen wir beenden. Der Leiter des Earth Policy Institutes in Washing-

ton, Lester Brown, schreibt dazu: "Die Rettung der Zivilisation verlangt eine massive Mobilisierung, und dies in einer Geschwindigkeit wie in Kriegszeiten."

Die Konversion der Kriegswirtschaft gegen die Natur in eine Wirtschaftsweise des Friedens mit der Natur wird große öffentliche und auch private Investitionen in den Strukturwandel verlangen. Die Rekommunalisierung der Strom- und Energieversorgung wäre ein Schritt in Richtung sozialökologischer Effizienz und Demokratie. Wir müssen dem sozialökologischen Umbau höchste Priorität einräumen. Menschenrechte sind heute vor allem auch Rechte der heutigen und zukünftigen Generationen an einer lebenswerten Umwelt für eine weiter stark wachsende Weltbevölkerung, die ein Recht auf ein gutes Leben hat.

In einer Situation, wo selbst die überzeugtesten Vertreter neoliberaler Politik plötzlich nach dem Staat rufen und die Finanzfonds an die Kandare nehmen wollen, ist es Zeit, das Thema der wirtschaftlichen Demokratie wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Sie ist die Grundlage jeder Demokratie, die diesen Namen verdient. Wie anders als durch Wirtschaftsdemokratie soll denn gesichert werden, dass die Wirtschaft wirklich dem Volk dient? Der freie Markt zerstört die Demokratie, wenn er die Gesellschaft den Interessen des Kapitals unterwirft. Genau dies erleben wir jetzt täglich. Erst wurden den Vermögenden, den Großunternehmen und Banken hunderte Milliarden Steuergeschenke gemacht, und jetzt, wo diese in die Krise kommen, müssen bei gesunkener Steuerquote aus Steuern weitere hunderte Milliarden bereitgestellt werden, um noch Schlimmeres zu verhindern.

Nur eine demokratische Wirtschaftsregierung auch auf Ebene der Europäischen Union, von Jacques Delors schon bei der Schaffung der Währungsunion gefordert, kann dies ändern. Man kann doch nicht eine Währungspolitik machen und fünfzehn einzelne nationale Wirtschafts- und Sozialpolitiken. Dann ist doch klar, dass diese in Konkurrenz zueinander stehen müssen und bloße Standortpolitik betreiben, die jedes Land einzeln dem Kapital ausliefert.

Aber auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialpflichtigkeit des Eigentums gesichert werden. In den letzten Jahren wurde die wachsende Unterordnung des Betriebsvermögens unter die Interessen der Shareholder geradezu gefeiert. Viele der Finanzfonds sind aber oft nur zu einem geringen Teil und im Durchschnitt auch nur für 20 Monate an dem jeweiligen Unternehmen beteiligt. Sie interessieren sich für die langfristige Entwicklung jener Betriebe, in die sie einkaufen, überhaupt nicht. Sie wollten

Renditen von 15 oder sogar 25 Prozent. Und sie wollten sie schnell. Massenentlassungen in gewinnbringenden Betrieben wurden normal. Die Spekulationen wurden aus dem Betriebsvermögen refinanziert. Zerlegung produktiver Unternehmen und Verkauf ihrer einzelnen Teile wurde Alltag. Damit wurden die berechtigten sozialen Rechte der Beschäftigten Makulatur.

Wir wollen deshalb in das Eigentum eingreifen. Wir wollen, dass Massenkündigungen unwirksam sind, wenn das Unternehmen Gewinne erwirtschaftet. Und wir wollen die Rechte der Betriebsräte stärken. Betriebseigentum ist nicht nur Eigentum der Anteilseigner, sondern auch der Beschäftigten. Es ist von ihnen erwirtschaftet worden. Deshalb muss es auch ihnen dienen. Ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht soll Stilllegung drohenden Massenentlassungen und Verkauf von gewinnträchtigen Betrieben verhindern.

Die heutige Krise der Finanzmärkte ist eine Krise der Demokratie und der gesamten Wirtschafts- und Sozialordnung. Sie hat klar gemacht, dass ohne Regulierung der Finanzströme, ohne ein festes Wechselkursregime und Zielzonen für die Währungen, ohne Beseitigung der Steueroasen, ohne Beendigung der Privatisierung von Renten- und Gesundheitssystemen, ohne ein öffentliches Investitionsprogramm, ohne die dauerhafte Stärkung des Sozialstaats, ohne Wirtschaftsdemokratie keine wirkliche Lösung in Sicht ist. Die Lehre ist klar: Der entfesselte Kapitalismus ist ein Krisen-, ein Katastrophen-, ein Raubtierkapitalismus. Die Aushöhlung der demokratischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte hat sich als zerstörerisch erwiesen – wirtschaftlich, ökologisch und auch politisch. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein.

Die Verwirklichung der Menschenrechte braucht aber auch global eine neue Ordnung. Das Streben der USA nach imperialer Vorherrschaft hat die letzten Jahrzehnte geprägt. Zwillingsbruder dieser Politik ist der Terror, der in Entwürdigung und Hoffnungslosigkeit einen Nährboden hat. Der entfesselte Kapitalismus hat eine neue Ära der Kriege eingeleitet. Ohne eine Politik solidarischer und nachhaltiger Entwicklung, ohne Recht und Gerechtigkeit, ohne Regionalisierung und Demokratisierung, ohne eine solidarische weltwirtschaftliche Regulation kann Frieden nicht entstehen. Wir treten dafür ein, die zivilen Hilfsmöglichkeiten der Europäischen Union massiv auszubauen.

Durch die Welthandelsorganisation WTO wurde eine Politik der Privatisierung und Deregulierung befördert. Der Internationale Währungsfonds hat destruktive neoliberale Umbauprozesse in Afrika,

Asien und Asien als "Gegenleistung" für Kredite in Gang gesetzt.

Auf Befehl des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde 2004 Niger, zweitärmstes Land der Welt, gezwungen, das nationale Veterinäramt zu privatisieren. Die staatlich festgelegten niedrigen Fixpreise für veterinärmedizinische Artikel würden eine "Marktverzerrung" darstellen. In der Folge leben heute Tausende in den Bankrott getriebene ehemalige Viehzüchterfamilien in Slums, weil sie die Vitamine und die Impfstoffe der multinationalen Tierpharmaziegesellschaften nicht bezahlen konnten.

Das ist ein Beispiel für viele. Der Welthandel muss grundsätzlich verändert werden. Lassen Sie mich dazu aus einer Studie der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) zitieren: "Laut UNCTAD entzieht EU-Protektionismus den Entwicklungsländern jährlich nahezu 700 Milliarden Dollar Exporteinkommen. Das ist fast das Vierzehnfache von dem, was arme Länder pro Jahr an Entwicklungshilfe erhalten". Die heutige Weltwirtschaftsordnung zementiert eine neokoloniale Abhängigkeit und verhindert Entwicklung.

Wir sind sehr weit von jenem Menschenrecht auf Entwicklung entfernt, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1986 proklamierte. In einer Welt des Hungers, des Krieges und des Völkermords, der Verfolgung und Folter brauchen Menschen Schutz. Die internationale Staatengemeinschaft muss diesen Schutz auch außerhalb der betroffenen Staaten bieten. Die grundlegenden Menschenrechte dürfen dort keine Grenze finden, wo Menschen ihre Heimat verloren haben und wenn sie vor politischer Verfolgung, Krieg oder existentiellstem Elend fliehen. Auch dies ist eine Lehre aus dem Nationalsozialismus und seiner Politik der Völkervernichtung.

Wer auf der Flucht nach Deutschland kommt, ist oft mit einem dauerhaft unsicheren Aufenthaltsstatus konfrontiert. Anstelle die Integration zu befördern, wird sie immer noch erschwert. Viele individuelle Rechte werden verletzt. Die Entscheidungen über die Gewährung von Asyl oder Abschiebeschutz berücksichtigen oft nicht die Erkenntnisse des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen. Geduldete und Asylsuchende erhalten lediglich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die etwa 35 Prozent unter dem an sich schon niedrigen Niveau von Hartz IV liegen und die im Regelfall auch nur in "Sachleistungsform" gewährt werden. Zudem werden Schutzsuchende in Deutschland oft zwangsweise in unwürdigen Massenunterkünften oder auch in so genannten "Ausreiseeinrichtungen" untergebracht.

Sechzig Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte durch

die Vereinten Nationen scheinen viele Lehren der Vergangenheit vergessen, die dazu geführt hatten, diese bemerkenswerte Deklaration zu verfassen. Schlimmer noch: Im Ergebnis neoliberaler Politik wurden Kapitalismus, Imperialismus und Krieg sowie Umweltzerstörung entfesselt. Die sozialen Grundrechte wurden abgebaut, so dass die Lebensmöglichkeiten wie nie zuvor seit 1945 von der Klassenlage abhängen. Klassengesellschaft und Menschenrechte, Hartz IV und Menschenrechte, Armutsrente und Menschenrechte, Interventionskriege und Menschenrechte, Umweltzerstörung und Menschenrechte schließen sich aber aus.

Die Partei DIE LINKE hat in Deutschland die sozialen und demokratischen Menschenrechte wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Sie vertritt Menschenrechte als Widerstandsrechte gegen Neoliberalismus, entfesselten Kapitalismus und Krieg. Sie ist die einzige Partei, die sich konsequent gegen den Sozialabbau eingesetzt hat, die für eine umfassende Demokratisierung wirkt, jedem Kriegseinsatz der Bundeswehr ihre Zustimmung verweigerte und den Rechten der Asylsuchenden Geltung zu verschaffen sucht. Und vor allem ist sie die einzige Partei, die weiß, dass Menschenrechte nur dann Dauer haben und wirkungsvoll durchgesetzt werden können, wenn sie auf einer Wirtschafts- und Sozi-

alordnung beruhen, die die strukturellen Ursachen der andauernden und umfassenden Menschenrechtsverletzungen beseitigen. Wir stellen deshalb die Frage nach dem Eigentum. Wir wollen, dass es sozialen Verpflichtungen unterworfen wird. Wir wollen das öffentliche Eigentum als Basis stärken. Nur die Gesellschaft ist wirklich demokratisch, die dies vermag. Davon ist die Bundesrepublik gegenwärtig weiter entfernt als bei ihrer Gründung.

Heute wird es immer klarer: Es geht nicht um Menschenrechte oder Sozialismus, sondern um Menschenrechte und Sozialismus. Dies heißt aber auch: Menschenrechte durch Sozialismus und sozialistische Politik als praktische Politik für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Hier, in der Stiftung, die den Namen Rosa Luxemburgs trägt, möchte ich wiederholen: Freiheit braucht Gleichheit, sonst wird sie zur Ausbeutung. Und Gleichheit braucht Freiheit, sonst wird sie zur Unterdrückung. Aber die Wurzel von beidem ist Solidarität, ist der tätige Einsatz für die gleiche Freiheit anderer. Rosa Luxemburg wusste dies, hat dies gelebt und hat dafür ihr Leben gegeben. Sozialisierung, Demokratie und Frieden waren für sie die Grundbedingungen, damit Menschen in Würde leben können. Zu diesem großen Erbe stehen wir.

„Das selektive Auge des Westens pickt sich genau jene Rechte heraus, die die Reichen und Mächtigen begünstigen: Die Redefreiheit ist von großem Nutzen für jene, die sie zu ihren Zwecken einsetzen können, dabei gewiss, dass ungewünschtes Denken marginalisiert wird und die Masse der Bevölkerung effektiv ohne Stimme bleibt. Aus gleichen Gründen betonen die Privilegierten die politischen Rechte. Die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte haben nur eine periphere Bedeutung für jene, den Reichtum und Privileg diese Annehmlichkeiten garantieren. Folglich weist der Westen die Universalität der Allgemeinen Deklaration unerbittlich zurück. Für die Armen und Notleidenden sind diese Rechte Werte, die ungeheuer kostbar sind, aber sie spielen in Debatten oder Kommentaren nur selten eine Rolle.“

Noam Chomsky

Menschenrechte und Krieg

Rede auf der Konferenz "Menschenrechte und Sozialismus" der Rosa-Luxemburg-Stiftung
am 4. Dezember 2008 in Berlin

Vor sechzig Jahren wurden die Menschenrechte verkündet. Ohne "Wenn" und "Aber" wurde damit ausnahmslos allen Menschen ein *Recht auf Leben* zugesichert.

Diese international getroffene Verabredung war eine Reaktion auf die Bilder des Schreckens, die nach der Vernichtung und Zerstörung des zweiten Weltkrieges blieben. Millionen Menschen wurden, weil sie bestimmten Gruppen angehörten, durch ruchlose Gesetze zu Menschen zweiter Klasse, ja zum unwerten Leben erklärt und ermordet. Danach kam das Versprechen: "Nie wieder!"

Es war nicht das erste Mal, dass Menschen aus schlechten Erfahrungen und Katastrophen etwas lernten und es dann besser machen wollten. Alles, was wir heute wissen und haben, alle Rechte, die wir genießen, kam aus menschlichen Erfahrungen und Erkenntnissen. Es war eine relativ kurze Zeit erforderlich, um so weit zu kommen, eine kurze Zeit, für uns erhalten in Worten, mündlich übertragenen oder aufgeschrieben.

Das Wort Menschenrechte ist ein junger Begriff. Menschenrechte garantieren die Freiheit, die Eigentumsrechte, das Wahlrecht, das Recht auf den eigenen Körper, sie regeln zwischenmenschliche Verhältnisse und geben einigen Gruppen Immunität. So können Politiker im Amt nicht strafrechtlich verfolgt werden, minderjährige müssen nicht in die Armee, und Menschen ab einem bestimmten Alter brauchen nicht mehr zu arbeiten. Diese Rechte genießt jeder, der lebt. Es ist noch nicht geregelt, ob andere Lebewesen solche Rechte haben sollten, Tiere z. B. Es gibt auch keine eindeutige Haltung darüber, ob die Föten im Bauch der Mutter Menschenrechte haben oder nicht.

Menschenrechte sind erst einige Jahrhunderte jung, ihre Idee entsprang dem Wunsch, den Individuen, nicht den Angehörigen bestimmter sozialen Gruppen Rechte zu geben.

Während der Zeit der Sklaverei und der Feudalstaaten gab es den Begriff Recht im heutigen Sinne noch nicht. Mit Rechten wurden lediglich Privilegien der Machthabenden festgelegt. Nur sie hatten

Rechte auf bestimmte Ressourcen sowie auf gesellschaftliche und politische Funktionen.

Der Begriff Menschenrechte bildet sich heraus parallel mit dem Zugang vieler Menschen zu Ressourcen. Nur *Gleichheit* konnte einer bürgerlichen Schicht zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Funktionen und zu Macht verhelfen.

Im Jahre 1215 wird in der Magna Charta Libertatum, verfasst von englischen Adligen, geregelt, dass auch sie, die Adligen, und nicht nur der König Rechte haben. Spätere Könige missachteten die Charta. 1679 wird Habeas Corpus Act durchgesetzt, um die Adligen vor der Willkür der Gerichte und der Polizei zu schützen. Der König schützte sie nicht, er floh dann vor ihrer Wut. Die Bill of Rights wurden 1689 verabschiedet und mit ihnen zum ersten Mal die Grenze der Macht rechtlich bindend geregelt. Die Nutznießer der Menschenrechte, die Adligen und Vermögenden, bestimmten den Herrscher und schränken gleichzeitig seine Macht ein.

Die amerikanische Unabhängigkeits-Deklaration aus dem Jahre 1776 und dann das Gesetz über die Rechte (Bill of Rights), sind Vorläufer der US-amerikanischen Verfassung von 1787. In dieser war der Staat noch nicht verpflichtet, Menschenrechte zu schützen, er regelte nur das System der Machtaufteilung. Es gab deshalb Proteste. Und 1789, gleich nach der Französischen Revolution, kam dann die berühmte Deklaration über die Menschenrechte des Französischen Nationalversammlung.

Im Jahre 1948 wurde die heute gefeierte Deklaration über die Menschenrechte von der UNO verabschiedet, was den Rechten den universellen Charakter verleiht. Sie regeln das Recht auf Eigentum, auf Leben, Freiheit des Wortes, politische Versammlungen, soziale Rechte und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Später werden zusätzliche Rechte auf Kultur und auf Schutz von Minderheiten aufgenommen. Auf diesen Rechten sind die Rechte der Europäischen Union aufgebaut.

Die universellen, von der UNO verabschiedeten und von 192 Staaten ratifizierten Menschenrechte schaffen eine Verpflichtung der Unterzeichnerstaat-

ten, sich weltweit für die Umsetzung der Menschenrechte einzusetzen. Sie unterwerfen die Staaten und ihr Handeln, aber auch das von Wirtschaftsorganisationen oder Parteien allgemeingültigen Maßstäben.

"Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren." Dieser erste Satz in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist von zentraler Bedeutung. Er sichert jedem Menschen, unabhängig von sozialer und nationaler Herkunft, von Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung oder auch Vermögen, gleiche Rechte und Freiheiten zu.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gehört zu den grundlegenden Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben. Ein friedliches und sicheres Zusammenleben ist nicht möglich ohne Respekt vor der Würde und den Rechten eines jeden einzelnen Menschen, das beweist die Vergangenheit und das wird uns in der Gegenwart immer wieder vor Augen geführt.

Die Menschenrechte spielen heute in der politischen Diskussion eine besondere Rolle. Die "Würde des Menschen" findet Eingang in den verschiedensten, völkerrechtlich verbindlichen Normenkatalogen, Deklarationen und Konventionen. Menschenrechtsinstitutionen, politische und juristische Organe werden zur Kontrolle der Menschenrechtssituation ins Leben gerufen. Obwohl fast alle Staaten der Erde die Menschenrechtserklärung anerkannt haben, besteht zwischen dem formulierten Anspruch und der alltäglichen Wirklichkeit in den meisten Ländern der Welt ein enormer Gegensatz. Den Alltag bestimmen vielerorts willkürliche Verhaftungen, Folter, Sklaverei, ausbeuterischer Kinderarbeit, zum Teil in Schuldknechtschaft, staatlicher Mord, "Verschwindenlassen" von Menschen bis hin zur Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe. Wesentliche soziale Rechte sind weiterhin auch in hochentwickelten Ländern nicht eingelöst.

Wie aber lässt sich der Anspruch, der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist, umsetzen?

Zunächst müssen Menschenrechte, wenn sie Wirkung haben sollen, bekannt sein und verstanden werden. Ein Großteil der Menschenrechte ist in der Bevölkerung weitgehend unbekannt. Nur Menschenrechte, die man kennt und versteht, können ihre Wirkung entfalten.

Zur Durchsetzung der Menschenrechte ist deshalb, eine "Kultur der Menschenrechte" zu entwickeln, in der sich jeder Mensch seiner Rechte und auch seiner Verantwortung für diese bewusst ist. Die Verwirklichung der Menschenrechte kann nicht ausschließlich Aufgabe staatlichen Handelns sein,

sie ist maßgeblich von der Haltung und dem Engagement jedes Einzelnen abhängig. Menschenrechtsbildung an den Schulen und Hochschulen, in Nichtregierungsorganisationen, Einrichtungen der politischen Bildung oder internationale Institutionen ist ein unverzichtbarer Bestandteil für die Durchsetzung der Menschenrechte.

Damit der Satz "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren" an zentraler Stelle bei der Erziehung und Bildung stehen kann, sollte er auch in der Aus- und -Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer berücksichtigt werden.

Menschenrechtsbildung, soll sie erfolgreich sein, muss sich auf drei Ebenen vollziehen:

1. Lernen über Menschenrechte – über sachliche Inhalte wie der Menschenrechtserklärung, Menschenwürde, Freiheit, Gerechtigkeit.
2. Lernen durch Menschenrechte – an Beispielen wie Armut, Kultur, Gleichberechtigung, Familie, Kinder, Bildung.
3. Lernen für Menschenrechte – durch Vermittlung von Handlungs- und Kommunikationskompetenzen, die einen aktiven Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte, für die Solidarität, Toleranz, Konfliktbewältigung und den täglichen Umgang mit Menschen möglich machen.

Deutschland hat, wie weitere 192 Staaten, die Menschenrechtresolution der UNO unterzeichnet. Die darin festgelegten Rechte werden aber immer wieder durch zusätzliche Regeln und Gesetze außer Kraft gesetzt. So werden z.B. in Deutschland auch 17-jährige Kinder für den Wehrdienst angeworben. Und die Ausländerrechte schränken die grundlegenden Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten ein.

Kriegsflüchtlinge, unter ihnen viele Kinder, leben bei uns in ständiger Angst vor Abschiebung. Sie waren in ihren Heimatländern von Streitkräften oder bewaffneten Gruppen misshandelt oder rekrutiert worden und wurden als lebendes Schutzschild an der Front benutzt, als Kämpfer, Träger, Nachrichtenübermittler und Spione. Oder sie wurden sexuell missbraucht.

Es ist jedoch eher eine Ausnahme, dass sie als Flüchtlinge anerkannt werden. Sie erhalten vielmehr den schwächsten Aufenthaltsstatus: eine Duldung oder ausgesetzte Abschiebung.

Insbesondere Kinder und Jugendlichen sollten ohne langwieriges Verfahren als politisch verfolgte Flüchtlinge anerkannt werden. Für ihre physische und psychologische Rehabilitation und soziale Wiedereingliederung sollte durch kulturell angemessene und altersgerechten interdisziplinären Hilfen gesorgt werden. Leider erhalten nur wenige dieser

Menschen eine entsprechende Behandlung. Sie haben zudem weder das Recht auf Ausbildung noch dürfen sie bezahlte Arbeit annehmen. Die medizinische Versorgung ist ebenso eingeschränkt wie ihre Bewegungsfreiheit.

Diese Aufzählung von Nichtumgesetztem der aus Erfahrungen gewonnenen Einsichten und Hoffnungen könnte weiter gehen, für Deutschland und für andere Staaten unserer Erde.

Unsere Welt scheint sich gerade an einem besonderen Scheideweg zu befinden:

Es gab selten so viele Gründe für die Hoffnung, dass alles gut ausgeht, und es gab niemals gleichzeitig so viele Gründe für die Befürchtung, dass, sollte alles schlecht ausgehen, dies die endgültige Katastrophe sei.

Alle großen Bedrohungen, vom Atomkrieg über die ökologische Katastrophe bis zu dem sich rasant vertiefenden Abgrund zwischen Reichen und Armen, scheinen in ihrem Inneren eine gemeinsame Ursache verborgen halten: den Hochmut der Mächtigen. Wie kam es dazu?

Am Anfang war das Wort, sagt ein Buch. An der Zeit der Evolution gemessen, ist das erst vor kurzer Zeit gewesen. Das menschliche Wort entstand als ein Ausdruck von Gedankenprozessen und bewusster Wahrnehmung über sich selbst und über die Umwelt, aus der Fähigkeit, zu verallgemeinern, in Begriffen zu denken und zu wissen, dass wir sterben. Und uns dennoch am Leben zu freuen.

Das Wort machte eine Kommunikation zwischen zwei oder mehreren menschlichen »Ich« möglich, einen Austausch von Gedanken und bewusste Verabredung über die Regeln, die das gemeinsame Leben betrafen. Seitdem spürten die Menschen die Kraft und den Zauber des Wortes. Sie setzten das Wort ein, um ihre Macht zu beeinflussen, Rechte zu verkünden oder Menschen in den Tod zu schicken.

Es ist heute noch so. Neben dem Wort, das durch seine Wahrhaftigkeit befreit und den Zauber des Lebens offen legt, gibt es das betrügende, fanatisierende, hypnotisierende Wort, das unter bestimmten politischen und sozialen Konstellationen fähig ist sogar große Geister, meist für kurze Zeit, in Bann zu schlagen.

Das Wort kann Hoffnung und Todesstrahlen aussenden, lügnerisch faszinierend sein und es kann ein Baustein des Friedens sein. Das Wort (wir könnten auch der Mensch sagen) ist stets ambivalent, vieldeutig. Und noch schlimmer, es kann dies und jenes und sogar beides gleichzeitig sein. Leise und unauffällig. Es kann seine Bedeutung wandeln, die Worte von Freiheit und Rechten können in den Kerker oder in die Vernichtung führen.

Die Deklaration der Französischen Revolution hat ein Herr unterschrieben, einer der ersten unter Tausenden, die im Namen von *Freiheit* hingerichtet wurden.

Das Wort *Gleichheit* führte ebenfalls unzählige Menschen bei Streiks, Demonstrationen und Revolutionen in den Tod.

Und die Worte *Brüderlichkeit* und *Solidarität* wecken heute Hoffnungen und Sehnsüchte vor allem bei denen, die sie nicht haben, die es in Kauf nehmen, auf dem Weg aus der Armut zu der Welt der Reichen, in den Meeren zu ertrinken oder mit "den Anderen" auch sich selbst in die Luft zu bomben.

Solange sie bedenkliche Relikte des alten Denkens enthalten, können Worte Beschwörungsformel werden. Z.B. das Wort *Frieden*, das durch immer mächtigere Armeen garantiert wird. Dienen diese Armeen nicht gerade der sinnlosen Vermehrung des Besitzes weniger und der Verelendung und dem Tod von Millionen Menschen?!

Oder das Wort *Sozialismus*, für ganze Generationen Erniedrigter und Unterdrückter ein magnetisches Synonym für eine gerechtere Welt, für das Menschen lange Jahre ihres Lebens und das Leben selbst geopfert haben. Sind nicht unzählige in sozialistischen Gefängnissen und Gulags gestorben?

Es scheint gut zu sein, auf Worte Acht zu geben, ihnen gegenüber misstrauisch zu sein. Durch übertriebenes Vertrauen gegenüber den Worten kann mehr verdorben werden als durch Misstrauen in sie.

Vor allem ist vor den Worten der Mächtigen zu warnen, sie müssen bewacht werden, sie könnten Böses bedeuten. Denn mehr als andere Menschen leben die Mächtigen in Gefahr, aus der bitteren Realität unserer menschlichen Vergänglichkeit abzuhelben und sich als Götter zu sehen, von Hochmut ergriffen zu werden.

Die Fähigkeit zu denken und das Gedachte in Worte zu fassen macht uns zu Menschen. Gleichzeitig verleitet es uns, hochmütig zu glauben, Herrscher der Schöpfung zu sein, mit der Natur machen zu können, was wir wollen. Arrogant glauben wir als Besitzer von Verstand fähig und im Recht zu sein, alles zu wissen und zu verstehen.

Die Mächtigen glauben manchmal, sogar das Recht zu haben, im Interesse einer angeblich besseren Zukunft, jeden aus dem Weg zu wischen, der eine andere Meinung vertritt oder ihren Interessen im Wege steht. Sie bedienen sich der Macht und vorhandener staatlichen Strukturen, um die Menschen in ihrem eigenen Land und in anderen Ländern in den Abgrund zu treiben.

Wir sollten stets wacher und achtsam sein, aber wir sind es nicht. Wir sind sogar in bestimmten Situ-

ationen nicht immun gegenüber hypnotisierendem Köder in Form von traditionellen, patriotischen, nationalen oder nationalistischen Appellen.

Es ist auch schwer, das Richtige zu erkennen. Denn dasselbe Wort kann einmal hochmütig und ein anderes Mal demütig sein. Ein demütiges Wort kann sich leicht und unauffällig in ein hochmütiges verwandeln und nur sehr schwer ein hochmütiges Wort in ein demütiges.

Das Wort bleibt stets eine List und ein Test für die komplizierte Gemeinschaft von Millionen unwiederholbarer menschlichen Einzelwesen, die neben vielen schönen auch Hunderte von schlechten Eigenschaften haben.

Am Anfang war das Wort, aber davor, vor dem Wort gab es eine lange Zeit in der unsere Vorfahren lebten, um das Überleben kämpften, ihre Instinkte und Triebe nutzend. Die Sorge der Mutter für ihr Kind, der Schutz der eigenen Gruppen gehören genauso dazu wie die Bereitschaft zu töten und Vormacht mit Gewalt durchzusetzen. Auch in uns, in unseren unbewussten Teilen lebt dieses Relikt, diese Zeit. Ja sie bildet unser Fundament, sie ist älter und stärker als die Zeit des Wortes. Sie ist gütig und sie ist wild und sie sorgt für das Überleben. Sind die Menschen in Gefahr oder glauben sie in Gefahr zu sein, schmilzt mit dem Verlust des Vertrauens in andere Menschen die dünne Schicht des Verstandes, der Vernunft, der Kultur und der Zivilisation und fegt zugleich unsere Bereitschaft hinweg, Güte auch Fremden zu beweisen.

Kein Dolmetscher kann dann die Worte übersetzen und eine Verständigung herbeiführen. Angst und Panik verdrängen das Vertrauen, diese Menschen-Verbindende Kraft. Es schleicht sich eine Zeit sprachloser Einsamkeit ein, des Verstummens, des gesenktem Kopfes, eine Zeit von Ohnmacht und Demütigung.

Um zu überleben, passen sich Menschen an, sie schauen nach unten oder sie machen mit, was ihnen befohlen wird oder was sie glauben, dass von den Mächtigen gewünscht sei. Sie rauben, vergewaltigen und morden, und sie glauben, das sei richtig, weil es in solchen Zeiten normal sei, "die Anderen" auszurauben, zu vergewaltigen oder zu töten.

Vor wenigen Jahren ist das den Menschen meiner jugoslawischen Heimat widerfahren, dort im Südosten Europas und auch denen, die hier in Berlin leben. Das Verrücken aus der Zeit des Friedens in die Zeit des Krieges war ein schleichender Pro-

zess, aus normalen Menschen wurde Verrückte. Wie zu allen Zeiten, an allen Orten, wie in Deutschland 1933.

Bei der der Stiftung ÜBERBRÜCKEN erzählen sich Zeitzeugen ihre Kriegserfahrungen, die Deutschen aus dem Zweiten Weltkrieg, die Neuberliner von den frischen Kriegen, es ist dieselbe Geschichte einer gemeinsamen menschlichen Tragödie.

Kriege sind so leicht in Gang zu setzen und so schwer anzuhalten, wie bei einem Schneeball, der den Berg hinunter rollt. Mit dem Verlust der Kraft des Wortes, des Verstandes, scheinen alle Regeln, religiöse, moralische, ethische oder politische, ihre Kraft zu verlieren. So ist es bei den meisten Menschen. Dieses müssen wir zu Kenntnis nehmen und berücksichtigen, wenn wir Wiederholungen von massenhafter Gewalt, von Kriegen und Verbrechen verhindern, wenn wir nicht wollen, dass heutige Kinder morgen Opfer oder Täter werden.

In Krisen schaffen es nur einige wenige, dem Mensch-Sein treu zu bleiben. Sie zeigen Zivilcourage, sie sterben lieber als mitzumachen. Sie retten das Licht und richten das Wort wieder auf.

Aus Verantwortung füreinander muss den Menschen in Krisenregionen durch friedliche Interventionen geholfen werden. Und zwar vor dem Schießen! Damit sich die Gemüter beruhigen und Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. In der Friedensforschung werden tatsächlich zunehmend die Erkenntnisse über die menschliche Psyche berücksichtigt, nicht nur die geschichtliche, politische und wirtschaftliche Lage.

In einer sozial gerechten, freien und gleichberechtigten Welt könnten Menschen verlernen, Kriege zu führen und dauerhaft im Frieden zu leben. Das ist möglich, bei allen Ambivalenzen.

Es ist so leicht, Menschen zu verletzen, alles zu zerstören. Und es ist so schwer, Mensch zu werden, die eigenen dunklen Seiten anzusehen, sie bewusst wahrzunehmen und anzunehmen, um über die eigenen Handlungen, auch in Krisen, Herr zu sein. Wir haben keine andere Chance als auf dem Weg zum Menschwerden zu bleiben, aus sichtbaren und unsichtbaren Wunden unserer Vorfahren zu lernen, uns selbst verstehen zu lernen. Es ist ein Prozess ohne Ende, denn er muss im Leben eines jeden neuen Menschenkindes, im Leben einer jeden neuen Generation wiederholt werden. Wir sind auf diesem Weg, sonst hätten wir nicht die Menschenrechte.

Günter Mayer

Reflexionen über "Die Internationale"

Beitrag auf der Konferenz "Menschenrechte und Sozialismus" der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4. Dezember 2008 in Berlin

Wenn über die Relation zwischen Arbeiterbewegung, Partei und Menschenrechte reflektiert wird, fällt jedem im deutschsprachigen Raum, der mit und in sozialistischer, linker Politik groß geworden ist, ein Lied ein, in dessen Refrain vom "Menschenrecht" die Rede ist: Ihr erinnert Euch bestimmt an den Text, wenn wir ihn hören, gesungen von den Delegierten des Vereinigungsparteitages von KPD und SPD 1946 in Berlin:

Völker hört die Signale!
Auf, zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!

In dieser Hymne des Weltproletariats wird die Zielstellung, das "Menschenrecht" zu erkämpfen im Refrain wiederholt, und somit bekräftigt.

Die Text-Fassung, die wir gehört haben stammt von Emil Luckhardt (1880–1914), der den französischen Originaltext von Eugene Pottier (1816-1887) aus dem Jahre 1871 bereits 1905 ins Deutsche übertragen und 1910 veröffentlicht hat. Das ist die im 20. Jahrhundert im deutschsprachigen Raum einzig wirklich populär gewordene. Was wir so oft mit diesen Worten gesungen haben, ist die Melodie, die Pierre Degeyter (1848-1932) im Jahre 1888 erfunden hat und die die ganze Welt eroberte. Bis dahin wurde der Text auf die Melodie der Marseillaise gesungen. Dass er in 86 Sprachen übersetzt wurde, heißt, dass er auch in 86 Ländern ein ganz wesentlicher Faktor in den kapitalismuskritischen, revolutionären Bewegungen vor allem des 20. Jahrhunderts gewesen ist. Und darin ist auch das linke Rechtsbewusstsein kritisch und programmatisch formiert worden.

Allerdings: Die programmatische Losung der Internationale, das Menschenrecht zu erkämpfen, d.h. eine zivilgesellschaftliche Ordnung der Rechtsverhältnisse, die allen Menschen gleiche Rechte garantiert, ist nirgends so deutlich und nachdrücklich formuliert worden, wie in der Fassung des Refrains durch Emil Luckhardt.

Das wird ganz klar, wenn wir uns zunächst der Originalfassung des Refrains und danach seiner Übersetzung ins Russische, Französische, Englische, Italienische und Spanische zuwenden – um uns nur auf einen wesentlichen Teil des europäischen Raums zu beschränken. Im französischen Original von 1871 lautet der Refrain: gesungen von Pete Seeger (USA):

C'est la lutte finale
Groupons nous, et demain
L'Internationale
Sera le genre humain!

Hier geht es also nicht speziell um die "Menschenrechte", sondern um "le genre humain", d.h. um das ganze "Menschengeschlecht". So ist das auch in der russischen Version von Arkadi, Jakovlevic Kotz aus dem Jahre 1902, im russischen Emigranten-Magazin "Life" veröffentlicht. Diese Übersetzung ist von 1918 bis 1943 sogar als Text der Hymne der Sowjetunion verwendet worden:

Это есть наш последний
И решительный бой
С Интернационалом
Воспаяет род людской!

Auch "rod ljudskoj" meint das "Menschengeschlecht", nicht das "Menschenrecht". Ebenso ist das in der englischen Version des Refrains, die von Martin Glasse stammt, in England und Irland gemeinhin gesungen worden ist:

Then come comrades rally
And the last fight let us face
The Internationale
Unites the human race!

Wie bei "genre humain" und "rod ljudskoj" geht es auch hier um "the human race". In der italienischen Version ist das nicht anders:

Tutti uniti lottiamo
Il nostro fine sarà
La rivoluzione sarà
Per l'intera umanità!

Auch mit "umanità" wird auf die "Menschheit" verwiesen. Es sei nur noch der Refrain in Spanisch zitiert, wo eben dieser Bezug auf die Menschheit, "El genero humano", ganz deutlich ist. So wurde er gesungen in Chile 1973, beim Trauerzug für Pablo Neruda:

Agrupémonos todos
En la lucha final.
El género humano
Et la internacional!

Daraus nun zu folgern, dass vor allem im deutschsprachigen Raum mit der Akzeptanz der Fassung von Emil Luckhardt die Problematik der Menschenrechte *im Refrain* des Liedes besonders intensiv reflektiert worden ist und in den anderen Ländern nicht, ist allerdings falsch. Das wird sofort deutlich, wenn wir uns den *Strophen* zuwenden. Da findet sich zunächst die scharfe *Kritik der bloß formalen Rechte*: Im französischen Original von Eugene Potier steht in der dritten Strophe

Le droit du pauvre et un mot creux
(Das Recht der Armen ist ein hohles Wort)

In der russischen Übersetzung steht in der dritten Strophe:

А наше право – звук пустой
(Und unser Recht – ein leerer Ton)
Es ist wörtlich diese Aussage!

Und: im französischen Original steht die *programmatische Forderung* nach einer anderen Rechtsordnung im Zentrum der dritten Strophe:

L'égalité veut d'autre lois
Pas de droits sans devoirs dit-elle
Egaux, pas de devoirs sans droits.

Diese Formulierungen sind fast wörtlich in der englischen Übersetzung wiederzufinden:

Equality wants other laws
No right without obligations, it says
And as well, no obligations without rights.

Ganz ähnlich ist das in den verschiedenen Übersetzungen des Textes ins Deutsche:

Es sei zunächst an die populäre von Emil Luckhardt erinnert: In der zweiten Strophe heißt es:

Leeres Wort des Armen Rechte!
Leeres Wort von des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte.
Duldet die Schmach nun länger nicht!
(usw. Refrain)

Diese Kritik des sozial beschränkten bürgerlichen Rechts finden wir bereits in der ersten deutschen Übersetzung aus dem Jahre 1901, die von Franz Diederich stammt:

Da steht in der dritten Strophe:
Des Armen Recht ist arm und taub...

Und es folgt die programmatische Einforderung einer anderen Rechtsordnung:

Kein Recht, dem keine Pflicht gegeben,
Und keine Pflicht, die ohne Recht!

Eben diese Kombination von Kritik und Programmatik hat auch Sigmar Mehring (1856-1915) wenige Jahre später in seiner Übersetzung der dritten Strophe deutlich artikuliert (ich zitiere):

Der Staat erdrückt, Gesetz ist Schwindel!
Die Steuern trägt der Arbeitsknecht..
Man kennt nur Reiche und Gesindel,
Und Phrase ist: ‚des Armen Recht‘.
Die Gleichheit soll den Bann vernichten,
Und für das kommende Geschlecht
Gilt: ‚Keine Rechte ohne Pflichten‘
Und: Nichts von Pflicht mehr, wo kein Recht.

Der Refrain bleibt dann aber im Unterschied zu Luckhardt im Unbestimmten:

Nun Kämpft zum letzten Male
Stürmt an! Schon winkt uns dort
Die Internationale
Der Menschheit Ziel und Hort.

Erich Weinert (1890-1953) schrieb 1937 für das Thälmann-Bataillon in Spanien eine neue Übersetzung. In der dritten Strophe knüpft er direkt an Potier, Diederich und Mehring an:

Staat und Gesetz gehen über Leichen.
Die Steuer wird zum Massenmord.
Wo gibt es Pflichten für den Reichen.
Des Armen Recht – ein leeres Wort!
Genug! Es sprechen jetzt die Knechte

Und das Gesetz der Gleichheit spricht:
Nicht eine Pflicht mehr ohne Rechte,
und keine Rechte ohne Pflicht.
Zum letzten Kampf! Ihr alle,
ihr Völker im Verein,
Die Internationale
Wird alle Menschheit sein!

Auch bei Weinert bleibt der Refrain im abstrakt Allgemeinen: "wird alle Menschheit sein".

Es zeigt sich also, dass in der Übersetzung von Emil Luckhardt die Linie der Rechtskritik aufgegriffen, durch die im Refrain formulierte programmatische Orientierung am intensivsten zum Ausdruck gebracht worden ist: Wohl ein Grund dafür, dass diese Fassung dann so populär geworden ist.

Erstaunlicher Weise gibt es auch die deutsche Fassung einer anarchistischen Internationale, in deren Refrain es heißt: Die Internationale kämpft für das Menschenrecht.

Erich Mühsam schrieb 1919 die ‚Internationale der Rotgardisten‘ für die Räterepublik. Von Rechtskritik bzw. -programmatisierung ist da nichts zu hören. Im Refrain heißt es:

Grausig tönen die Fanfaren
Auf zum letzten Gefecht!
Der Galgen den Barbaren,
dem Volk das Sonnenlicht!

Hier ist wohl noch die Tradition der radikalen Lieder der französischen Revolution lebendig:

Ja, das geht ran, das geht ran,
die Aristokraten an die Laternen!

Dass die poetischen Bilder in den frühen Arbeiterliedern im Hinblick auf die Charakterisierung der Unterdrückungsverhältnisse derb, drastisch und in den Bildern von den Befreiungsperspektiven überschwänglich, ja schwülstig formuliert worden sind, d.h. weit entfernt von erst noch zu erkämpfenden Rechtsnormen einer kapitalistisch bzw. sozialistischen formierten Zivilgesellschaft, lässt sich besonders in der Geschichte dieses Liedes beobachten, das – wie gesagt – in 86 Sprachen, also wirklich weltweit gesungen worden ist.

Dem sich bildenden Rechtsbewusstsein lag seinerzeit offensichtlich die Überzeugung zu Grunde, dass die Zeit quasi mit Naturgewalt reif sei für eine neue Rechtsordnung befreiter, freier Menschen. Schon in der ersten Strophe steht bei Emil Luckhardt:

Das Recht wie Glut im Kraterherde
Nun mit Macht zum Durchbruch dringt

(Bei Pottier stand an der Stelle "La raison tonne en son cratère", in der englischen Fassung entsprechend "Reason".)

Und diese neue Rechtsordnung sollte in einem Akt, im "letzten Gefecht" des Proletariats für die Menschheit insgesamt, weltweit errichtet werden können. Für dieses neue historische Subjekt wurde ein Recht beansprucht: In der 6. Strophe der russischen Übersetzung heißt es:

Лишь мы, работники всемирный
Великой армии труда
Владеть землей имеем право
но паразиты – никогда!
Also: Nur wir, die Arbeitenden der Welt
Der großen Armee der Arbeit,
Haben das Recht, die Erde zu beherrschen,
die Parasiten aber – nie!

Das war – wie wir erfahren haben – eine Utopie, die gewissermaßen gläubige Formulierung einer sozialistischen Perspektive. Ja, die große Hoffnung der Kommunisten, Sozialisten, Anarchisten, Sozialdemokraten auf eine allseitige Verwirklichung der Menschenrechte ist in den Ländern des realen Sozialismus nicht nur nicht voll erfüllt, sondern in der Zeit der Schauprozesse unter Stalin und im Archipel Gulag enttäuscht und ins Gegenteil verkehrt worden. Auch in den volksdemokratischen Ländern, nicht zuletzt in der DDR, gab es erhebliche Einschränkungen. So stand die Internationale quer zur gesellschaftlichen Realität, wurde mitunter gesungen als Moment kritischer Aktionen gegen die herrschende Rechtsordnung, etwa 1989 von den Studenten auf dem Platz des himmlischen Friedens in der VR China.

Eine genuine, humanistische, menschheitliche Gesellschafts- und Rechtsperspektive ist in *einem* zudem "letzten Gefecht" nicht zu erreichen. An deren historischer Notwendigkeit dürfte nach allen bitteren Erfahrungen heutzutage kaum ein Wissender mehr zweifeln. Nur, wer diese Notwendigkeit wann und wo, gegen wen und mit wem, in welchen Etappen zu realisieren in der Lage sein wird, in den Zentren wiederum anders als in den Peripherien, ist ungewiss.. Ebenso die Anzahl der "Gefechte" und erst Recht der Ergebnisse und möglicher Einschränkungen..

Dass sich in dieser *Richtung* in den Gesellschaften etwas grundsätzlich ändern muss, ist in der "Internationale" weltweit artikuliert worden – utopisch, die Herzen von Millionen bewegend, deren "Erwachen" immer noch und wieder nötig ist. Das Wissen, dass das "Recht" sich nicht als Naturgewalt durchsetzen wird, stellt die sozialen Anwälte des Rechts vor höchst komplizierte Widerspruchsfelder,

in denen das "Menschenrecht" ohne Kämpfe nicht zu haben ist.

Das wissend, bleibt die "Internationale", wie wir sie kennen, ein Klangort der Erinnerung und zugleich ein Impuls, die Kämpfe in den gegenwärtigen Ge-

sellschaften trotz aller, ja wegen aller Ernüchterung nicht aufzugeben, sondern intensiv fortzusetzen. Sie klingt ja immer noch und immer wieder gut.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948

Präambel

Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

da die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen, und da verkündet worden ist, dass einer Welt, in der die Menschen Rede- und Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not genießen, das höchste Streben des Menschen gilt,

da es notwendig ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht gezwungen wird, als letztes Mittel zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung zu greifen,

da es notwendig ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,

da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,

da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen auf die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hinzuwirken,

da ein gemeinsames Verständnis dieser Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,

verkündet die Generalversammlung

diese Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung durch die Bevölkerung

der Mitgliedstaaten selbst wie auch durch die Bevölkerung der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Artikel 1

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2

Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand. Des weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 3

Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel in allen ihren Formen sind verboten.

Artikel 5

Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6

Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden.

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen

Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.

Artikel 8

Jeder hat Anspruch auf einen wirksamen Rechtsbehelf bei den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen Handlungen, durch die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzt werden.

Artikel 9

Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10

Jeder hat bei der Feststellung seiner Rechte und Pflichten sowie bei einer gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Beschuldigung in voller Gleichheit Anspruch auf ein gerechtes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht.

Artikel 11

1. Jeder, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.
2. Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Ebenso darf keine schwerere Strafe als die zum Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung angedrohte Strafe verhängt werden.

Artikel 12

Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden. Jeder hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 13

1. Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.
2. Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14

1. Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.
2. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Artikel 15

1. Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.
2. Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16

1. Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne jede Beschränkung auf Grund der Rasse, der Staatsangehörigkeit oder der Religion das Recht, zu heiraten und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.
2. Eine Ehe darf nur bei freier und uneingeschränkter Willenseinigung der künftigen Ehegatten geschlossen werden.
3. Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17

1. Jeder hat das Recht, sowohl allein als auch in Gemeinschaft mit anderen Eigentum innezuhaben.
2. Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Artikel 19

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20

1. Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen.
2. Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21

1. Jeder hat das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken.
2. Jeder hat das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.
3. Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muss durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22

Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind.

Artikel 23

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
4. Jeder hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24

Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 25

1. Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und

Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen, sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

2. Mütter und Kinder haben Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung. Alle Kinder, eheleiche wie außereheleiche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26

1. Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch. Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen.
2. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.
3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteil werden soll.

Artikel 27

1. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.
2. Jeder hat das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihm als Urheber von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Artikel 28

Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29

1. Jeder hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit möglich ist.

2. Jeder ist bei der Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zweck vorsieht, die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer zu sichern und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und des allgemeinen Wohles in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.
3. Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30

Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

Positionen der PDS, der WASG und der Partei DIE LINKE zu den Menschenrechten

Die folgende Zusammenstellung von Positionen durch den Herausgeber und Bernd Ihme, Mitarbeiter im Parteivorstand der Partei DIE LINKE, vorbereitet.

Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System

Referat von Michael Schumann auf dem außerordentlichen Parteitag der SED vom 08. und 09. sowie 16. und 17. Dezember 1989

Was jetzt zum Vortrag kommt, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Ergebnis der Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, die unter Verantwortung des Arbeitsausschusses bzw. Vorstandes relativ sehr kurzfristig – wie könnte es anders sein – gearbeitet hat. Es ist dementsprechend das, was hier vorgelesen wird, als ein erster und vorläufiger Versuch der Analyse zu werten. Die theoretisch-ideologische Bewältigung eines so komplizierten und komplexen Problems wie die Frage nach den Ursachen der Krise und die Verantwortung der SED, fordert den Einsatz des ganzen intellektuellen Potentials der Partei und bleibt eine Aufgabe, der wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft stellen müssen, um zu weiteren Schlussfolgerungen für die radikale Erneuerung der Partei zu gelangen.

Dennoch – es ist notwendig, auf diesem Parteitag Stellung zu den Ursachen der Krise zu beziehen. Das erwartet die Parteibasis, aus der uns auch viele Hinweise und Gedanken zu diesem Thema zugegangen sind, und das erwartet mit Recht auch die Öffentlichkeit unseres Landes.

Unser Parteitag hat schon am ersten Beratungstag mit Nachdruck erklärt: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.

Uns allen hier im Saal – dem einen früher, dem anderen später – ist bewusst geworden, dass für die Krise unseres Landes und unserer Partei die Mitglieder einer inzwischen hinweggefegten Parteiführung die persönliche Verantwortung tragen.

Erich Honecker und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derartigen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen allgegenwärtiger Apparate und eine Rechtfertigungsideologie einen

derartigen Machtmissbrauch ermöglichten bzw. absageten.

Die Symptome dieses Machtmissbrauchs liegen inzwischen offen zutage: Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers, Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der es an Verständnis für elementare Bedürfnisse der produktiven und sozialen Bereiche der Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung fehlte, Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die kritische Geister außer Landes trieb, politische Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender, Verwandlung der Medienlandschaft in eine trostlose Informationswüste und eine widerliche Hofberichterstattung, Ausgrenzung der Parteibasis aus allen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Im Umfeld dieses Machtmissbrauchs breitete sich der Morast der Korruption und der persönlichen Bereicherung aus. Unerträgliche Herrscherallüren einer Führungsgruppe und mancher Nacheiferer auch auf unterer Ebene haben unsere Partei in Verfall gebracht. Zwischen Führung und Volk, zwischen Parteispitze und Parteibasis tat sich eine tiefe Kluft auf. Aus einzelnen und aus Gruppen, die auf Veränderungen drängten, wuchs eine umfassende Volksbewegung. Sie forderte ihre Rechte auf der Straße ein, als das Land an einer Massenflucht zu Grunde zu gehen drohte.

[...]

Wenn wir den Stalinismus dauerhaft überwinden wollen, so dürfen wir nicht nur die Tatbestände benennen, wir haben vor allem nach den Ursachen zu fragen, Ursachen, die nicht nur zur Fortexistenz, sondern in jüngster Zeit auch zu besonders abstoßenden Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben.

Diese Ursachen haben historische Wurzeln, die auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße in die Geschichte zurückreichen.

Da gibt es die spezifischen Strukturen, Methoden und Allüren der Honecker-Ära, da gibt es die mit unserer sozialistischen Entwicklung insgesamt verbundenen stalinistischen Deformationen und die

Ausprägung eines entsprechenden Herrschaftssystems, da gibt es den Missbrauch der kommunistischen Bewegung durch Stalin nach Lenins Tod und eine bis in die zwanziger Jahre zurückreichende stalinistische Linie, und manches geht wohl auch zurück auf preußisch-deutsches obrigkeitsstaatliches Denken und Handeln.

Wenn so, liebe Genossinnen und Genossen, die gesamte Geschichte unserer Republik und unserer Partei ins Spiel kommt, wir aber den Scheinwerfer auf eine bestimmte Achse unserer Entwicklung richten, besteht die Gefahr eines Bildes der Vergangenheit, das nur eine einzige Farbe hat. Ein solches Bild wäre unwahr, und es wäre ungerecht. Die Abrechnung mit dem Stalinismus ist Teil übergreifender Fragen, und diese lauten:

Was hat der frühe Sozialismus vermocht? Was hat ihn in eine Sackgasse geführt? Welchen Schaden hat der Sozialismus als Bewegung und als gesellschaftliche Praxis durch den Stalinismus erlitten? Das kann heute in aller Breite nicht das Thema sein. Aber die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich allzeit guten Glaubens mit Herz und Hand für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewissheit, dass sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben. (Beifall)

Sie haben dies getan, indem sie nach der Befreiung vom Naziregime Faschismus und Militarismus überwunden haben, jedenfalls als die Gesellschaft beherrschende Erscheinung, indem sie vor allem auf gesellschaftlichem Eigentum in Industrie und Landwirtschaft beruhende Produktion organisierten, die zeitweise auch ein ansehnliches Wirtschaftswachstum zu gewährleisten vermochte, indem sie unter widrigen Bedingungen einen Volkswohlstand erarbeiteten, der zwar dem Vergleich mit den entwickeltsten Industrieländern nicht standhält, im Weltmaßstab aber im Vordergrund liegt, indem sie Bildungsschranken niederrissen, ein beträchtliches Ansteigen des Bildungsniveaus und die berufliche Qualifikation ermöglichten und ein geistiges Klima schufen, in dem die Idee der sozialen Gerechtigkeit zur Grundüberzeugung vieler Menschen in unserem Lande gehört; indem sie ein soziales Netz und eine Gesetzgebung schufen, die niemanden in die Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, ins soziale Aus abgleiten lässt, indem sie mit Leistungen auf vielen Gebieten der DDR zu internationalem Ansehen verhalfen, indem sie dazu beitrugen, dass sich die DDR den Ruf eines Friedensstaates erwarb, in dem internationale Solidarität und Antifaschismus eine Heimstatt haben.

Dies und manches andere darf in der Kritik am Stalinismus nicht untergehen. Und dies nicht zu-

letzt deshalb, weil eine sachliche und vernünftige Analyse der Vergangenheit notwendig ist, eine ausgewogene Analyse, um die Erneuerung einleiten zu können, um konkrete Ansatzpunkte für gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse sichtbar werden zu lassen. Wenn es von all dem, von dem ich sprach, nichts gäbe, dann könnten wir auch keine Wohnung im europäischen Haus beanspruchen, dann wären wir auch für niemanden ein Partner im Dialog, im Ringen um europäische Sicherheit und Abrüstung, dann würde sich auch keine Hand zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit uns rühren. (Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen! Bekanntlich fassten Marx und Engels den Sozialismus als Kampf für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung auf, als Ersetzung der Klassenherrschaft und knechtenden Arbeitsteilung durch, wie es im "Manifest" hieß, eine Assoziation, worin "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Für dieses Ziel, das unter den historischen Bedingungen nur im harten Klassenkampf angestrebt werden konnte, stritt die deutsche Arbeiterbewegung, stritten ihre hervorragendsten Vertreter. Es entstanden in diesem Kampf unterschiedliche Auffassungen über Ziele, Wege und Methoden. Es gab scharfe Gegensätze, die zur Spaltung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in die sozialdemokratische und kommunistische Richtung führten. Wie diese ideologische und organisatorische Spaltung sowohl schon in der Entstehungsgeschichte als auch in der weiteren Entwicklung die notwendige Aktionseinheit behinderte, werden die Historiker sicher neu und gründlicher untersuchen.

Wenn wir in unserer Analyse im folgenden auch zu den Verhältnissen in der KPdSU und in der UdSSR in der Vergangenheit einzelne Gedanken äußern, dann stellt dies keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer anderen Partei dar, sondern dient dem Selbstverständnis der Entwicklung unserer Partei. Wir wissen uns in diesen Einschätzungen einig mit der sowjetischen Geschichtswissenschaft der Gegenwart.

Im Oktober 1917 trat in Russland das Volk, geführt von der Bolschewistischen Partei, unter extrem schweren Bedingungen an, den Sozialismus zu verwirklichen. Der Sozialismus trat in einem Land in die Weltgeschichte ein, in dem die materiellen und allgemein kulturellen Voraussetzungen am schwächsten ausgebildet waren. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution wurde durchgeführt und siegte im Zeichen des Völkerfriedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und Menschenwürde. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte

sollten Freiheit und Demokratie auf eine reale ökonomische und politische Basis gestellt werden. In den zwanziger und dreißiger Jahren vollzogen sich in der ökonomisch rückständigen, durch Weltkrieg und Bürgerkrieg verwüsteten Sowjetunion grundlegende Veränderungen, wie die Industrialisierung, die Kulturrevolution, die Konsolidierung ihrer internationalen Position. Das waren Tatsachen von historischer Bedeutung, die vor der Geschichte Bestand haben.

Doch gleichzeitig entstanden in der Partei und im Lande Erscheinungen, die immer mehr dem sozialistischen Ideal widersprachen, die den Sozialismus diskreditierten. Es entwickelte sich ein bürokratisch-zentralistisches Regime, vor dem Lenin oft gewarnt hat, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren. Immer mehr wurden die humanistischen und demokratischen Werte des Sozialismus ins Gegenteil verkehrt.

Wir bezeichnen dieses Regime als stalinistisch. Doch es wäre falsch, seine Entstehung nur auf die Person Stalins zurückzuführen, obwohl er natürlich einen bedeutenden Anteil daran hatte. Verschiedene Faktoren, darunter die Zwänge des Kriegskommunismus, die Rückständigkeit Russlands, das Fehlen ausgeprägter parlamentarisch-demokratischer Traditionen in Russland, begünstigten das Entstehen einer bürokratischen Schicht, die mit Hilfe des Apparats des Staates, der Armee, der Sicherheitsorgane, der Wirtschaft und der Partei wirksam wurde. Diese Schicht entfernte sich immer mehr vom Volk und seinen Bedürfnissen und begann, eine unumschränkte Macht auszuüben. Da sie dem Apparat ihre soziale Existenz verdankte, war sie an der Erhaltung und Unantastbarkeit dieses Apparates interessiert. Durch diesen Apparat wurde die Sowjetdemokratie der Revolutionszeit immer mehr in eine Diktatur der Bürokratie verwandelt, wurden die demokratischen Bürgerrechte eingeschränkt und die Politik mit Gewalt und Terror, wie zum Beispiel in der Kollektivierung, unter großen Opfern durchgesetzt.

Alternative Konzeptionen sowie Kritik am Sozialismus oder an führenden Personen galten als "Konterrevolution" oder als feindliche "Agententätigkeit". Ihre Verfechter wurden verfolgt und gemäßregelt. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung waren die stalinschen Repressionen der dreißiger und vierziger Jahre, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Es änderten sich auch Wesen und Rolle der Partei. Marx und Engels sahen in der Partei der Kommunisten einen Teil der Arbeiterklasse, der keine von den Interessen des Proletariats getrennte In-

teressen hat, der seine Aufgabe besonders darin sehen muss, die Bedingungen und die Entwicklung der Bewegung zu erkennen und dabei am entschiedensten die Interessen der Klasse zu vertreten. Im Gegensatz dazu wurde unter der Führung Stalins das Machtmonopol der Partei über den Staat, die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Bereiche errichtet und ständig ausgebaut, wobei es eigentlich ja nicht das Machtmonopol der Gesamtpartei, sondern eben seine bürokratisch-diktatorische Führungsclique war. Lenin hatte immer wieder die Methode der Überzeugung als die Hauptmethode der politischen Arbeit, auch der siegreichen Staatspartei herausgestellt. Nun traten an diese Stelle Administration, Druck, psychischer und physischer Terror bis hin zu Massenrepressalien. Der Mensch wurde zum Schräubchen, zum Objekt der gesellschaftlichen Entwicklung und namentlich des politischen Systems.

Gewerkschaften und andere Organisationen der Werktätigen erhielten den Rang von "Transmissionsriemen", mit deren Hilfe die Führung ihre Diktatur ausübte und dabei noch pseudodemokratisch verbrämte.

Ein tragender Bestandteil dieses Systems war der Personenkult um Stalin. Er war aber nicht Ursache und hauptsächlich Merkmal. Der Kult um den toten Lenin, von Stalin maßgeblich mit betrieben, diente dazu, die Lehren Lenins und das Leninsche Sozialismuskonzept zu verdrängen. Die Stalinisten gaben und geben sich immer und überall als Marxisten-Leninisten aus. Die von ihnen als marxistisch-leninistisch verbreitete Ideologie hatte jedoch die Hauptfunktion, den Widerspruch zwischen den wahren Werten des Sozialismus und der stalinistischen Wirklichkeit zu verschleiern. Dabei wurden oft Zitate der Klassiker missbraucht, auch beliebig ausgetauscht, um die gerade gängige Politik der Führung zu rechtfertigen. Einschätzungen und Äußerungen Lenins zu bestimmten konkret-historischen Situationen wurden aus dem Zusammenhang gerissen und dogmatisch auf andere Situationen übertragen. Mithin gehört auch die Verlogenheit zum Wesen des Stalinismus.

Stalinismus bedeutete Demoralisierung und Entartung des geistigen Lebens sowie Zerstörung menschlicher Werte. Unter stalinistischem Vorzeichen wurden grundlegende Gedanken und der ethische Gehalt der marxistischen Philosophie und Wissenschaft entstellt. So blieb unbegriffen, dass der Marxismus vor allem theoretischer Humanismus ist. Die Einsicht, dass der Marxismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung vor allem Repräsentanten und Vorkämpfer allgemeinemenschlicher Werte und Ideale sind, ist entscheidend für ein rich-

tiges Herangehen an alle Fragen der sozialistischen Politik. Aus dieser Position resultiert die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit, und diese Erkenntnis ist sehr aktuell, sozialistische Politik als Lebensform des denkbar breitesten Bündnisses aller Kräfte des Volkes zu entwickeln, niemanden auszugrenzen und immer den demokratischen Konsens und Kompromiss zur Verwirklichung der Interessen und Ansprüche der Menschen anzustreben. Dieses Bündnis, das die sachliche Auseinandersetzung stets einschließt, wurde oft nicht offen und ehrlich gesucht und durch Arroganz und Monopolisierung zerstört.

Die Umgestaltung unserer Gesellschaft verlangt auch, dass wir uns radikal von der stalinistischen Interpretation der Machtfrage trennen. Das Verhältnis zur politischen Macht war wesentlich reduziert auf einen Aberglauben an die Möglichkeiten der staatlichen Gewaltinstrumente, die jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen waren. Vorherrschend war die Illusion, mit Hilfe zentralisierter Herrschaftsapparate die Gesellschaft nicht nur kontrollieren, sondern ihre Entwicklung auch jederzeit korrigieren zu können. Dabei wurde die politische Hauptaufgabe verdrängt: der Kampf für die Schaffung des demokratischen Konsenses mit allen Kräften des Volkes in den grundlegenden Fragen der Gesellschaftsentwicklung und die gesellschaftliche Verständigung über das gemeinsame Vorgehen auf den einzelnen Feldern der Politik. Politik wurde primär als Instrument administrativen Machtgebrauchs verstanden.

[...]

Liebe Genossinnen und Genossen! Aus dem hier Dargelegten, das bei allem – wie ich eingangs sagte – einen vorläufigen Charakter hat, unterbreitet der Ausschuss dem Parteitag zur Wiedergutmachung für die Opfer des Stalinismus folgenden Vorschlag:

1. Die Rehabilitierung aller, die Opfer stalinistischer Verfolgung geworden sind, sei es in der UdSSR oder in unserem Lande. Dazu sind Kontakte zu den entsprechenden sowjetischen Stellen herzustellen.

2. An den Parteivorstand ergeht der Auftrag, dafür zu sorgen, dass alles aufgeklärt wird, was sich über Einzelschicksale, aber auch über Verantwortlichkeiten und Schuld in Erfahrung bringen lässt.

3. Wir bieten unsere Mitarbeit in einem unabhängigen Untersuchungsausschuss an, zusammengesetzt aus betroffenen Personen, aus Juristen, aus Historikern und anderen Persönlichkeiten. Unsere Partei stellt diesem Ausschuss die ermittelten Resultate zur Verfügung.

4. Wir setzen uns dafür ein, dass den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird.

Dem sollten sowohl das bereits von anderen vorgeschlagene würdige Mahnmal als auch Zeugnisse der Erinnerung und Bewahrung der bestehenden Museen und Gedenkstätten und in unserer schöngestigten und wissenschaftlichen Literatur dienen. (Beifall)

Die in die Zukunft weisenden Konsequenzen, dass heißt die Beseitigung von Strukturen, die solche Deformationen ermöglichten, müssen ihren Niederschlag finden im neuen Programm, im neuen Statut, in einem neuen, kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der frei ist von Apologetik, Schönfärberei, einem Umgang, der nichts aus dieser Geschichte ausspart. Und all dies muss sichern die Trennung von Partei und Staat, die Wählbarkeit von unten nach oben, die Anerkennung unterschiedlicher Meinungen, auch innerhalb der Partei, und ihre Reflexion in den Medien und viele andere demokratische Sicherungen mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir betrachten die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes als weiteren Schritt der Abkehr vom Stalinismus und als Unterstützung für den weiteren Prozess seiner konsequenten Überwindung.

Ich danke euch für eure Geduld. (Beifall)

Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik "Staatssicherheit"

Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 21. bis 23. Juni 1991

Die neuerliche Krise um die inoffizielle Mitarbeit von MandatsträgerInnen der PDS beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit verdeutlicht, dass die PDS sich bis heute völlig unzureichend mit diesem Problemkomplex auseinandergesetzt hat. Wir stehen wieder und noch immer vor der Wahl, endlich die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte in Angriff zu nehmen oder weiter an Glaubwürdigkeit und damit an einer wesentlichen Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit zu verlieren.

Angesichts dieser Situation beschließt der Parteitag folgende Grundsätze und Maßnahmen für die Entwicklung der Auseinandersetzung auf diesem Problem- und Politikfeld:

I. Grundsätze:

1. Die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ist als Moment einer komplexen Staats- und Sicherheitskonzeption zu begreifen. Das MfS war nur ein, wenn auch ein zentrales, Instrument der Verwirklichung dieser Konzeption. Dieser lagen ideologische Überzeugungen, eine Klassenkampf- und Revolutionstheorie und eine Staats- und Rechtsauffassung zu Grunde, für deren Durchsetzung die SED wirkte. Ihre Realisierung war notwendig verbunden mit Verletzungen grundlegender Menschen- und Bürgerrechte, mit der immanenten Missachtung der Souveränität und Integrität des einzelnen Bürgers.

Die SED hatte die politische Verantwortung für die Tätigkeit des MfS, das entsetzliches Leid über viele Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR gebracht hat, dessen Folgen bis in die Gegenwart reichen.

Deshalb steht heute die PDS, die ihre Nachfolge-Existenz gerade mit dem Willen, sich der geschichtlichen Verantwortung zu stellen, begründete, in einer besonderen Pflicht für die Aufarbeitung dieser Seite der DDR- und SED-Geschichte.

2. Wir treten für eine differenzierende Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft ein. Deshalb lehnen wir es ab, die offiziellen und inoffiziellen MitarbeiterInnen des ehemaligen MfS zu Sündenböcken des Niedergangs dieser Gesellschaft zu machen. Für sie gilt, wie für jeden anderen Bürger, dass jeder ein Recht darauf hat, nach seiner individuellen Verantwortung und Schuld beurteilt zu werden. Einer pauschalisierenden Vorverurteilung treten wir entschieden entgegen. Die Art und Weise des Umgangs mit dem "Erbe" dieses undemokratischen Repressionsapparats und mit seinen MitarbeiterInnen wird zu einem Prüfstein für die demokratische Gesittung des neuen Deutschlands.

3. Wir fördern und initiieren demokratischen Widerstand gegen alle Formen der pauschalen sozialen Ausgrenzung von offiziellen oder inoffiziellen MitarbeiterInnen des ehemaligen MfS durch generalisierende Ausschlüsse von beruflichen Laufbahnen, – gerade weil wir die diesbezüglichen Praktiken des MfS in der DDR verurteilen. Der Grad der persönlichen Verstrickung in Unterdrückung und Unrecht muss in jedem Einzelfall ausschlaggebend sein.

4. Wie einer Pauschalverurteilung der MitarbeiterInnen des MfS treten wir allen Formen der pauschalen Entschuldigung und "Solidarisierung" entgegen. Wagenburg-Mentalität und Schulterschluss-Gesten sind letztlich das Gegenstück zur pauschalen Verurteilung und Dämonisierung, sind die andere Seite derselben Medaille, die Verdrängung heißt. Ver-

drängung von Unrecht und Verantwortung vergiftet die Demokratie und tötet den Sinn für Gerechtigkeit und die Zivilcourage in der Gesellschaft. Für uns ist die Forderung nach der Einzelfallprüfung eben nicht Blockade der Auseinandersetzung, sondern sie bedeutet wirklich Prüfung mit jeweils konkretem Ausgang.

5. Alle offiziellen und inoffiziellen MitarbeiterInnen des MfS, die bereit sind, sich mit ihrer persönlichen Verantwortung auseinanderzusetzen haben Anspruch auf unsere Solidarität und unsere Hilfe. Dies schließt Kritik sowie die Verurteilung gesetzwidriger und menschenverachtender Praktiken des MfS und einzelner seiner MitarbeiterInnen ein.

II. MfS-MitarbeiterInnen in der PDS

1. Mitglieder der PDS, die als offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben, sind keine Mitglieder "zweiter Klasse". Jede pauschalisierende Einschränkung ihrer Rechte und Pflichten wäre statutenwidrig und widerspräche politischen Grundforderungen der PDS. Auch in dieser Hinsicht muss die Partei ihre Forderungen leben.

2. Eine allgemeine Pflicht zur Offenlegung einer früheren Tätigkeit für das MfS gibt es für die Mitglieder innerhalb der PDS nicht. Jede Genossin und jeder Genosse ist aufgefordert, sich kritisch gerade mit dieser Seite der Vergangenheit der Partei und seiner eigenen Biographie auseinanderzusetzen. Aber dieses ist die Sache einer/s jeden Einzelnen. Die persönliche Integrität der Parteimitglieder ist eine schätzenswerte Errungenschaft unseres neuen Parteiverständnisses.

Nur für GenossInnen, die sich anschicken, für die Partei in exponierter Stellung öffentlich zu wirken, ist die persönliche Biographie in dieser Frage keine reine Privatsache mehr. Diese GenossInnen müssen den unterschiedlichen Anforderungen der jeweiligen Öffentlichkeit gerecht werden können.

a) MandatsträgerInnen

3. Mitglieder der PDS, die als offizielle oder inoffizielle MitarbeiterInnen für das ehemalige MfS tätig waren und sich um ein Mandat der Partei für eine Wahl zu einer Volksvertretung bewerben, haben die Pflicht, ihre Tätigkeit für das MfS offenzulegen, um eine Einzelfallprüfung zu ermöglichen. Die nominierenden Gremien entscheiden auf diese Weise selbst bestimmt über eine solche Kandidatur und die WählerInnen werden in die Lage versetzt, eine souveräne Entscheidung zu treffen.

4. MandatsträgerInnen, die sich in dieser Frage gegenüber ihren GenossInnen als unehrlich und unsolidarisch erweisen, werden aufgefordert, ihre

Mandate niederzulegen. Kommen sie einer solchen Aufforderung nicht nach, wird empfohlen, sie aus der Fraktion auszuschließen.

Übergangsregelung

5. Mitglieder, die gegenwärtig MandatsträgerInnen für die PDS sind und offizielle oder inoffizielle MitarbeiterInnen des MfS gewesen waren, dies aber bisher nicht offengelegt haben werden aufgefordert, dies vor der PDS-Fraktion des Gremiums, in das sie gewählt worden sind, zu tun. Dieser obliegt im Zusammenwirken mit dem jeweiligen Vorstand der PDS die Einzelfallprüfung, die mit einer Empfehlung für den Betroffenen zu verbinden ist. Gemeinsam ist die Art und Weise der Öffentlichmachung der Tatsachen wie der Empfehlung zu regeln.

6. Die PDS-Mitglieder der Fraktionen in den parlamentarischen Vertreterversammlungen: erklären ihre Bereitschaft zur individuellen Überprüfung. Die Fraktionen stellen unverzüglich eigenständig bei der "Gauck-Behörde" einen Antrag auf Überprüfung.

7. Abgeordnete, die glauben, sich einer solchen Überprüfung aus persönlichen Motiven und in Verantwortung für andere nicht unterziehen zu können, wird die Niederlegung des Mandats empfohlen.

b) Funktionen in der Partei

8. GenossInnen, die sich um Wahlfunktionen bewerben und somit in einer Funktion die Partei in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit repräsentieren, haben gegenüber den Delegierten- bzw. Mitgliederversammlungen, in denen sie sich zur Wahl stellen, eine eventuelle offizielle oder inoffizielle Mitarbeit beim MfS als Grundlage für eine Einzelfallprüfung offenzulegen.

9. Sollten sich GenossInnen in dieser Hinsicht als unehrlich gegenüber der Partei erweisen, so entbinden die jeweiligen Vorstände bzw. Gremien sie von ihrer Funktion und legen diesen Tatbestand gegenüber den sie wählenden Delegiertenkonferenzen oder Mitgliedervollversammlungen offen, so dass diese über eine eventuelle Abwahl des entsprechenden Genossen entscheiden können.

Übergangsregelung

10. GenossInnen in Wahlfunktionen der PDS, die offiziell oder inoffiziell für das MfS tätig waren und dies bisher nicht offengelegt haben, sind aufgefordert, dies gegenüber den Vorständen oder Gremien, in denen sie tätig sind, nachzuholen.

Die Vorstände und Gremien sind nach Einzelfallprüfung verpflichtet, den betroffenen GenossInnen eine Empfehlung über einen Verbleib oder das Aus-

scheiden aus diesen Wahlfunktionen auszusprechen.

11. Die Tatsachen und die Empfehlungen werden den Versammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen, die sie gewählt haben, mitgeteilt.

FunktionsträgerInnen, die sich zu einer solchen Offenlegung aus persönlichen Motiven und in Verantwortung für andere nicht in der Lage sehen, wird empfohlen, aus ihren Wahlfunktionen ohne Erklärung auszuscheiden.

12. Der Bundesparteitag empfiehlt den Landesverbänden der PDS, Beschlüsse zum Umgang mit der Frage der offiziellen oder inoffiziellen Mitarbeit von Mandats- und Funktionsträgern der PDS im Sinne dieses Beschlusses zu fassen.

III. Zur weiteren Auseinandersetzung

1. In Verantwortung des Parteivorstandes sind umgehend qualifiziert differenzierte Beschreibungen und Bewertungen der vielfältigen Arten der Tätigkeit für das MfS vorzulegen, die Hilfestellung bei der Einzelfallprüfung geben und zugleich dem Einzelnen bei seiner persönlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung sich zu orientieren helfen.

2. Die Landesvorstände fördern die Tätigkeit und vor allem die Außenwirkung von Arbeitsgruppen, die sich mit dem Problemkomplex "Staatssicherheit" auseinandersetzen. Die Publikation von Arbeitsergebnissen und Materialien für die politische Bildung sind in Kooperation mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus materiell abzusichern.

3. Neben der politisch-historischen Rekonstruktion der Tätigkeit des MfS und der Analyse seiner politischen und ideologischen Grundlagen ist der individuellen Beratung und Hilfe größere Aufmerksamkeit zu schenken. In Ergänzung zur kollektiven Auseinandersetzung in Arbeitskreisen sollten in den Bezirken Möglichkeiten für die individuelle Beratung, feinfühlig Lebenshilfe und Unterstützung in moralischer, sozialer und auch juristischer Art geschaffen werden.

4. In den Kreisen sind öffentliche Diskussionen mit interessierten Bürgern zu organisieren, wobei die Teilnahme anderer politischer Parteien und von Bürgerinitiativen anzustreben ist.

Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS vom 7. Februar 2006 (http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html?zid=31685)

I.

Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 markiert eine Wegscheide in der Entwicklung des Sozialismus. Die sogenannte Geheimrede N. S. Chruschtschows "Über den Personenkult und seine Folgen" ließ alle anderen Erklärungen des Parteitages – so die zu friedlicher Koexistenz der Staaten, zur Möglichkeit friedlicher Übergänge zum Sozialismus sowie zur Vielfalt seiner Formen – in den Hintergrund treten. Die Kritik an Stalin – und damit auch an politischer Ordnung und gesellschaftlicher Verfasstheit der Sowjetunion – löste ein politisches Erdbeben aus. Es erfasste über die KPdSU und die Sowjetunion hinaus die gesamte kommunistische Bewegung sowie die sozialistischen Staaten. Dies nicht nur, weil die in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins eingeleitete Entstalinisierung nun öffentlich als politisches Programm verkündet wurde. Darüber hinaus wurde eine Wegscheide, eine Alternative für die Entwicklung des Sozialismus sichtbar.

In dem Maße, wie die Kritik am Stalinkult, der – wie Chruschtschow offenbarte – die "brutale Verletzung der innerparteilichen und Sowjetdemokratie" bewirkt und "Massenterror gegen die Parteikader" mit sich gebracht hatte, die internationale Öffentlichkeit erreichte und beschäftigte, verstärkten und veränderten sich die Reaktionen. Militante Antikommunisten sahen sich in ihren alten Anwürfen bestätigt. Viele Kommunisten und andere Freunde der Sowjetunion fühlten sich von einem sie seit langem belastenden Druck befreit, doch auch tief enttäuscht, wenn nicht sogar betrogen und verraten. Zugleich stieß die Verurteilung Stalins in einigen kommunistischen Parteien, insbesondere in der chinesischen, auf Zurückhaltung oder erbitterten Widerstand. Die Verteidiger Stalins sahen im XX. Parteitag den Beginn einer Abkehr vom Sozialismus und verurteilen ihn deswegen heute noch. Das Stalinsche Herrschafts-, Politik- und Parteiverständnis gilt ihnen als historisch notwendig und die als sozialistisch deklarierte Ordnung als Prototyp des Sozialismus.

In einigen kommunistischen Parteien entwickelten sich Diskussionen, welche über die von der sowjetischen Parteiführung gezogenen Grenzen hinausgingen. Namentlich der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, kritisierte die in Moskau abgegebenen Erklä-

rungen für die Herausbildung des Stalinschen Systems in einem Interview, dessen Übersetzung ins Deutsche von der noch legalen KPD im Juni 1956 veröffentlicht wurde. Togliatti mahnte eine marxistische Analyse an, verwies auf die "Überspitzung der Bürokratie" im Gefolge altrussischer Tradition, auf einen "neuen Typ bürokratischer Führung [aus] dem Schoße der neuen führenden Klasse", und konstatierte das Fehlen von "demokratischen, wesentlichen Merkmalen der sozialistischen Gesellschaft" in der UdSSR.

Ungeachtet solcher Einwände entschloss sich die sowjetische Partei- und Staatsführung dazu, die Kritik auf den sog. Personenkult zu beschränken und die unter Stalins Ägide gültige Auffassung von Sozialismus in ihrer Substanz zu verteidigen. Die schon Jahrzehnte zurückreichende Verwurzelung des Stalinkultes in den eigenen Reihen wie im Volke und die Macht der Bürokratie erwiesen sich als Barrieren, die nicht rasch zu überwinden waren. Der Kalte Krieg, als akute Bedrohung der Sowjetunion und ihres Imperiums wahrgenommen, bewog ebenfalls, Risiken im Inneren zu vermeiden.

Für die DDR bestand ein kompliziertes Bedingungsgefüge. Sie war einerseits vom Streben der BRD bedroht, die Wiedervereinigung auf Grundlage des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsmodells herbeizuführen, andererseits politisch und ökonomisch von der UdSSR abhängig und in ihrem Spielraum eingeengt. Walter Ulbricht, die in der SED-Führung dominierende Persönlichkeit, hielt an der Stalinschen Interpretation der Diktatur des Proletariats fest. Die Erschütterung ihrer Macht hatte die Parteiführung 1953 darin bestärkt, die politische Festigung der DDR nicht durch eine demokratische Öffnung, sondern durch die Ausformung der etablierten Ordnung herbeizuführen. Für die SED gab es also mehr als einen Grund, in der Gefolgschaft der KPdSU zu verharren.

Zunächst auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 den Delegierten vorgetragen, dann in Kurzfassungen auch der Parteimitgliedschaft zur Kenntnis gebracht, löste der Geheimbericht Chruschtschows anfänglich Bestürzung aus – und auch Ablehnung bei vielen SED-Mitgliedern, die auf Stalin fixiert politisch aufgewachsen waren. Doch bestimmten tiefer lotende Fragen zunehmend die Diskussion: Wie es zu einer solchen "Deformierung" in der KPdSU hätte kommen können, wie sich die Führer der KPD im sowjetischen Exil zu den Repressalien – auch in den eigenen Reihen! – verhalten hätten, ob es nicht auch in der DDR Personenkult und Restriktionen gebe und welche Schlussfolgerungen die SED ziehen wolle.

Nach und nach konzentrierte sich die Kritik auf Walter Ulbricht, der als Stalins Vollstrecker in der DDR gesehen wurde, und drang zu Grundfragen des innerparteilichen Lebens, zu "demokratischem Zentralismus" und "Parteidisziplin" vor. In der Bevölkerung verstärkten sich die Forderungen nach Demokratisierung und die Kritik an der Medienpolitik. Unter Hinweis auf Vorgänge in anderen sozialistischen Staaten wurden vor allem von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern sowie in der Studentenschaft Ansprüche auf Meinungs- und Informationsfreiheit und auf Öffentlichkeit ohne Gängelung und Bevormundung laut. Im Zentralkomitee und auch im Politbüro verstärkte sich die Kritik an mangelhafter Kollektivität der Leitung, verursacht durch Walter Ulbrichts Führungsstil, seine Selbstherrlichkeit und Eigenmächtigkeit. Einige Mitglieder der Parteiführung – namentlich Fred Oelßner, Karl Schirdewan, Fritz Selbmann, Paul Wandel, Gerhart Ziller – waren bestrebt, mehr innerparteiliche Demokratie, mehr Offenheit und größere Nähe zum Volk herbeizuführen.

Die Behauptung, in der DDR habe es weder Personenkult noch ungerechtfertigte Repressalien gegeben, sodass sich aus dem XX. Parteitag in dieser Hinsicht keine Schlussfolgerungen ergäben, konnte Ulbricht nicht lange aufrechterhalten. Bald schwenkte die Parteiführung auf Ablenkungsmanöver und Teilkonzessionen ein. Unter den Losungen "Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht" und "Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie" wurde die Arbeitsweise der örtlichen Staatsorgane verbessert. Es kam zur Rehabilitierung von Opfern der Stalinschen Repressionen. Viele Personen, die in den Vorjahren bezichtigt worden waren, Agenten und Saboteure zu sein, entließ man aus den Strafanstalten. In den Gesellschaftswissenschaften wurden einige Dogmen Stalins aufgegeben, so die Doktrin von der permanenten Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus. Die Führung bekannte sich zu Meinungsfreiheit und kritischem wissenschaftlichen Meinungsstreit, behielt sich allerdings deren Begrenzung vor. Die Rückbesinnung auf die "Mannigfaltigkeit der Wege zum Sozialismus" vergrößerte den politischen Spielraum – immer auf dem Boden des gültigen Sozialismusmodells.

Vielen Intellektuellen genügte das nicht. Zentren der Kritik an der SED-Führung entstanden in Hochschulen – insbesondere in Berlin, Halle, Leipzig, Jena und Weimar. In Berlin fanden sich etwa 35 Personen, überwiegend Schriftsteller und Künstler, im "Donnerstagskreis" zusammen. Sie wollten ein von Parteien unabhängiges legales und öffentliches Forum für den Gedankenaustausch über

Schritte zu einer "besseren DDR" schaffen. Die Sicherheitsorgane sahen darin eine Nachahmung des ungarischen "Petöfi-Klubs" – für sie ein ideologischer "Hort der Konterrevolution".

Die einzige Gruppierung, die unter dem Einfluss des XX. Parteitages zu einem systemtranszendenten politischen Konzept fand, sammelte sich um den Leiter des Aufbau-Verlages Walter Janka und den Philosophen Wolfgang Harich, der dieses Konzept zu Papier brachte. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Orientierung auf eine "zukünftige sozialistische Umgestaltung Gesamtdeutschlands". Die Anziehungskraft und das Vorbild der DDR sollten die "fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte" mobilisieren und die Massenbasis verbreitern. Für eine solche "gesamtnationale Zielsetzung des Sozialismus" sah Harich in der DDR jedoch keineswegs "ein begeisterndes Beispiel". Die SED müsse "tiefgreifende umfassende Selbstkritik" üben und einen "Personalwechsel in der Führung" vornehmen. Es müssten Reformen durchgeführt werden, "die den besonderen deutschen Bedingungen maximal angepasst" wären. Mit deutlichen Unterschieden zum sowjetischen Typus müssten die "besonderen deutschen Formen des Sozialismus" gefunden werden. Harich hielt es für erforderlich, Wirtschaftsreformen "etwa nach dem jugoslawischen Beispiel" und unter Auswertung auch anarcho-syndikalistischer Literatur durchzuführen, die Industrie zu dezentralisieren, die Eigenverantwortung der Betriebe zu erweitern, den kapitalistischen Elementen in der Wirtschaft breiteren Raum zu geben. Die Mittel der politischen Meinungsbildung sollten in der Hand der Partei bleiben, aber in Wissenschaft, Kunst und Literatur habe sie jede "autoritäre Intervention" zu unterlassen. Auch den Justiz- und Sicherheitsapparat wollte Harich der Partei unterordnen, doch die Strafprozessordnung an den "Traditionen fortschrittlicher Rechtspflege in den Staaten des Westens" ausrichten.

Harich stellte die Macht der Partei nicht in Frage. Mit den Forderungen nach Demokratisierung innerhalb der Partei, nach ihrer personellen Erneuerung und mit dem Projekt eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus durchbrach er allerdings das sowjetische Gesellschaftsmodell – zwar punktuell, doch in einem solchen Maße, dass sich die Perspektive eines demokratischen Sozialismus eröffnete. Doch die Gruppe um Harich und Janka hatte faktisch keine Chance, ihre Pläne auch nur ansatzweise zu realisieren. Sie verfügte weder über die Organisation noch über die Mittel dazu und suchte Hilfe bei der KPdSU. Deren Führung hielt jedoch an Ulbricht fest und ließ ihm freie Hand.

Während in den meisten sozialistischen Staaten die Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Vorrang gegenüber substanziellen Veränderungen erlangte, wurden in Polen und Ungarn die Hoffnungen und Bestrebungen immer stärker, echte demokratische Veränderungen durchzusetzen. Zudem gab es Spannungen, die sich auch in der DDR in sozialpolitischen Forderungen und Arbeitsniederlegungen äußerten und die Situation zunehmend verschärfen. Im Herbst 1956 brach die – nach 1953 – zweite Entstalinisierungskrise aus. In Polen stabilisierte sich die Situation mit der Übernahme der Parteiführung durch Wladyslaw Gomulka, der als jahrelang inhaftierter "Nationalist" große Autorität besaß. Doch in Ungarn eskalierte eine studentische Solidaritätsdemonstration für Polen zum bewaffneten Volksaufbruch mit antikommunistischen Exzessen. Der im Vorjahr aus der Partei ausgeschlossene Imre Nagy trat an die Spitze der Regierung. Es gelang ihm jedoch nicht, die Situation unter Kontrolle zu nehmen. Als er am 30. Oktober den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt verkündete, entschied sich die sowjetische Führung zur militärischen Intervention und warf die Erhebung im November blutig nieder. Sie befürchtete einen Einbruch des Westens in ihren Machtbereich mit unmittelbaren Auswirkungen auf die eigene Sicherheit. Zur Verunsicherung trug auch die im Sommer 1956 ausgebrochene Suezkrise bei, zumal sie sich im Oktober/November zum Überfall Großbritanniens, Frankreichs und Israels auf Ägypten auswuchs.

In der DDR gab die Partei- und Staatsführung nunmehr die Losung aus "Sichert den Frieden im Innern und nach außen!" und ging mit aller Härte gegen vermeintliche Gegner vor. Mit der Kriminalisierung der Harich-Janka-Gruppe und den hohen Zuchthausstrafen für ihre Protagonisten sollten vor allem Intellektuelle gewarnt und eingeschüchert werden. Gemaßregelt wurden angesehene Wissenschaftler und Künstler, darunter die Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary, deren Buch über eine Wirtschaftsreform in der DDR nicht ausgeliefert wurde, der Philosoph Ernst Bloch, der Schriftsteller Erich Loest sowie Mitarbeiter des Aufbau-Verlages und der Wochenzeitung "Sonntag". Die auf Anweisung Ulbrichts nach dem Harich-Prozess ausgearbeitete "Analyse der Feindtätigkeit" in der Intelligenz verdächtigte viele namhafte Intellektuelle, überwiegend Mitglieder der SED, einer als Kampf gegen den Stalinismus getarnten Mitwirkung an der ideologischen Diversion des Gegners.

Beginnend mit der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 setzte sich Ulbricht auch gegen seine Kritiker in der Parteiführung durch. Der V. Parteitag im Juli 1958

besiegelte das Scheitern von Oelßner, Schirdewan, Wollweber u.a. Alle waren aus dem Zentralkomitee ausgeschieden, Gerhart Ziller dem Parteiverfahren mit seinem Freitod zuvorgekommen. Mit der Losung "Der Sozialismus siegt!" bekräftigte der Parteitag die Entschlossenheit, am sowjetischen Grundmodell festzuhalten.

Der XXII. KPdSU-Parteitag im Oktober 1961 gab der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus einen neuen Anstoß, der um so stärker war, als sie sich fortan auf Diskussionsbeiträge beziehen konnte, die alle veröffentlicht wurden. Im "Neuen Deutschland" und vollständig in der "Presse der Sowjetunion" konnte 1961 jedermann vieles nachlesen, was den nur mündlich übermittelten und mehr oder minder allgemein gehaltenen Parteiinformationen über Chruschtschows Rede vom Februar 1956 nicht zu entnehmen gewesen war. Allerdings fand in der SED diesmal keine solche Diskussion statt, wie es sie 1956 gegeben hatte. Zum Verständnis von "Stalinismus als System" gelangte auch 1961 weder die KPdSU, noch eine der auf Moskau orientierten Parteien. Nach der Ablösung Chruschtschows durch L. I. Breschnew im Oktober 1964 war selbst der Personenkult kein Thema mehr.

Erst Michail Gorbatschow, im März 1985 an die Spitze der KPdSU gelangt, sprach am 70. Jahrestag der Oktoberrevolution wieder von den "Massenrepressalien" der 30er Jahre, von der "Schuld Stalins und seiner engsten Vertrauten" und stellte fest: Die "Wiederherstellung der Gerechtigkeit" wurde nach dem XX. Parteitag "nicht zu Ende geführt und Mitte der 60er Jahre praktisch eingestellt". In einer gleichzeitig veröffentlichten "Handreichung für den Lehrgang Geschichte der KPdSU" erklärte hingegen die SED: "Die großartige Bilanz des Vormarsches der UdSSR in den zwanziger und dreißiger Jahren" werde "nicht durch die tragischen Ereignisse am Ende der dreißiger Jahre beeinträchtigt", in denen es zu "ungerechtfertigten Maßnahmen und Gesetzesverletzungen seitens J. W. Stalin kam. Die KPdSU erwies sich stets als fähig, die dem Sozialismus fremden Erscheinungen zu überwinden". – Dass hier nicht nur Geschichtsbilder divergierten, sondern politische Konzepte wurde spätestens 1988 offenkundig.

Die XIX. Parteikonferenz der KPdSU 1988 beschloss, die Partei werde "niemals mehr eine Wiederholung dessen zulassen, was mit den Perioden des Personenkults und der Stagnation in Verbindung steht, die tiefe Deformationen in der sozialistischen Gesellschaft hervorriefen, deren Entwicklung für ganze Jahrzehnte aufhielten und zu gewaltigen menschlichen Opfern sowie ungezählten moralischen und ideellen Verlusten führten". Noch

deutlicher wurde die in Auflösung begriffene sowjetische Gesellschaftsordnung im ZK-Bericht an den XXVIII. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 als "Variante des stalinistischen autoritär-bürokratischen Systems" charakterisiert. Als wichtigste Anliegen der "Perestroika" beschrieb Gorbatschow die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie, die Abgrenzung der Funktionen von Partei- und Staatsorganen, die Herausbildung eines sozialistischen Rechtsstaats, die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und die Aktivierung des intellektuellen Potentials der Gesellschaft.

Die Kennzeichnung "stalinistisch" wurde auch in der DDR zur "negativ identitätsstiftenden Bezugs- und Orientierungskategorie". Was nicht zuletzt ein großer Teil der SED-Mitgliedschaft für die DDR erstrebte und zu fordern begann, war durch "Glasnost" und "Perestroika" quasi sanktioniert – jedenfalls nach dem bis dahin gültigen Verständnis der Vorbild- und Führungsrolle der KPdSU. Die Honecker-Führung versuchte nun, sich mit dem Gleichnis Kurt Hagers vom nicht erforderlichen Tapetenwechsel von der KPdSU zu distanzieren. Ab 1988 reduzierte sie die Veröffentlichung von Übersetzungen einschlägiger Texte aus dem Russischen, verbot den Vertrieb der auch in Deutsch erscheinenden sowjetischen Zeitschrift "Sputnik", und entgegen altem Brauch wurden UdSSR und KPdSU in den Losungen zum 1. Mai 1989 nicht mehr erwähnt.

Der Außerordentliche Parteitag vom Dezember 1989, den die revoltierende Mitgliedschaft der SED erzwungen hatte, war von der Erkenntnis bestimmt: "Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus". Der Bericht über den ersten Beratungstag machte diesen Bruch öffentlich und bezeichnete als Ziel den demokratischen Sozialismus "jenseits von stalinistischem Pseudosozialismus und Herrschaft des Profits". Die Absage an stalinistische Herrschaftspraktiken und jenes Gesellschaftsmodell wurde und blieb bestimmend für Statut und Programm der PDS.

II.

Der Begriff Stalinismus wird in der Linkspartei.PDS vornehmlich politisch gebraucht. Seine historische Rolle und gegenwärtigen ideologischen Funktionen sind umstritten. Das hat hauptsächlich zwei Gründe.

Zum einen sind sie in der politischen Vergangenheit vieler älterer Mitglieder zu suchen, die mit dem Stalin-Kult ideologisch "aufwuchsen" und die stalinistisch geprägte SED mehr oder weniger als die gebotene Gestalt einer wirklich sozialistischen Partei ansahen. Der ideologische Kanon des Marxismus-Leninismus als orientierende Dogmatik, ein

feststehendes Sozialismusbild mit klaren Kriterien, die Parteauffassung (Partei neuen Typs) und die politische Praxis der Führungsrolle der SED – sie schienen angesichts des rasanten Aufstiegs der UdSSR und ihrer herausragenden Rolle im Zweiten Weltkrieg "gesetzmäßig" begründet zu sein und ein adäquates politisch-ideologisches Denken und Handeln zu verlangen. Die diffamierende pauschale Verwendung des Begriffes durch politische Gegner gegen alles, was in Geschichte und Gegenwart linkssozialistisch auftritt, provozierte überdies Abwehrreaktionen.

Zum anderen: Hinter dem alltäglichen politischen Gebrauch von "Stalinismus" verschwindet, dass er zugleich ein wissenschaftlicher Begriff ist, eine Kategorie der Politik- und der Geschichtswissenschaft. Mit dem Aufstieg Stalins an die Spitze der KPdSU bedeutete "Stalinist" anfangs subjektiv allein ein Glaubensbekenntnis zu einer politischen Linie; doch dies wurde in dem Maße, wie Stalin seine Sozialismusvision umsetzte und sein Terrorregime ausbaute, zum universellen Kampfbegriff seiner politischen Gegner. Dies insbesondere seit den Moskauer Schauprozessen und den Massenrepressalien der 30er Jahre. Diese negative Verwendung gewann nach dem XX. Parteitag noch an Boden. Ihre Dominanz zog zugleich nach sich, dass es innerhalb der kommunistischen Bewegung, in der SED wie in anderen regierenden sozialistischen Parteien, ausdrücklich verpönt war und auch emotional abgelehnt wurde, von "Stalinismus" zu sprechen.

In die Wissenschaft ging diese Bezeichnung praktisch erst nach 1945 ein, obwohl die wissenschaftliche Analyse der Sowjetunion in den 20er Jahre eingesetzt und in den 30er Jahren vor allem Trotzki mit scharfsinnigen polemischen Analysen vorgearbeitet hatte. Wissenschaftlich stellt Stalinismus eine Kategorie der Systemanalyse dar, die zur Typisierung und Klassifizierung von Staat und Gesellschaft der UdSSR in allen Dimensionen beitragen soll. Dabei stehen Aspekte der Macht und Herrschaft, ihrer Organisation, die Instrumentarien der politischen Ordnung, des Wirtschafts- und geistigen Lebens – hier insbesondere der Ideologie – im Mittelpunkt. Wie der Faschismus diente das sowjetische Modell in seinen entscheidenden Herrschaftsaspekten seit den 30er Jahren den Totalitarismustheoretikern als "Material"; die strukturelle Analyse ignorierte vollkommen die fundamentalen sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gegensätze zwischen beiden Ordnungen.

"Stalinismus" ist im wissenschaftlichen Gebrauch originär kein Kampfbegriff, er wird erst zu einem solchen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse politisch instrumentalisiert und missbraucht werden.

So wird der Umgang mit "Stalinismus" im Alltag zu einer Gratwanderung, die man nur bestehen kann, wenn nicht leichtthin und unbedacht, sondern in Kenntnis seines konkreten, substanziellen Inhalts sowie des Objekts mit ihm umgegangen wird. Dies ist deshalb sehr schwierig, weil "Stalinismus" im wissenschaftlichen wie politischen Bereich für eine zusammenfassende Charakteristik aller typischen Phänomene der Stalinschen Machtausübung steht. Aus "Stalinisten" wurde "Stalinismus" als ein komplexes System der Machtausübung und Gesellschaftsgestaltung. "Stalinismus" assoziiert zugleich wissenschaftlich wie politisch Denk- und Verhaltensweisen aus dem Arsenal einer kommunistischen Partei dieser Art. Es ist allerdings nicht zu ignorieren, dass manche Verhaltensweisen, die als "stalinistisch" angeprangert werden, zum allgemeinen Repertoire politischen Handelns gehören. Deshalb wird es stets darauf ankommen, zu welchem Zweck dieser Begriff benutzt wird.

Doch unabhängig davon wird "Stalinismus" nach wie vor in einer engeren und einer weiter gefassten Auslegung verwendet: entweder ausschließlich für die Geschichte der UdSSR während der Machtausübung Stalins, oder übergreifend für alle sozialistisch orientierten Staaten, Parteien und politischen Bewegungen, die substanziell seine Merkmale erfüllen. Diese Fragestellung trat ansatzweise bereits mit der "Bolschewisierung" kommunistischer Parteien anderer Länder im Laufe der 20er Jahre auf, als diese, eingebunden in die Kommunistische Internationale, an der Parteauffassung der Bolschewiki ausgerichtet wurden. Aber erst nach 1945, als die Sowjetunion in Osteuropa ein System von ihr abhängiger Staaten und Parteien schuf, stellte sich das Problem ernsthaft. Alle diese Länder (anfangs auch Jugoslawien) übernahmen in den Grundzügen das Sozialismus-, Gesellschafts- und Parteiverständnis, das unter der Führung Stalins in der UdSSR praktiziert wurde. Der XX. Parteitag der KPdSU nahm daran nur Modifikationen vor: Er wählte einen Weg ohne Stalin und die brutalsten, unverhüllt terroristischen Elemente seiner Herrschaft, aber mit dem von ihm geprägten und kanonisierten Marxismus-Leninismus, der in die Rolle einer wissenschaftlich verbrämten Glaubens- und Erlösungslehre geraten war, und mit den spezifischen Mechanismen des Stalinschen politischen Systems.

Es liegt nahe, "Stalinismus" als ein solches System zu sehen und nicht auf die persönliche Diktatur eines einzelnen Menschen einzugrenzen. Stalin stützte sich auf einen Stab ihm ergebener Funktionäre, dem eine ganze Schicht, in gewissem Sinne eine "neue Klasse", diente. Sie betrieb ein von ihr

mit aufgebautes autoritäres, bürokratisches und zentralistisches System, das Stalins Tod überlebte. Dieses System garantierte die unantastbare "führende Rolle der Partei" mit ihrem Machtmonopol, den Ausschluss der politischen Mitwirkung des Volkes mittels des "demokratischen Zentralismus", die Knebelung der Meinungsfreiheit und Unterdrückung einer kritischen politischen Öffentlichkeit.

Inzwischen wird bezweifelt, ob die stalinistische UdSSR überhaupt ein sozialistischer Staat war, vergleicht man sie mit dem humanistischen und demokratischen Geist der Auffassungen von Marx und Engels. Die Emanzipation des Individuums und die Aufhebung der Entfremdung waren ausgeblieben – an ihre Stelle die Sucht nach der umfassenden Kontrolle des Bürgers getreten. Die Idee der Räte war zur Vergötzung des Staates entartet. Der Stalinkult widersprach der Einstellung von Marx und Engels zur Rolle der Persönlichkeit. Voluntarismus und Subjektivismus des "Führers" – wie Stalin sich nennen ließ – nahmen die Stelle wissenschaftlich ausgearbeiteter Strategie ein. Stalin konnte an Elemente des Leninschen Werkes anknüpfen, verballhornte sie jedoch, verallgemeinerte widersinnig Maßnahmen aus dem Bürgerkrieg, brach mit Lenins Strategie eines langen Weges zum Sozialismus und ignorierte dessen Sorgen, es könnte zur Bürokratisierung der Parteiherrschaft und zur Aushöhlung der Räteidee kommen.

Der Stalinismus war kein unvermeidliches Resultat der Geschichte. In ihm verknüpften sich objektive und subjektive Faktoren in einer Weise, die nicht wiederholbar sein wird. Er zeigte nicht den einzig gangbaren Weg zum "Sieg des Sozialismus" in der UdSSR, auch nicht die einzige mögliche "Übergangsperiode" für andere Länder. Der Bolschewismus, aus dem er sich speiste, trug das Erbe russischer Geschichte mit all ihren Belastungen in sich. Er passte sich diesen Bedingungen an und versuchte, in einem rückständigen Lande den Weg zum Sozialismus zu finden. Der Bürgerkrieg und die Existenz als einziger sozialistischer Staat in einer feindlichen Umwelt konnten eine militärrartige Organisation und Disziplin der Partei sowie eine straffe zentralisierte Führung rechtfertigen. Erst der Versuch, die Entwicklung zu "beschleunigen", in kürzester Zeit das Land zu industrialisieren und die Landwirtschaft zu kollektivieren, was mit einer späten "ursprünglichen Akkumulation" eine gigantische soziale Umwälzung nach sich zog, erzeugte den Handlungsdruck und die Vorstellungen, die die Person Stalin wirksam werden ließen. Der Massenterror sollte nicht nur Partei und Gesellschaft durch Schrecken stabil halten, sondern zugleich die soziale Umwälzung durch die Reduzierung oder Ver-

nichtung "feindlicher" Schichten wie der Kulaken vorantreiben – eben eine "Säuberung" der Gesellschaft von Millionen Menschen. Die mangelhafte Wirkung einer solchen politischen Praxis potenzierte wiederum den Vernichtungswahn.

Die Verallgemeinerung der Erfahrungen der russischen Revolution, des Weges der UdSSR zu allgemeinen "Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus" und zum Grundmodell des Sozialismus bot den entstehenden sozialistischen Staaten Europas zunächst hilfreiche, vielleicht auch notwendige Orientierungen. Sie führte sie jedoch auf einen Weg, der den Widerspruch zwischen dem Ziel "Sozialismus" und den Mitteln dazu unter den veränderten Bedingungen zwar zeitweise mindern, doch nicht aufheben konnte. Die SED bemühte sich am Ende nur noch um die Bewahrung und Reparatur des bestehenden, "Realsozialismus" genannten, doch an die Grundprinzipien des Stalinismus gebundenen Systems.

Das Scheitern des ersten weltgeschichtlichen Anlaufs zum Sozialismus wies den Stalinismus in all seinen Varianten als eine selbsterstörerische und sozialismusfeindliche Ideologie und politische Praxis mit verheerenden Folgen für die Gesellschaft und die Lebenswirklichkeit der Bürger aus. Er erzeugte eine Parteimentalität und Denkweisen, die vom Glauben an den Sozialismus in der Überzeugung getragen waren, eine historische Mission zu erfüllen – über allem stehend und jedes Opfer, auch die Selbstaufgabe rechtfertigend, wie es die Moskauer Prozesse der 30er Jahre bezeugten: die Bereitschaft, trotz des Wissens darum, das einem Unrecht widerfuhr, sich der Partei zu opfern, damit diese das "große Werk" irgendwann vollenden könne.

Den Stalinismus trug mit einer Marx und Engels widersprechenden deterministischen Geschichtsauffassung eine Ideologie, die ihren Selbstwiderspruch zwischen Prophezeiung und realem politischen Prozess niemals auflöste. Das von allgemeinen Prämissen ausgehende Sozialismusbild unterlag nicht einer kontinuierlichen Anpassung an eine sich verändernde Welt und verlor zusehends seine visionäre Kraft und gesellschaftliche Leitfunktion. Die politische Diktatur, ausgeübt von der Führung einer Partei, die zentralistisch-bürokratische Verwaltung der Gesellschaft, die Unterdrückung kritischen und eigenständig konstruktiven Denkens jenseits des von der Führung fixierten – dies und viele andere Restriktionen und Grenzziehungen individueller Entfaltung ließen den Realsozialismus letzten Endes als eine Gesellschaftsform erscheinen, die mit dem emanzipatorischen, freiheitlichen und humanistischen Wesen der Sozialismusidee

nur noch abstrakt und propagandistisch, nichts aber mehr real zu schaffen hatte.

Der Stalinismus schuf eine Gesellschaft ohne historische Perspektive, weil er mit der politischen und geistigen Entmündigung der Bürger keine selbsttragenden Triebkräfte seiner Entwicklung hervorbrachte, sondern sie organisieren musste und ihr damit die Fremdbestimmung seiner Bürger zugrunde legte. Diese zu überwinden ist jedoch das Anliegen der sozialistischen Idee, nur auf dieser Basis kann die Befreiung des Menschen aus seiner Unmündigkeit Wirklichkeit werden.

Berlin, Februar 2006

Die vorliegende Erklärung wurde im Auftrag der Historischen Kommission von Ernst Wurl unter Mitwirkung von Jochen Cerný verfasst.

Menschenrechte gelten universell

Die Situation auf Kuba differenziert betrachten, den Menschenrechtsdialog mit den Kubanerinnen und Kubanern und nicht gegen sie führen. Michael Leutert in der Debatte zu Anträgen von Grünen und FDP zur Menschenrechtssituation in Kuba am 16. März 2006 im Bundestag

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst: Ich freue mich sehr, dass die Linke im Bundestag Platz genommen hat und ich die Möglichkeit habe, hier einen alternativen Standpunkt darzulegen. Lassen Sie mich, damit keine Missverständnisse aufkommen, gleich am Anfang sagen: Auch die Linke weiß sehr wohl, dass es in Kuba zu Verletzungen von Menschenrechten kommt. (Zuruf von der FDP: Aha!) Im Unterschied zu Ihnen haben wir mit den Kubanerinnen und Kubanern aber sehr oft darüber gesprochen. Das Problem bei dieser Debatte ist doch, dass es Ihnen – das haben Ihre Debattenbeiträge gezeigt – überhaupt nicht um die Menschenrechte und die Menschen in Kuba geht. Sie haben lediglich das Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament und die Debatte in unserer Partei dazu beobachtet. (Patrick Döring [FDP]: Das stimmt nicht!) Jetzt glauben Sie, unsere Fraktion mit solchen Anträgen hier vorführen zu können. (Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ihren Zurufen haben Sie sich selbst vorgeführt!) Herr Beck, es gab Zeiten, als Ihre Partei die Menschenrechte ernst genommen hat. Ich denke aber, dass diese Zeiten, seit Sie ernsthaft meinten, die Menschenrechte im Kosovo mit Bomben auf Belgrad verteidigen zu müssen, vorbei sind. (Beifall bei der LINKEN) Sie haben unter dem Deckmantel der Menschenrechte einen Krieg mit angezettelt, der Tausende von unschuldigen Opfern gefordert

hat. Das ist ein rein instrumentelles Verhältnis zu Menschenrechten. Ein solches Verhältnis lehnen wir ab – das ist bezeichnend –; denn das ist unerträglich. (Beifall bei der LINKEN – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Was im Kosovo los war, haben Sie nicht gemerkt, oder?) Vizepräsident Wolfgang Thierse: Kollege Leutert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Beck? Michael Leutert (DIE LINKE): Na klar. Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Finden Sie, dass der Besuch von Herrn Gysi bei Herrn Milošević; die angemessene Antwort auf die Menschenrechtssituation im ehemaligen Jugoslawien war? (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP) Michael Leutert (DIE LINKE): Ja, Herr Beck, weil wir auf Dialog setzen, um die Menschenrechtssituation zu verbessern. Hören Sie einfach weiter zu. Dazu komme ich noch. (Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Punkt eins: Die erste Forderung bei Menschenrechten ist, dass sie überall gleich gelten sollen. Punkt zwei: Menschenrechtsverletzungen sollen überall da, wo sie stattfinden, gleichermaßen gerügt werden. In Bezug auf Saudi-Arabien oder die Volksrepublik China stelle ich einen völlig anderen Umgang als bei Kuba fest. (Beifall bei der LINKEN) Dort wird über ökonomische Beziehungen und über Gespräche versucht, schrittweise eine Verbesserung der Menschenrechte zu erreichen, was ich begrüße. Aber warum gehen Sie diesen Weg bei Kuba nicht? Das ist meine Frage. (Beifall bei Abgeordneten der LINKEN) Es gibt zum Beispiel einen Dialog über die Menschenrechte mit China. Kuba ist auch mit den ehemals sozialistischen Staaten in Osteuropa nicht vergleichbar. (Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Aha!) In Kuba hat es eine Revolution gegen den absolut korrupten Diktator Batista gegeben. (Christoph Strässer [SPD]: Das ist richtig!) Das haben die USA bis heute nicht verkräftet. In Havanna gibt es keine offizielle Botschaft der USA. Aber es gab sehr wohl immer eine Botschaft der USA während des Pinochet-Regimes in Chile und unter dem Faschisten Franco in Spanien. (Christoph Strässer [SPD]: Nur, die sind doch weg!) Dort gab es offensichtlich nie Probleme. (Beifall bei der LINKEN) Von Anfang an haben die USA ein Embargo über Kuba verhängt. Firmen werden Sanktionen angedroht, wenn sie Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba unterhalten. Bekannt ist ebenso, dass die USA nicht bloß bereit dazu waren, sondern die Invasion in der Schweinebucht tatsächlich durchgeführt haben. Bekannt dürfte auch Ihnen sein, dass der demokratisch gewählte Präsident von Chile, Salvador Allende, in einem reaktionären Militärputsch gestürzt wurde, der von den USA und ihrem Geheimdienst CIA

unterstützt wurde. (Vorsitz: Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt) Ich möchte, dass zur Kenntnis genommen wird, dass sich die Politik unter genau diesen Umständen in Kuba entwickelt hat. Diese Politik in Kuba hat verschiedene Seiten und ist differenziert zu bewerten. Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Toncar von der FDP-Fraktion? Michael Leutert (DIE LINKE): Wenn das nicht von meiner Redezeit abgeht, ja. Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Nein, das geht es nicht. Florian Toncar (FDP): Die Frage ist kurz. Wie ist die Haltung der Linkspartei zu den beiden vorgelegten Anträgen? (Zuruf von der LINKEN: Sie können doch wenigstens die Rede abwarten!) Michael Leutert (DIE LINKE): Hören Sie zu, ich komme gleich darauf zu sprechen. Ich komme jetzt zu der Differenzierung. In Kuba gibt es im Bildungs- und Gesundheitswesen Standards, wie man sie in keinem anderen südamerikanischen Land findet. Kuba hat Standards erreicht, die sich mit europäischen Standards messen lassen können. Ich darf auch an Folgendes erinnern: In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird in Art. 22 die soziale Sicherheit garantiert. Das sollte man auch in Deutschland immer wieder erwähnen. (Beifall bei der LINKEN) Ferner wird in Art. 26 das Recht auf Bildung festgeschrieben. (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen soll man seine Meinung nicht sagen dürfen! Sie reden das Land schön, Herr Kollege, und zwar in unerträglicher Art und Weise!) Es geht um etwas anderes. Von solchen Leistungen und Zusammenhängen ist in Ihren Anträgen niemals die Rede gewesen. Solange so etwas nicht differenziert betrachtet wird, kann meine Fraktion einem solchen Antrag niemals zustimmen. (Beifall bei der LINKEN – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Quark!) Auch wir sind nicht einseitig. Wir sagen sehr wohl, dass Kuba bei der Einschätzung seiner Sicherheitslage einige falsche Schlussfolgerungen gezogen hat. Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Herr Kollege, denken Sie an Ihre Redezeit. Sie geht zu Ende. Michael Leutert (DIE LINKE): Ich bin gleich fertig. Ich habe sie so oft unterbrochen. Daher bitte ich jetzt um Nachsicht. Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Das wird nicht angerechnet. Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Trittin, die Sie dann allerdings beantworten müssen? Michael Leutert (DIE LINKE): Ich komme zum Ende. (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er ist am Ende!) Wir haben von Anfang an die Todesstrafe nicht nur in Kuba kritisiert, sondern auch in den USA, in China und anderen Ländern. (Beifall bei der LINKEN) Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt: Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit überschritten. Michael Leutert

(DIE LINKE): Wir aber führen diesen Dialog gemeinsam mit den Kubanerinnen und Kubanern. Ich muss jetzt leider meine Rede beenden. Ich hätte für Sie noch einige Argumente parat. Aber Sie können meine Rede gerne ausgehändigt bekommen. Danke. (Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Für die unbeschränkte Geltung der Menschenrechte in Deutschland

Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Kersten Naumann, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE, 6. April 2006

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In Deutschland lebt eine Vielzahl von Menschen (Schätzungen gehen bis zu einer Million), deren grundlegende Menschenrechte nicht gewahrt sind, weil sie stets fürchten müssen, festgenommen, inhaftiert und abgeschoben zu werden. Dabei geht es um das Recht auf (Schul-)Bildung, auf Achtung des Privatlebens, auf medizinische Versorgung, auf eine gerechte Entlohnung der Arbeit sowie auf körperliche Unversehrtheit und Freiheit. Die Ursache des Problems liegt darin, dass die Betroffenen nicht über einen Aufenthaltstitel verfügen können und dass öffentliche Stellen gesetzlich dazu verpflichtet sind, Menschen ohne Aufenthaltstitel unverzüglich der zuständigen Ausländerbehörde zu melden (§ 87 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG), die wiederum die Abschiebung der Betroffenen betreibt.

2. Die Gründe dafür, dass Menschen ohne eine behördliche Erlaubnis in Deutschland leben, sind vielfältig. Nicht selten hängen sie mit der restriktiven Rechtslage und Behördenpraxis in der Asyl- und Ausländerpolitik zusammen:

Familiäre Bindungen werden nur unter bestimmten (engen) Voraussetzungen als Bleiberechtsgrund anerkannt, so dass Verwandte ohne staatliche Erlaubnis nach Deutschland kommen oder hier verbleiben (Stichworte: Beschränkung auf „Kernfamilie“, Forderung von Einkommens- und Wohnungsnachweisen usw.).

Nur bestimmte Fluchtgründe werden nach dem Gesetz bzw. in der Rechtsprechung als "asylrelevant" angesehen (bis 2005 wurden z. B. nicht-staatliche oder geschlechtsspezifische Verfolgungshandlungen als asyl-rechtlich irrelevant betrachtet; auch Kindersoldaten, Kriegsflüchtlinge und Deserteure haben z. B. kaum Anerkennungschancen). Zudem kommt es in der Praxis der Asylverfahren nicht selten zu Fehlentscheidungen. Menschen, die eine

begründete Furcht vor Verfolgung, Krieg oder eine existenzielle Notlage geltend machen, aber dennoch im Asylverfahren abgelehnt werden, verbleiben deshalb mitunter ohne behördliche Erlaubnis in Deutschland.

Pauschale Ausschlussregelungen, wie etwa die Drittstaatenregelung des Artikels 16a Abs. 2 des Grundgesetzes (GG), und die strikten Verteilungsvorschriften im deutschen Asyl- (§ 46 des Asylverfahrensgesetzes – AsylVfG) und Aufenthaltsrecht (§ 15a AufenthG) führen dazu, dass Betroffene auf ein reguläres Verfahren verzichten und stattdessen ohne behördliche Erlaubnis dort verbleiben, wo sie Kontakte haben oder aus anderen guten Gründen leben wollen.

Auch in der ausländerbehördlichen Praxis wird von Ermessensspielräumen zumeist nur restriktiv Gebrauch gemacht, obwohl die Betroffenen individuell gute und nachvollziehbare Gründe für ihren weiteren Aufenthalt vorbringen können (langjährig geduldete und faktisch integrierte Menschen, schwer traumatisierte Flüchtlinge, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, denen eine "Scheinehe" unterstellt oder denen das Zusammenleben im Ausland zugemutet wird, die die erforderlichen Papiere nicht rechtzeitig beibringen können usw.). Auch der Verlust des Aufenthaltsrechts oder eine Ausweisung können der Grund dafür sein, dass Menschen ohne behördliche Erlaubnis weiter in Deutschland verbleiben.

Frauen, die nach Deutschland verschleppt und zur Prostitution gezwungen werden, können sich unter Umständen nur deshalb nicht aus ihrer Zwangslage befreien, weil sie für den Fall, dass sie gegen ihre Peiniger aussagen, damit rechnen müssen, (früher oder später) abgeschoben zu werden. Manche Frauen ziehen deshalb den "illegalen" Aufenthalt einer bloßen Duldung für die Dauer eines belastenden Prozesses vor.

So genannte wirtschaftliche Gründe – die Suche nach einer Existenz sichernden Arbeit – berechtigen ohnehin nicht zur Einreise oder zum Aufenthalt in Deutschland, es sei denn, dies läge im „deutschen Interesse“. Das persönliche Interesse der Betroffenen zählt demgegenüber nichts. Diese legalen Bestimmungen können Migrationswillige jedoch nicht von ihrer Suche nach einem besseren Leben abhalten.

Dies sind nur einige der möglichen Gründe dafür, warum Menschen in Deutschland ohne Papiere ("sans papiers") leben (müssen). Sie illustrieren, dass das in der Öffentlichkeit verbreitete, Angst erregende Zerrbild über illegalisierte Menschen nicht zutrifft. Menschen ohne Papiere verhalten sich sogar zumeist weitaus unauffälliger und gesetz-

treuer (von dem "Gesetzesbruch" ihres unerlaubten Aufenthalts einmal abgesehen) als die übrige Bevölkerung, zumal bereits eine einzige "Schwarzfahrt" oder eine Ampelüberquerung bei Rot für die Betroffenen das Ende ihres bisherigen Lebens und die gewaltsame Abschiebung bedeuten kann.

3. Das "Leben in der Illegalität" ist für die Betroffenen oft mit erheblichen psychischen Belastungen und existenziellen Einschränkungen verbunden. Bereits der Schulbesuch der Kinder, die Notfallbehandlung beim Arzt, die Klage beim Arbeitsgericht usw. können die Betroffenen vor unüberwindbare Probleme stellen. Auch auf die Hilfe des Rechtsstaates müssen sie aufgrund ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation grundsätzlich verzichten, selbst wenn sie Opfer eines Verbrechens oder diskriminierender Praktiken werden. Für Frauen bedeutet ein Leben ohne Aufenthaltsrecht unter Umständen zusätzlich, dass sie sexueller Belästigung und Gewalt weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Die Bewegungsfreiheit illegalisierter Menschen ist erheblich ein- geschränkt, da sie Kontrollen in der Öffentlichkeit fürchten müssen. Im Ergebnis leben diese Menschen in Deutschland mitunter in einem Zustand, der dem der mittelalterlichen "Vogelfreiheit" nicht unähnlich ist: Jede/Jeder könnte ihr Leben durch eine Anzeige bei der Polizei "zerstören".

4. Von demokratischen Rechten sind "heimliche" Menschen dauerhaft ausgeschlossen. Selbst zu ihrer Situation können sie sich nicht angemessen öffentlich äußern – und gerade das befördert dann wieder, dass die Probleme von Menschen ohne Papiere öffentlich nicht wahrgenommen werden. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit – was den meisten Bürgerinnen und Bürgern eine Selbstverständlichkeit ist, bleibt ihnen verwehrt. Nicht ein- mal die grundlegendsten Rechte können die Betroffenen in der Praxis für sich reklamieren. Nicht nur in menschenrechtlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf demokratische Rechte ist dies ein inakzeptabler Befund.

5. In Deutschland fehlt bislang entgegen den Forderungen breiter Kreise in der Gesellschaft (insbesondere der Kirchen) jegliche rechtliche Möglichkeit und politische Bereitschaft, die grundlegenden Rechte illegalisierter Menschen sicherzustellen. In anderen europäischen und nichteuropäischen Ländern gibt es zumindest Ansätze einer politischen Antwort auf die soziale Notlage der Betroffenen. So hat es in mehreren Ländern (z. B. Italien, Spanien, Portugal, Frankreich) diverse "Amnestieregelungen" gegeben, aufgrund derer Illegalisierten nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer oder unter anderen inhaltlichen Voraussetzungen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erteilt wurde. Zuletzt gewähr-

te Spanien mehr als 500 000 "sans papiers" ein Bleiberecht, wobei die spanische Regierung zur Begründung in den Vordergrund stellte, dass durch die Legalisierungsakte irreguläre in legale Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt würden und hierdurch das Steuereinkommen gesteigert würde.

6. Die Betroffenen können sich nicht gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und untragbare Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. Obwohl auch sie das Recht auf Auszahlung des Lohnes haben, fehlt ihnen die Handhabe, vorenthaltenen Lohn vor Arbeitsgerichten einzufordern. Sie werden somit zum Gegenstand menschenverachtenden Kalküls. Ob auf Baustellen, als Haushaltshilfe, in der Prostitution: Illegalisierte sind eine disponible Masse, deren Arbeitskraft ausgebeutet werden kann, ohne auf den Menschen in irgendeiner Art Rücksicht zu nehmen. Bei Aufdeckung solcher ausbeuterischer Verhältnisse droht den Opfern die Abschiebung, während die Täter kaum Konsequenzen zu fürchten haben. Nur wenn Meldepflichten von Arbeitsgerichten und Zoll entfallen, werden grundlegende und allgemeingültige Rechte im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen durchsetzbar. So kann auch der fehlenden Solidarität zwischen regulären Lohnarbeitenden und den Statuslosen entgegengewirkt werden. Sind Rechte auch für Letztere einklag- und durch- setzbar, werden sie nicht mehr im gleichen Maße als "unfaire" Konkurrenten um Arbeitsplätze wahrgenommen, was sich häufig mit rassistischen Ressentiments verbindet. Im Ergebnis würde die arbeitsrechtliche Gleichstellung von Statuslosen insbesondere die Abkehr von rassistischem Denken und die Solidarität der abhängig Beschäftigten befördern. Angesichts immer weiter steigenden Drucks auf die abhängig Beschäftigten, Abstriche bei Lohn- und Arbeitszeitregelungen hinzunehmen und auf Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung de facto zu verzichten, ist eine solche arbeitsrechtliche Gleichstellung also im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Der Grundsatz der Einforderung und Durchsetzung der Menschenrechte darf sich nicht als wohlfeile Forderung an andere Länder beschränken, sondern muss auch in Deutschland unabhängig vom Aufenthaltsstatus der Betroffenen gelten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Wahrung der grundlegenden Menschenrechte von Personen ohne Aufenthaltstitel in der Praxis sicherzustellen. Hier ist vordringlich die Meldepflicht nach § 87 Abs. 2 AufenthG und die Strafbarkeit der humanitären Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltstitel (§ 96 Abs. 1 AufenthG) aufzuheben. Den

Opfern von Zwangsarbeit, Zwangsprostitution und Menschenhandel ist Schutz und ein sicherer Aufenthaltsstatus einzuräumen;

2. den Umgang mit illegalisierten Menschen zu entkriminalisieren und die Debatte um sie nicht vorrangig unter polizeistaatlichen Gesichtspunkten, sondern orientiert an den Menschenrechten zu führen. Die humanitäre Hilfe für illegalisierte Menschen (im Zusammenhang mit der Einreise und des Aufenthalts) ist deshalb straffrei zu stellen. Auch der Aufenthalt und die Einreise ohne behördliche Erlaubnis als solche dürfen nicht als Straftat angesehen werden;

3. rechtliche und politische Legalisierungsoptionen zu eröffnen. Menschen, die in Deutschland leben, soll unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Interessen und humanitärer Erwägungen ein Aufenthaltsrecht gewährt werden können. Menschen, die bereits faktisch integriert sind, haben darüber hinaus auch ein Anrecht auf Bleiberecht und auf Achtung ihres Privatlebens in Deutschland (vgl. Artikel 8 EMRK). Politisch oder exekutiv begründete Legalisierungsakte können bei einer Vielzahl vergleichbarer Fälle geeignet sein, um den Menschenrechten zur Durchsetzung zu verhelfen und zum gesellschaftlichen Frieden beizutragen, wobei darauf zu achten ist, dass staatliche "Amnestieangebote" in der Praxis nicht dazu genutzt werden dürfen, um die Erfassung und Abschiebung der bis zur Antragstellung noch klandestinen Menschen vorzubereiten. Ergänzend sollte sichergestellt werden, dass die Härtefallregelung nach § 23a AufenthG auch Menschen ohne Aufenthaltstitel offen steht und dass bei der humanitären Abwägung in diesen Fällen der "illegale" Aufenthalt der Betroffenen nicht negativ bewertet wird;

4. das bestehende Asyl- und Ausländerrecht möglichst offen auszugestalten und die persönlichen Interessen der Betroffenen im Verfahren angemessen zu berücksichtigen, weil so der strukturellen Illegalisierung von Menschen entgegengewirkt werden kann (in diesem Zusammenhang ist auch die Unterzeichnung bzw. vorbehaltlose Umsetzung der UN-Kinderrechts- und der UN-Wanderarbeiterinnen-/Wanderarbeiter-Konvention zu fordern).

Aus den Programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE (2007)

I. Gemeinsam für eine andere Politik

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings sind die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und die Lebenschancen un-

gleich verteilt. Dabei gibt es neue und auch wachsende Möglichkeiten für ein Leben in Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden. Doch sie werden von zerstörerischen Prozessen blockiert. Diese sind Folge hoch konzentrierter Kapitalmacht, sie entstehen aus dem Vorrang der internationalen Finanzmärkte und dem Übergang der Herrschenden von einer Politik des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zu einer marktradikalen, neoliberalen Politik.

Unsere Gesellschaft ist wie viele andere in der Welt von Massenarbeitslosigkeit, von wirtschaftlichen und kulturellen Spaltungen geprägt. Die Zerstörung der Natur und der von Menschen erzeugte Klimawandel nehmen immer bedrohlichere Dimensionen an. Krieg ist wieder zum Mittel der Politik geworden. Imperiale Politik und Fundamentalismus verstärken sich wechselseitig.

Unsere Alternative zu diesem entfesselten Kapitalismus ist die solidarische Erneuerung und konsequent demokratische Gestaltung der Gesellschaft. Die Vielfalt individueller Lebensentwürfe und das Aufbrechen traditioneller Rollen der Geschlechter begreifen wir als eine Chance für Individualitätserhaltung, deren Basis es durch materielle und soziale Sicherheit kollektiv zu sichern gilt. Wir wenden uns gegen eine Politik des "Forderns und Förderns", die Arbeitslosigkeit zum individuellen Problem erklärt. Stattdessen wirken wir für gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Arbeit und Persönlichkeitsentwicklung für alle Menschen ermöglichen. Ein grundlegender Politikwechsel für eine sozial gerechtere Gesellschaft erfordert, die Idee der Solidarität mit Antworten auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu verbinden.

Wir wollen Grundideen alternativer Politik zusammenführen. Der Kampf gegen den Abbau sozialer Rechte, für eine gerechte Verteilung der Arbeit in einer humanisierten Arbeitswelt und für einen erneuerten solidarischen Sozialstaat ist der im Gründungsprogramm formulierte Ausgangspunkt der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Die Linkspartei.PDS bringt in Übereinstimmung damit ihr historisches Verständnis des demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem und als Einheit von Freiheits- und sozialen Grundrechten ein – niedergelegt in ihrem Chemnitzer Parteiprogramm.

Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Die Ideen des demokratischen Sozialismus stellen zentrale Leitvorstellungen für die Entwicklung der politischen Ziele der Linken dar.

DIE LINKE leitet ihr politisches Handeln aus dem Zusammenhang von Ziel, Weg und grundlegenden Wertorientierungen ab. Freiheit und soziale Sicherheit, Demokratie und Sozialismus bedingen einander. Gleichheit ohne individuelle Freiheit endet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen. Auch der Mensch ist nicht frei, der seine Mitmenschen unterdrückt und ausbeutet. Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.

Dazu machen wir uns im Hier und Heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen patriarchale und rassistische Unterdrückung.

Für die Überwindung von Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen ist eine umfassende Demokratisierung aller Lebensbereiche die Bedingung. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen. Vor allem die profitbestimmte private Verfügung über strukturbestimmende Großunternehmen muss durch breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Regulierung zurückgedrängt und überwunden werden, wo sie dem Gemeinwohl widerspricht.

Wir wollen eine breite Diskussion darüber führen, wie dies konkret realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert und sowohl sozial als auch effizient gestaltet werden kann.

In der Bundesrepublik verlangt das Grundgesetz, über Gesetze und Regeln sicherzustellen, dass das Eigentum dem Gemeinwohl dient. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes geben die Möglichkeit, der Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht zu politischer Macht entgegenzuwirken. Demzufolge können Schlüsselbereiche der Wirtschaft in Gemeineigentum überführt werden. DIE LINKE erarbeitet konkrete Vorschläge, wie bestimmte Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge zum Wohle der Allgemeinheit in öffentliche Eigentumsformen überführt werden müssen, um mehr demokratische Kontrolle und Gestaltung zu ermöglichen. DIE LINKE sieht im Vorhandensein unterschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft anstatt den weiteren Weg der Privatisierung und Monopolisierung zu beschreiten.

Aufgabe linker Politik bei der Schaffung eines modernen Sozialstaates ist der dauerhafte Schutz der Menschen in großen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut. Dazu gehört auch die gesellschaftliche Verantwortung für Gesundheit, für Wasser und Energieversorgung, für die Abfallentsorgung, für die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums, für ausreichend kostengünstigen Wohnraum, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, für allgemein zugängliche kostenfreie Bildung, für ein würdevolles Leben im Alter sowie für die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft. Der Vorrang der Politik auch in der Wirtschaft muss hergestellt werden. In diesem Sinne sollen sich die gewählten Repräsentanten der Linken für die Gestaltung der Daseinsvorsorge einsetzen.

Unsere Partei erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel. Dazu brauchen wir die kritische und solidarische Auseinandersetzung mit der Geschichte linker Praxis in der DDR und der BRD. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Wir treten ein für die Ziele der Frauenbewegung, der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Initiativen, der Sozialforen und Bewegungen gegen staatliche Repression, für die Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte. Wir knüpfen an das Engagement all jener an, die sich an der Niederschlagung der verbrecherischen faschistischen Diktatur beteiligten und sich für die Beseitigung der Ursachen des Faschismus eingesetzt haben und einsetzen.

Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.

DIE LINKE setzt sich mit der Geschichte der DDR und der BRD sowie mit der Geschichte der linken Kräfte in der alten Bundesrepublik auseinander und zieht aus den historischen Entwicklungen und Erfahrungen Schlussfolgerungen für ihre Programmatik und Strategie in den Auseinandersetzungen der Gegenwart und Zukunft. Dabei wendet sie sich gegen Pauschalisierungen, antikommunistische Vorurteile und einseitige Beurteilungen und bemüht sich um differenzierte und ausgewogene Einschätzungen.

Wir haben aus der Geschichte gelernt: Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus. Frei-

heit und Gleichheit, Sozialismus und Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar.

Quelle: http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/i_gemeinsam_fuer_eine_andere_politik/

Menschenrechte (Position der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE)

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurden Bürgerrechte massiv eingeschränkt. Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland war gleichzeitig Testlauf für eine neue Qualität des Überwachungsstaates. Bereits der vormalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) befürwortete die Errichtung von Flüchtlingsmottellagern an den EU-Außengrenzen. Weiterhin werden Flüchtlinge in Abschiebehaft genommen, Familien auseinander gerissen und selbst Kinder, die in Deutschland aufgewachsen sind und das Herkunftsland ihrer Eltern gar nicht kennen, zwangsweise abgeschoben. Auch die Lage der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte hat sich deutlich verschlechtert: 5 Millionen Menschen sind arbeitslos. Mehr als 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Armut. DIE LINKE. besteht auf der universellen Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und fordert:

Die Achtung und Verteidigung von Menschenrechten muss Grundlage aller Politikfelder sein. Die Menschenrechtserziehung sollte zu einem integralen Bestandteil der Schulbildung werden.

Die Bundesrepublik muss Vorreiter bei der Unterzeichnung und Ratifizierung der internationalen Menschenrechtsabkommen werden, so bei einer revidierten Europäischen Sozialcharta, bei der Wanderarbeiter- und der Kinderkonvention. Zum Sozialpakt soll ein Individualbeschwerdeverfahren etabliert werden, damit Betroffene juristisch gegen Verletzungen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte vorgehen können. Wir unterstützen die Schaffung einer unabhängigen europäischen und internationalen Strafgerichtsbarkeit.

Waffenexporte müssen ebenso untersagt werden wie Herstellung und Verkauf von Anti-Personen-Minen. Eine Beteiligung Deutschlands an Angriffskriegen lehnt DIE LINKE. ab. Wir fordern die weitere Aufstockung der Mittel für den zivilen Friedensdienst und für Programme der Krisen- und Konfliktprävention.

Zur Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen fordert Die Linkspartei.PDS verbindliche Ethik-Richtlinien für Unternehmen der öffentlichen Hand und bei der staatlichen Auftrags- und Fördermittelvergabe. Programme der Außenwirtschaftsförderung wie Hermes-Bürgschaften müssen anhand entwicklungs- und menschenrechtspolitischer Kriterien reformiert werden.

In den außen- und wirtschaftspolitischen Beziehungen müssen Menschenrechtsfragen ein stärkeres Gewicht erhalten. Die Abschaffung von Todesstrafe und Folter muss unabhängig von diplomatischer Opportunität eingefordert werden. Die deutsche Außenpolitik muss klar Stellung beziehen gegen die Unterdrückung von Frauen, Homosexuellen, ethnischen und religiösen Minderheiten.

Der islamistische Terrorismus darf nicht zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen dienen oder für die Revision geltender Menschenrechtsstandards missbraucht werden. Terrorismus und Fanatismus sind nur auf Grundlage der Menschenrechte wirksam zu bekämpfen, nicht durch ihre Aussetzung. Der Respekt vor den Menschenrechten ist das wirksamste Mittel gegen Terror.

Quelle: (http://www.linksfraktion.de/thema_der_fraktion.php?artikel=1743829762)

Keine gemeinsame Aktion mit nationalistischen und extrem rechten Kräften

Zur heutigen Proklamation der Grundrechtecharta erklären die Europaabgeordneten André Brie, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Helmuth Markov, Felekna Uca und Gabi Zimmer, Delegation DIE LINKE im Europaparlament am 12. Dezember 2007:

Heute fand im Europaparlament die feierliche Proklamation der Grundrechtecharta der Europäischen Union statt. Dies war ein Bekenntnis zur Unteilbarkeit der Menschenrechte, für die Geltung von individuellen Freiheits- und sozialen Grundrechten innerhalb der Europäischen Union und damit ein Ereignis, auf das viele Menschen seit langem gewartet haben.

Ungeachtet mancher Kritiken an der konkreten Formulierung einzelner Artikel der Charta und der eingeschränkten Einklagbarkeit der Charta in zwei Mitgliedstaaten der EU, ist die Proklamation der Charta ein wichtiger Schritt auf dem Weg für die Durchsetzung individuell einklagbarer Menschenrechte für alle in der EU lebenden Menschen.

Die Forderung nach Referenden bezüglich des Lissaboner Reformvertrags ist berechtigt und wird von uns geteilt. Allerdings distanzieren wir uns dagegen entschieden von der Polemik und den Pöbeleien, die von Abgeordneten nationalistischer und auch rechtsextremer Parteien heute im Plenum des Europäischen Parlaments zur Schau gestellt wurden. Hinter deren Kopie der Forderung nach einem demokratischen Votum, nach Durchführung von Referenden in den EU-Mitgliedsstaaten vor allem zum Reformvertrag steckt nichts anderes als die Ablehnung der Europäischen Union insgesamt, der Grundrechtecharta im besonderen und die grobe Missachtung demokratischer Mehrheiten.

Weil es uns um die Durchsetzung auch individuell einklagbarer Menschenrechte geht, lehnen wir jede gemeinsame Aktion mit nationalistischen und extrem rechten Kräften ab.

Quelle: <http://die-linke.de/presse/presseerklarungen/detail/artikel/keine-gemeinsame-aktion-mit-nationalistischen-und-extrem-rechten-kraeften/>

Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik.

Antrag des Parteivorstandes an den 1. Parteitag (Leittrag), Beschluss des Parteivorstandes vom 12. April 2008 (Auszug)

Das Programm der neuen LINKEN wird die gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen nicht aus dem Blickwinkel der wirtschaftlich Mächtigen betrachten, sondern aus dem Blickwinkel einer gesellschaftlichen Mehrheit, aus der Perspektive von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, aus der Geschlechterperspektive; es wird sich nicht damit abfinden, dass am Ende immer die sozialen Ansprüche der Mehrheit der Bevölkerung hinter dem privaten Profitstreben zurückstehen sollen. Rekomunalisierungen und andere Formen der Vergesellschaftung bleiben für uns zentrale Mittel, um den Umschlag wirtschaftlicher Kraft in politische Macht und Dominanz zu verhindern oder rückgängig zu machen. Die politische und die gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit der neuen LINKEN wird davon bestimmt, dass sie in Kenntnis der Geschichte sozialistischer, sozialdemokratischer, kommunistischer und anderer linker Parteien und ihrer Lehren die programmatischen Grundlagen für einen demokratischen Sozialismus entfaltet. Elementar ist für uns die Unverletzlichkeit der Menschenrechte und universeller demokratischer Grundsätze. Wir vertrauen weder auf die Allmacht des Profits noch auf die des Staates. Die neue LINKE setzt auf Frei-

heit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, auf ihre Selbstbestimmung und auf demokratische Mehrheiten für soziale gerechte Regeln einer lebenswerten Gesellschaft.

Mit der Arbeit an unserem neuen Grundsatzprogramm begeben wir uns in die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die richtigen, besten Antworten auf die Herausforderungen des globalen Kapitalismus und die Erneuerung der Demokratie. Unser Programm wird so gut sein wie die breite öffentliche Debatte um die zentrale Frage, die das Programm der LINKEN hat: In welcher Welt wir leben wollen.

Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20072008/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/

Eine Verfassung für Europa!

Aus dem Europawahlprogramm der Partei DIE LINKE

Eine Verfassung für Europa Die EU benötigt eine andere vertragliche Grundlage: eine EU-Verfassung, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die zeitgleich in jedem EU-Mitgliedstaat in einem Referendum abgestimmt werden muss.

Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit müssen gleichrangige verfassungsrechtliche Werte und Ziele der EU sein. Die EU muss auf konsequente Durchsetzung dieser Ziele, auf Solidarität, Toleranz, Menschenrechte, Säkularisierung und Gleichberechtigung der Geschlechter verpflichtet werden. In den Mitgliedsländern der EU sind die erstarkenden neofaschistischen Kräfte offen anzuprangern und kompromisslos zu bekämpfen. Jede Art von Rassismus – vor allem der mörderische Antisemitismus und ebenso die volksverhetzende Islamophobie – ist zu ächten. Auch Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie gehören europaweit entschieden geächtet und müssen bekämpft werden.

Eine EU-Verfassung muss in ihren Aussagen wirtschaftspolitisch neutral und gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen Gesellschaftsentwicklungen offen sein. Eigentum hat auch sozialen Belangen, dem Umweltschutz und anderen Erfordernissen des Gemeinwohls zu dienen.

In die Verfassung gehört das Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär. Zugleich sollen obligatorische Volksentscheide über EU-Grundlagenverträge und

zukünftige Änderungen der EU-Verfassung verankert werden. Außerdem müssen die Bürgerinnen und Bürger das Recht erhalten, EU-weit über BürgerInneninitiativen, -begehren und -entscheide auf europäische Entscheidungen wirksam Einfluss zu nehmen.

Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten Entscheidungsprozessen. Die Verteilung der Kompetenzen ist so zu regeln, dass die dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt werden. Dabei sind Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der nationalstaatlichen und regionalen Parlamente eindeutig zu klären. Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips muss wirksam kontrolliert werden.

Das Europäische Parlament muss gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden und das Initiativrecht erhalten. Wir fordern generell die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments, sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen Union überführt wurde. Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche muss dies nachgeholt werden. Kommissionspräsident und Europäische Kommission sollen direkt durch das Parlament gewählt werden.

Die direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Entscheidungsprozess, wie die vom EP eingeführte Bürger-Agora, Referenden auf europäischer und nationaler Ebene über Grundsatzentscheidungen der EU, müssen möglich werden. Die EU-Institutionen (Rat, Kommission und Parlament) müssen sich für die Beteiligung der Zivilgesellschaften öffnen, die so die Möglichkeit erhalten, deren Entscheidungen zu kontrollieren.

Wir fordern, dass die Europäische Charta der Grundrechte für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben, rechtsverbindlich und individuell einklagbar wird. Sie ist weiterzuentwickeln und zu einem Instrument auszubauen, das die individuellen, sozialen und politischen Grundrechte umfassend und vorbehaltlos garantiert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bestimmungen zum Kommunalwahlrecht und das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedsland haben.

Bis zu 20.000 Lobbyisten arbeiten in Brüssel und nehmen dort entscheidenden Einfluss auf die Politik der EU. DIE LINKE fordert, dass deren finanzielle Zuwendungen, nach dem Vorbild der USA, alle sechs Monate veröffentlicht werden.

Quelle: <http://die-linke.de/wahlen/positionen/wahlprogramm/europawahl/>

Weiterführende Hinweise zur Literatur

Die Literatur zu den Menschenrechten und dem Verhältnis von Menschenrechten und Sozialismus ist außerordentlich umfangreich und kann hier nicht systematisch dargestellt werden. Als Quellenwebsites stehen vor allem die entsprechende deutsch- und englischsprachige Seite von Wikipedia mit weiterführenden Literaturangaben zur Verfügung:
<http://de.wikipedia.org/wiki/Menschenrechte>
http://en.wikipedia.org/wiki/Human_rights

Eine Sammlung der wichtigsten Dokumente und Erklärungen kann angefordert werden von der Bundeszentrale für politische Bildung:
Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen. Bonn 2004.

Eine aktuelle solide Gesamtdarstellung mit ausgewählten Dokumentation von Texten und Angaben zur Literatur findet sich in:
Menke, Christoph; Pollmann, Arnd: Philosophie der Menschenrechte. Zur Einführung. Hamburg 2007.

Eine grundlegende Einführung vom marxistischen Standpunkt ist gegeben in:
Klenner, Hermann: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Berlin 1982 (dort sind auch die wichtigsten Dokumente der Menschenrechtsgeschichte unter Einschluss der sonst oft vernachlässigten Erklärungen sozialistischer, antirassistischer, antikolonialer Bewegungen abgedruckt).
Vgl. auch: Holz, Hans Heinz: Vernünftigkeit und Geschichtlichkeit. Über theoretischen Status und Geltung der Menschenrechte. In: Die Rechte der Menschen. Köln 1987, S. 23 – 57.

Eine Begründung des Sozialismus als Menschenrechtsbewegung von unten wird entwickelt in:
Brie, André; Brie, Michael; Dellheim, Judith; Falkner, Thomas; Schumann, Michael; Wittich, Dietmar: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin 1997.

Die Geschichte Westeuropas als Geschichte des Kampfes um die individuellen, die politischen und sozialen Menschenrechte im 18., 19. und 20. Jahrhundert erfolgt durch:

Marshall, Thomas H.: Bürgerrechte und soziale Klassen Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main 1992.

Die Geschichte des Kampfes um Menschenrechte nach 1945 wird dargestellt in:
Bobbio, Norberto: Das Zeitalter der Menschenrechte. Ist Toleranz durchsetzbar? Berlin 1999.

Positionen sowjetischer Bürgerrechtler finden sich u. a. in:
Sacharow, Andrei: Frieden, Fortschritt und Menschenrechte. Rede zur Verleihung des Friedens-Nobelpreises 1975. In: Ders.: Furcht und Hoffnung. Wien 1980, S. 16 – 37.

Über die Umfrage der UNESCO zu den Menschenrechte in den unterschiedlichen Zivilisationen wird berichtet in:
Maritain, Jacques: Human Rights: Comments and Interpretations. London 1949.

Einen Einblick in die Einstellungen zu den Menschenrechten in Deutschland geben:
Sommer, Gert; Stellmacher, Jost; Brähler, Elmar: Menschenrechte in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Handlungsbereitschaft. In: Zeitschrift Menschenrechte, Heft 1/2, 2005 (http://www.burgerimstaat.de/1_2_05/wissen.htm)
Sommer, Gert; Zinn, Jörg: Halbierete Menschenrechte. Wissen, Einstellungen und Darstellungen des Themas »Menschenrechte« in Deutschland (<http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-93/9330801m.htm>)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfügt über eine umfangreiche Dokumentation zur Frage der Menschenrechte mit Schwerpunkt auf sozialdemokratische Positionen:
<http://library.fes.de/library/netzquelle/menschenrechte/thema.html>. Es sind auch viele weiterführende Links dokumentiert.

Wichtige weitere Darstellungen sind u. a.:
Gosepath, Stefan; Lohmann, Georg: Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt am Main 1998
Fech, Siegfried; Haspel, Michael: Menschenrechte. Schwalbach 2005

